

Sand im Getriebe 142

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

Mail: sig@attac.de

Widerstand gegen Eroberungen

Kooperation statt Kriege!		Corona-Pandemie	
Arundhati Roy: 11. September 1922 (Palästina), 1973 (Chile), 1990 (Irak), 2001 (NewYork)	3	German Foreign Policy: Impfstoffhersteller beliefern vor allem reiche Länder	21
20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan – eine vorläufige Bilanz. <i>Konferenz, 30. Okt. 2021</i>	9	Patente freigeben! Pandemie beenden! - Attac Österreich / Mehrere Kampagnen - Mareike Haase, Brot für die Welt: G20 zu Covid-19: Kein großer Wurf	22
Forum Friedensethik: Zum Abzug der deutschen Soldat*innen aus Afghanistan	10	Covid ins Verhältnis setzen / Impfdebatten / Attac AT: Die Welt nach Corona / u. a. m.	23
Hinweise auf Veröffentlichungen über Afghanistan	8 u. 10	Frankreich Attac Frankreich, Gewerkschaften und Parteien lehnen den Gesundheitspass ab Attac Frankreich: Gesundheitskrise: Eine andere Politik ist möglich!	24 26
Pro Asyl-Petition: Afghanistan - Weitere Aufnahme JETZT!	10	Kämpfe gegen den Klimawandel	
Cheryl Benard: Die Wahrheit über die afghanischen Frauen	11	Lena Bassermann, INKOTA-Netzwerk UN-Welternährungsgipfel in New York: Weder gerecht, noch gesund, noch nachhaltig	27
Peter Wahl am 1. September 2021, Worms: Friedenspolitik notwendiger denn je!	12	COP 26: Appell einer internationalen Gewerkschaftskonferenz	29
Roland Kulke: Von der Leyens Rede „Zur Lage der Union“	15	Scientist Rebellion: IPCC-Bericht geleakt	30
Christian Müller: Die zersplitterte EU braucht einen äußeren Feind: Russland	16	Energie-Charta-Vertrag stoppen! Energiewende einleiten! Attac Österreich: EU-Gericht erklärt Paralleljustiz gegen Energiewende für EU- rechtswidrig	30 31
Lateinamerika - Reise von Zapatisten		Rolf Becker: Abschied von Esther Bejarano	
Militarismus und Frieden in Lateinamerika und der Karibik - <i>Konferenz, 23.+24. Okt. 2021</i>	17	German Foreign Policy: Namibia - Die Berliner Reparationsverweigerung	35
Weltreise der Zapatist:innen - Attac Österreich: Historische Europa-Reise der Zapatistas	18	Bücher /Termine /Aktionen	36
- Weitere Informationen	18		
- Raina Zimmering: Die seitenverkehrte „Konquista“	19		

Vorwort

In einem Rückblick auf die „*Rhetorik des Afghanistan-Krieges*“ stellte **Arundhati Roy** 2002 fest:
„*Während Bomben auf uns herabregnen und Marschflugkörper durch die Lüfte gleiten, während Atomwaffen gehortet werden, um die Welt sicherer zu machen, werden Verträge unterzeichnet, Patente angemeldet, Ölleitungen verlegt, natürliche Ressourcen geplündert, Wasser privatisiert und Demokratien untergraben. In einem Land wie Indien zerreißt die "Strukturanpassung" am Ende des Globalisierungsprojekts der Konzerne das Leben der Menschen. Entwicklungsprojekte, massive Privatisierungen und Arbeitsreformen vertreiben die Menschen von ihrem Land und von ihren Arbeitsplätzen, was zu einer Art barbarischer Enteignung führt, die in der Geschichte nur wenige Parallelen hat.*“
Zwei Jahrzehnte später muss eine bittere **Bilanz aus dem Afghanistan-Krieg** gezogen werden (**Konferenz Ende Oktober**). Die **Lage der Frauen** ist weiterhin katastrophal, Millionen von Menschen wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land. **Pro Asyl** fordert eine weitere Aufnahme von gefährdeten Afghan*innen.

Zwei Jahrzehnte später sind die „*geopolitischen Interessen des Westens in einem ressourcenreichen, zentral- und südasiatischen Großraum*“ (**Forum Friedensethik**) nicht geringer, die Konfrontation mit Rußland und China nimmt aber zu, und dies prägt die Außenpolitik der EU. (**Roland Kulke**). „*Strategien gegen die wachsende Militarisierung und Militarismus in Lateinamerika*“ werden auf einer Konferenz erörtert.
„*Wir brauchen internationale Kooperation statt Konfrontation*“ (**Peter Wahl**)

Zwei Jahrzehnte später ist es noch offensichtlicher, dass das Profitstreben von einer Minderheit sich gegen das Wohl der großen Mehrheit richtet. **Patente töten** (*mehrere Initiativen zur Aufhebung der Patente auf Impfstoffe*). Die Impfstoffhersteller beliefern vor allem reiche Länder (**German Foreign Policy**). **Attac Frankreich** lehnt die Einführung vom Gesundheitspass ab und fordert eine andere Gesundheitspolitik.

Die zunehmenden Einflüsse von Privatunternehmen auf die UNO verhindern auch eine Lösung der **Ernährungskrisen** (**Lena Bassermann, INKOTA-Netzwerk**).

Der Ressourcenverbrauch einer so ausgerichteten Wirtschaft – durch den **Energiecharta-Vertrag** geschützt (**Attac Österreich**) – untergräbt die Lebensgrundlagen der Menschheit. „*Der Kampf gegen den Klimawandel ist illusorisch ohne öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle von Ressourcen und Energie.*“

(**Appell einer internationalen Gewerkschaftskonferenz**) „*Gleichheit und Gerechtigkeit sind wichtige Voraussetzungen für einen wirksamen Klimaschutz*“ (**IPCC-Bericht, von scientist rebellion geleakt**)

Zwei Jahrzehnte später sind „*im globalen Dorf*“ unzählige „*zivile Unruhen ausgebrochen*“, (A.Roy), Debatten und Vorschläge über die Wege zur Umsetzung der Losung „*eine andere Welt ist möglich*“ nehmen zu. **Die Zapatistas** erklären über ihre angefangene Weltreise: „*Wir werden weder erobern, noch Vorwürfe machen, Konfrontation suchen oder Entschuldigungen verlangen. Wir wollen Erfahrungen austauschen und gemeinsam Wege für eine gerechte und solidarische Welt zu finden, in der viele Welten Platz haben.*“

Esther Bejarano hat uns die Botschaft hinterlassen „*Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht*“.

Dieser Grundsatz sollte auch gegenüber der hartnäckigen Reparationsverweigerung der deutschen Regierung gegenüber **Namibia** beachtet werden. (**German Foreign Policy**)

Das **SiG-Dossier** ‚**Leben in Zeiten des Corona-Virus**‘ wird weiter geführt. – [Thematische Übersicht](#)
SiG-Sondernummern (1. bis 25. April 2020: **Nr.1**; 26. April bis 24. Mai: **Nr.2**; 25. Mai bis 30. Juni 2020: **Nr. 3**);
Weitere Artikel zu diesem Thema in [SiG 136](#), [SiG 137](#), [SiG 138](#), [SiG 139](#), [SiG140](#), [SiG141](#)



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! [Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto).

Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. **Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.**

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Marie-D. Vernhes, Werner Horch (Attac Deutschland), und viele, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Arundhati Roy

11. September

1922 (Palästina) ,1973 (Chile), 1990 (Irak), 2001 (NewYork)

Arundhati Roy hielt im September 2002 in den USA eine Rede (Übersetzung)

Nationalismus der einen oder anderen Art war die Ursache für die meisten Völkermorde des zwanzigsten Jahrhunderts. Flaggen sind bunte Stofffetzen, die Regierungen erst benutzen, um die Gehirne der Menschen einzuwickeln und dann als zeremonielle Leichentücher, um die Toten zu begraben. Wenn unabhängig denkende Menschen (und hier schließe ich die Konzernmedien nicht ein) beginnen, sich unter Fahnen zu versammeln, wenn Schriftsteller, Maler, Musiker, Filmemacher ihr Urteilsvermögen aussetzen und ihre Kunst blindlings in den Dienst der "Nation" stellen, dann ist es für uns alle an der Zeit, aufzustehen und uns Sorgen zu machen.

In Indien sahen wir das schon bald nach den Atomtests im Jahr 1998 und während des Cargill-Krieges gegen Pakistan im Jahr 1999. In den USA haben wir es während des Golfkriegs gesehen und wir sehen es jetzt im "Krieg gegen den Terror". Dieser Sturm von Made-in-China amerikanischen Flaggen.

„Antiamerikanismus“

In letzter Zeit wurden diejenigen, die die Handlungen der US-Regierung kritisiert haben (mich eingeschlossen), als "antiamerikanisch" bezeichnet.

Der Antiamerikanismus ist dabei, sich zu einer Ideologie zu entwickeln.[...] Wenn jemand als antiamerikanisch gebrandmarkt wird, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass er oder sie verurteilt wird, bevor er oder sie angehört wird, und das Argument geht im Wust des verletzten Nationalstolzes unter.

Aber was bedeutet der Begriff "antiamerikanisch"?

Bedeutet er, dass man gegen Jazz ist? Oder dass man gegen die Redefreiheit ist? Dass man keine Freude an Toni Morrison oder John Updike hat? Dass man ein Problem mit Mammutbäumen hat? Bedeutet er, dass Sie nicht die Hunderttausenden von amerikanischen Bürgern bewundern, die gegen Atomwaffen demonstriert haben, oder die Tausenden von Kriegsdienstverweigerern, die ihre Regierung zum Rückzug aus Vietnam gezwungen haben? Bedeutet er, dass Sie alle Amerikaner hassen?

Diese gerissene Verquickung von Amerikas Kultur, Musik, Literatur, der atemberaubenden Schönheit des Landes, den gewöhnlichen Freuden von gewöhnlichen Menschen mit der Kritik an der Außenpolitik der US-Regierung (über die die meisten Amerikaner dank der "freien Presse" leider nur sehr wenig wissen) ist eine bewusste und äußerst effektive Strategie. Es ist wie eine sich zurückziehende Armee, die in einer dicht besiedelten Stadt in Deckung geht, in der Hoffnung, dass die Aussicht, zivile Ziele zu treffen, feindliches Feuer abwendet.

Aber es gibt viele Amerikaner, die sich schämen würden, mit der Politik ihrer Regierung in Verbindung gebracht zu werden. Die gelehrtesten, bissigsten, scharfsinnigsten und lustigsten Kritiken an der Heuchelei und den Widersprüchen der US-Regierungspolitik kommen von amerikanischen Bürgern. Wenn der Rest der Welt wissen will, was die US-Regierung vorhat, wenden wir uns an Noam Chomsky, Edward Said, Howard Zinn, Ed Herman, Amy Goodman, Michael Albert, Chalmers Johnson, William Blum und Anthony Arnold, um uns zu sagen, was wirklich vor sich geht.

In ähnlicher Weise würden sich in Indien nicht Hunderte, sondern Millionen von uns schämen und beleidigt sein, wenn wir in irgendeiner Weise mit der faschistischen Politik der gegenwärtigen indischen Regierung in Verbindung gebracht würden, die neben dem Staatsterrorismus im Tal von Kaschmir (im Namen der Terrorismusbekämpfung), auch die Augen vor dem jüngsten staatlich überwachten Pogrom gegen Muslime in Gujarat verschließt.

Es wäre absurd, diejenigen, die die indische Regierung kritisieren, für "anti-indisch" zu halten - obwohl die Regierung selbst nie zögert, diesen Standpunkt zu vertreten.

Es ist gefährlich, der indischen Regierung oder der amerikanischen Regierung oder überhaupt irgendjemandem das Definitionsrecht darüber einzuräumen, was "Indien" oder "Amerika" sind oder sein sollen.

Jemanden als "antiamerikanisch" zu bezeichnen, ja antiamerikanisch zu sein (oder auch anti-indisch oder anti-timbuktuanisch) ist nicht nur rassistisch, es ist ein Versagen der Vorstellungskraft. Die Unfähigkeit, die Welt in anderen Begriffen zu sehen als denen, die das Establishment für Sie festgelegt hat. Wenn du kein Bushie bist, bist du ein Taliban. Wenn du uns nicht liebst, hasst du uns. Wenn du nicht gut bist, bist du böse. Wenn du nicht für uns bist, bist du auf der Seite der Terroristen.

Letztes Jahr habe auch ich, wie viele andere, den Fehler gemacht, über diese Rhetorik nach dem 11. September zu spotten und sie als töricht und arrogant abzutun. Aber ich habe erkannt, dass sie überhaupt nicht töricht ist. Es handelt sich vielmehr um eine geschickte Rekrutierungskampagne für einen falsch verstandenen, gefährlichen Krieg.

Die Rhetorik des Afghanistan-Krieges

Jeden Tag bin ich erstaunt, wie viele Menschen glauben, dass die Ablehnung des Krieges in Afghanistan bedeutet, den Terrorismus zu unterstützen oder für die Taliban zu stimmen.

Nun, da das ursprüngliche Ziel des Krieges - die Ergreifung Osama bin Ladens (tot oder lebendig) - offenbar ins Wasser

gefallen ist, wurden die Torpfosten verschoben. Es wird so getan, als sei es das Ziel des Krieges gewesen, das Taliban-Regime zu stürzen und die afghanischen Frauen von ihren Burkas zu befreien. Wir sollen glauben, dass die US-Marines in Wirklichkeit auf einer feministischen Mission sind. Wenn dem so ist, wird ihre nächste Station dann Amerikas militärischer Verbündeter Saudi-Arabien sein?

Man muss sich das so vorstellen: In Indien gibt es einige ziemlich verwerfliche soziale Praktiken gegen "Unberührbare", gegen Christen und Muslime, gegen Frauen. In Pakistan und Bangladesch ist der Umgang mit Minderheiten und Frauen noch schlimmer. Sollten sie bombardiert werden? Sollen Delhi, Islamabad und Dhaka zerstört werden? Ist es möglich, die Bigotterie aus Indien zu bomben? Können wir uns den Weg in ein feministisches Paradies bomben? Haben die Frauen in den USA auf diese Weise das Wahlrecht erungen? Oder wurde die Sklaverei so abgeschafft? Können wir Wiedergutmachung für den Völkermord an Millionen von amerikanischen Ureinwohnern erlangen, auf deren Leichen die Vereinigten Staaten gegründet wurden, indem wir Santa Fe bombardieren?

Keiner von uns braucht Jahrestage, um uns an das zu erinnern, was wir nicht vergessen können. Es ist also nicht mehr als ein Zufall, dass ich im September hier auf amerikanischem Boden bin - in diesem Monat der schrecklichen Jahrestage. Zuerst in den Köpfen der Menschen natürlich vor allem hier in Amerika, ist der Schrecken dessen, was als 9/11 bekannt geworden ist. Nahezu dreitausend Zivilisten haben bei diesem tödlichen Terroranschlag ihr Leben verloren. Die Trauer sitzt immer noch tief. Die Wut ist immer noch groß. Die Tränen sind noch nicht getrocknet. Und auf der ganzen Welt wütet ein seltsamer, tödlicher Krieg. Doch jeder Mensch, der einen geliebten Menschen verloren hat, weiß sicherlich insgeheim, tief im Inneren, dass kein Krieg, kein Racheakt, keine Fliegerbomben, die auf die Liebsten oder die Kinder eines anderen Menschen abgeworfen werden, den Schmerz lindern oder ihre eigenen Angehörigen zurückbringen werden. Krieg kann nicht diejenigen rächen, die gestorben sind. Krieg ist nur eine brutale Schändung Ihres Andenkens.

Um einen weiteren Krieg - diesmal gegen den **Irak** - anzuzünden, wird die **Trauer der Menschen auf zynische Weise manipuliert**, indem sie in Sondersendungen gepackt wird, die von Waschmittel- und Laufschuhkonzernen gesponsert werden. Das bedeutet, die Trauer zu verbilligen und zu entwerten, ihr die Bedeutung zu nehmen. Was wir jetzt sehen, ist eine vulgäre Zurschaustellung des Geschäfts mit der Trauer, der Kommerzialisierung der Trauer, der Plünderung selbst der privatesten menschlichen Gefühle für politische Zwecke. Es ist eine schreckliche, gewalttätige Sache, die ein Staat seinem Volk antut.

Es ist als Thema nicht klug genug, um auf einer öffentlichen Plattform darüber zu sprechen, aber worüber ich wirklich gerne mit Ihnen sprechen würde ist Verlust. Verlust und Verlieren. Trauer, Versagen, Zerbrochenheit, Taubheit, Unge-

wissheit, Angst, der Tod des Fühlens, der Tod des Träumens. Die absolute, unerbittliche, endlose, gewohnheitsmäßige Ungerechtigkeit der Welt. Was bedeutet der Verlust für den Einzelnen? Was bedeutet er für ganze Kulturen, ganze Völker, die gelernt haben, mit ihm als ständigem Begleiter zu leben?

Da wir über den 11. September sprechen, liegt es vielleicht in der Natur der Sache, dass wir uns daran erinnern, was dieses Datum nicht nur für diejenigen bedeutet, die letztes Jahr in Amerika ihre Angehörigen verloren haben, sondern auch für diejenigen in anderen Teilen der Welt für die dieses Datum seit langem von Bedeutung ist. Diese geschichtliche Aufarbeitung soll keine Anschuldigung oder Provokation sein. Sondern nur dazu dienen, die Trauer der Geschichte zu teilen. Den Nebel ein wenig zu lichten. Den Bürgern Amerikas auf die sanfteste und menschlichste Weise zu sagen: "Willkommen in der Welt."

11. September 1973: Putsch in Chile

Vor neunundzwanzig Jahren, am **11. September 1973**, stürzte General Pinochet in **Chile** die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende durch einen **von der CIA unterstützten Putsch**. *"Man sollte nicht zulassen, dass Chile marxistisch wird, nur weil das Volk unverantwortlich ist"*, sagte **Henry Kissinger**, Friedensnobelpreisträger und damaliger Außenminister der USA. Nach dem Putsch wurde Präsident Allende tot im Präsidentenpalast aufgefunden. Ob er getötet wurde oder sich selbst umgebracht hat, werden wir nie erfahren.

In dem darauf folgenden Terrorregime wurden Tausende von Menschen getötet. Viele weitere verschwanden einfach. Erschießungskommandos führten öffentliche Exekutionen durch. Konzentrationslager und Folterkammern wurden überall im Land eröffnet. Die Toten wurden in Minenschächten und nicht gekennzeichneten Gräbern verscharrt. Siebzehn Jahre lang lebte das chilenische Volk in Angst vor dem mitternächtlichen Klopfen, vor dem routinemäßigen "Verschwindenlassen", vor plötzlicher Verhaftung und Folter. Die Chilenen erzählen, wie dem Musiker Victor Jara vor einer Menschenmenge im Stadion von Santiago die Hände abgeschnitten wurden. Bevor sie ihn erschossen, warfen Pinochets Soldaten seine Gitarre nach ihm und forderten ihn spöttisch auf, zu spielen.

1999 wurden nach der Verhaftung von General Pinochet in Großbritannien tausende von Geheimdokumenten von der die US-Regierung freigegeben. Sie enthalten eindeutige Beweise für die **Beteiligung der CIA am Staatsstreich** sowie für die Tatsache dass die US-Regierung detaillierte Informationen über die Situation in Chile während der Herrschaft von General Pinochet hatte. Und doch, Kissinger sicherte dem General seine Unterstützung zu: *"Wie Sie wissen, haben wir in den Vereinigten Staaten Sympathie für das, was Sie zu tun versuchen"*, sagte er. *"Wir wünschen Ihrer Regierung alles Gute."*

Diejenigen von uns, die bisher nur das Leben in einer Demokratie kennengelernt haben, wie fehlerhaft sie auch sein

mag, können sich nur schwer vorstellen, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben und den absoluten Verlust der Freiheit zu ertragen. Es sind nicht nur die, die Pinochet ermordet hat, sondern auch die Leben, die er den Lebenden geraubt hat, müssen in Rechnung gestellt werden.

Traurigerweise war Chile nicht das einzige Land in Südamerika, das ins Visier der US-Regierung geraten ist. **Guatemala, Costa Rica, Ecuador, Brasilien, Peru, die Dominikanische Republik, Bolivien, Nicaragua, Honduras, Panama, El Salvador, Peru, Mexiko und Kolumbien - sie alle waren Schauplatz für verdeckte und offene Operationen der CIA.** Hunderttausende von Lateinamerikanern wurden getötet, gefoltert oder sind einfach verschwunden unter den despotischen Regimen, die in ihren Ländern gestützt wurden. Als wäre das nicht schon Demütigung genug, mussten die Menschen in Südamerika auch noch das Kreuz ertragen, als demokratieunfähige Menschen gebrandmarkt zu werden - als ob Putsche und Massaker irgendwie in ihren Genen verschlüsselt sind.

Diese Liste enthält natürlich nicht die **Länder in Afrika oder Asien, die Opfer von US-Militärinterventionen wurden: Vietnam, Korea, Indonesien, Laos und Kambodscha.** In wie vielen September wurden Millionen von Menschen in Asien über Jahrzehnte hinweg bombardiert, verbrannt und abgeschlachtet?

Wie viele September sind seit August 1945 vergangen, als Hunderttausende einfacher Japaner durch die **Atomangriffe auf Hiroshima und Nagasaki** ausgelöscht wurden?

Wie viele September haben die Tausenden, die das Pech hatten, diese Angriffe zu überleben, die lebende Hölle erduldet, die über sie kam, über ihre ungeborenen Kinder, ihre Kindeskiner, die Erde, den Himmel, das Wasser, den Wind und allen Lebewesen, die schwimmen, laufen, kriechen und fliegen?

Nicht weit von hier, in Albuquerque, befindet sich das National Atomic Museum, wo Fat Man und Little Boy (die liebevollen Spitznamen für die Bomben, die die auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden) als Souvenir-Ohringe erhältlich waren. Verrückte junge Leute trugen sie. Ein Massaker baumelte in jedem Ohr.

Aber ich weiche vom Thema ab. Wir sprechen über September, nicht über August.

11. September 1922: Mandat für Palästina

Der 11. September hat auch im Nahen Osten einen tragischen Nachhall. Am **11. September 1922 verkündete die britische Regierung ungeachtet der arabischen Empörung ein Mandat für Palästina**, eine Fortsetzung der Balfour-Erklärung von 1917 die das imperiale Großbritannien vor den Toren von Gaza mit seiner Armee verkündete. Die **Balfour-Erklärung** versprach europäischen Zionisten eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk. Zu dieser Zeit stand es dem Empire, über dem die Sonne niemals unterging, frei nationale Heimstätten zu entreißen und zu vererben, wie ein Schulhoftyrann Murneln verteilt.

Wie sorglos hat die imperiale Macht alte Zivilisationen zerlegt. Palästina und Kaschmir sind die eiternden, blutigen Geschenke des imperialen Britanniens an die moderne Welt. Beide sind Verwerfungslinien in den international tobenden Konflikten von heute.

Im Jahr 1937 sagte **Winston Churchill** über die Palästinenser, ich zitiere: *"Ich bin nicht der Meinung, dass der Hund in der Krippe das Recht auf die Krippe hat, auch wenn er dort sehr lange gelegen hat. Ich erkenne dieses Recht nicht an. Ich gebe nicht zu dass zum Beispiel den Indianern in Amerika oder den Schwarzen in Australien großes Unrecht angetan wurde. Ich gebe nicht zu, dass diesen Menschen dadurch Unrecht getan wurde, dass eine stärkere Rasse, eine höherwertige Rasse, eine abgeklärtere Rasse, um es so auszudrücken, gekommen ist und ihren Platz eingenommen hat"*.

Das war richtungsweisend für die Haltung des israelischen Staates gegenüber den Palästinensern. 1969 sagte die israelische Premierministerin **Golda Meir**: *"Palästinenser existieren nicht."* Ihr Nachfolger, Premierminister **Levi Eschkol**, sagte: *"Was sind Palästinenser? Als ich hierher nach Palästina kam, gab es 250.000 Nicht-Juden, hauptsächlich Araber und Beduinen. Es war eine Wüste, mehr als unterentwickelt. Nichts."* Premierminister Minister **Menachem Begin** nannte die Palästinenser *"zweibeinige Bestien"*. Premierminister **Yitzhak Shamir** nannte sie *"Heuschrecken"*, die man zerquetschen könne. Dies sind die Worte von Staatschefs, nicht die der einfachen Menschen.

1947 teilte die UNO Palästina formell auf und sprach den Zionisten 55 Prozent des Landes zu. Innerhalb eines Jahres hatten sie 76 Prozent erobert. Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Wenige Minuten nach der Erklärung erkannten die Vereinigten Staaten Israel an. Das Westjordanland wurde von Jordanien annektiert. Der Gazastreifen kam unter ägyptische Militärkontrolle, und Palästina hörte formell auf zu existieren, außer in den Köpfen und Herzen der Hunderttausenden von Palästinensern, die zu Flüchtlingen wurden.

Im Jahr 1967 besetzte Israel das Westjordanland und den Gazastreifen. Im Laufe der Jahrzehnte kam es zu Aufständen, Kriegen und Intifadas. Zehntausende haben ihr Leben verloren. Abkommen und Verträge wurden unterzeichnet. Waffenstillstände wurden erklärt und gebrochen. Doch das Blutvergießen nimmt kein Ende. Palästina bleibt weiterhin illegal besetzt. Seine Bewohner leben unter unmenschlichen Bedingungen, in virtuellen Bantustans, wo sie Kollektivstrafen, vierundzwanzigstündigen Ausgangssperren, täglicher Erniedrigung und Brutalität ausgesetzt sind. Sie wissen nie wann ihre Häuser abgerissen werden, wann ihre Kinder erschossen werden, wann ihre wertvollen Bäume gefällt werden, wann ihre Straßen gesperrt werden, wann sie auf den Markt gehen dürfen, um Lebensmittel und Medikamente zu kaufen und wann sie es nicht dürfen. Sie leben ohne jeden Anschein von Würde. Es ist nicht viel Hoffnung in Sicht. Sie haben keine Kontrolle über ihr Land, ihre Sicherheit, ihre Bewegungsfreiheit, ihre Kommunikation, ihre Wasserversorgung.

Wenn also Abkommen unterzeichnet werden, und Worte wie "Autonomie" und sogar "Staatlichkeit" in den Mund genommen werden, lohnt es sich immer zu fragen: Welche Art von Autonomie? Was für ein Staat? Welche Art von Rechten werden seine Bürger haben? [...]

Israels treuester politischer und militärischer Verbündeter sind und waren immer die USA. Die US-Regierung hat zusammen mit Israel fast jede UN-Resolution blockiert, die eine friedliche, gerechte Lösung des Konflikts zum Ziel hatte. Sie unterstützte fast jeden Krieg, den Israel geführt hat. Wenn Israel Palästina angreift, sind es amerikanische Raketen, die in palästinensische Häuser einschlagen. Und jedes Jahr erhält Israel mehrere Milliarden Dollar von den Vereinigten Staaten - Geld der Steuerzahler. Welche Lehren sollten wir aus diesem tragischen Konflikt ziehen?

Ist es wirklich unmöglich, dass jüdische Menschen, die selbst so grausam gelitten haben - grausamer vielleicht als jedes andere Volk in der Geschichte - die Verletzlichkeit und die Sehnsucht derer verstehen, die sie verdrängt haben? Entfacht extremes Leid immer Grausamkeit? Welche Hoffnung lässt dies der menschlichen Rasse? Was wird mit dem palästinensischen Volk im Falle eines Sieges geschehen? Wenn ein Volk ohne Staat schließlich einen Staat ausruft, was für ein Staat wird das sein? Welche Gräueltaten werden unter seiner Flagge verübt werden? Ist es ein eigener Staat, für den wir kämpfen sollten, oder ist es das Recht auf ein Leben in Freiheit und Würde für alle unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion? [...]

11. September 1990: Irak

In einem anderen Teil des Nahen Ostens ist der 11. September noch aktueller. Es war der **11. September 1990** als der damalige Präsident der USA, **George W. Bush Senior**, eine Rede vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses hielt, in der er die Entscheidung seiner Regierung verkündete, **gegen den Irak in den Krieg zu ziehen**.

Die US-Regierung sagt, Saddam Hussein sei ein Kriegsverbrecher, ein grausamer Militärdespot, der Völkermord an seinem eigenen Volk begangen hat. Das ist eine recht treffende Beschreibung des Mannes. 1988 zerstörte Saddam Hussein Hunderte von Dörfern im Nordirak, setzte chemische Waffen und Maschinengewehre ein, um Tausende von Kurden zu töten. Heute wissen wir, dass die US-Regierung ihm im selben Jahr 500 Millionen Dollar an Subventionen zur Verfügung stellte, um amerikanische Agrarprodukte zu kaufen.

Im nächsten Jahr, nachdem er seinen Völkermordfeldzug erfolgreich abgeschlossen hatte, verdoppelte die US-Regierung ihre Subventionen auf 1 Milliarde Dollar. Außerdem stellte sie ihm hochwertige Zuchtkeime für Milzbrand sowie Hubschrauber und Dual-Use-Material, das zur Herstellung chemischer und biologischer Waffen verwendet werden konnte, zur Verfügung.

Es stellt sich also heraus, dass während Saddam Hussein seine schlimmsten Gräueltaten verübte, die Regierungen der

USA und Großbritanniens eng mit ihm verbündet waren. Was hat sich also geändert? Im Jahr 1990 überfiel Saddam Hussein Kuwait. Seine Sünde bestand nicht so sehr darin, dass er eine Kriegshandlung begangen hatte, sondern darin, dass er unabhängig und ohne Befehl seines Herrn gehandelt hatte. Dieser Akt der Unabhängigkeit genügte, um das Machtgleichgewicht am Golf zu stören. So wurde beschlossen, Saddam Hussein zu vernichten, wie ein Haustier, das die Zuneigung seines Besitzers überlebt hat.

Der erste Angriff der Alliierten auf den Irak fand im Januar '91 statt. [...] Zehntausende von Menschen wurden in einem Monat mit verheerenden Bombardements getötet. Was viele nicht wissen, ist, dass der Krieg damals nie zu Ende war. Die anfängliche Wut schwächte sich ab und mündete in den am längsten andauernden Luftangriff auf ein Land seit dem Vietnamkrieg. Im letzten Jahrzehnt haben amerikanische und britische Streitkräfte Tausende von **Raketen und Bomben** auf den Irak abgefeuert. In dem Jahrzehnt der wirtschaftlichen **Sanktionen**, die auf den Krieg folgten, wurden der irakischen Zivilbevölkerung Lebensmittel, Medikamente, Krankenhausausrüstung, Krankenwagen und sauberes Wasser verweigert - das Nötigste. Etwa **eine halbe Million irakischer Kinder sind als Folge der Sanktionen gestorben**. Über die sagte bekanntlich Madeleine Albright, die damalige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen: *"Es ist eine sehr schwere Entscheidung, aber wir denken, der Preis ist es wert."* (...)

Ein Jahrzehnt der Bombardierung hat es nicht geschafft, Saddam Hussein, *"die Bestie von Bagdad"*, zu stürzen. Jetzt, nach fast 12 Jahren hat Präsident George Bush Jr. die Rhetorik noch einmal verschärft. Er schlägt einen totalen Krieg vor, dessen Ziel nichts weniger als ein Regimewechsel ist.

In der New York Times heißt es, die Bush-Regierung verfolge, Zitat, *"eine sorgfältig geplante Strategie, um die Öffentlichkeit, den Kongress und die Alliierten von der Notwendigkeit zu überzeugen, der Bedrohung durch Saddam Hussein zu begegnen."*

Andrew. H. Card, Jr., der Stabschef des Weißen Hauses, beschrieb, wie die Regierung Ihre Kriegspläne für den Herbst vorantrieb. Ich zitiere: *"Vom Standpunkt des Marketings aus gesehen"*, sagte er, *"führt man keine neuen Produkte im August ein."* Diesmal ist das Schlagwort für Washingtons *"neues Produkt"* nicht die Notlage der kuwaitischen Bevölkerung, sondern die Behauptung, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügt.

"Vergessen Sie das schwachsinnige Moralisieren der Friedenslobbys", schrieb Richard Perle, ein ehemaliger Berater von Präsident Bush, *"Wir müssen ihn kriegen, bevor er uns kriegt"*.

Waffeninspektoren liefern widersprüchliche Berichte über den Status der irakischen Massenvernichtungswaffen, und viele haben klar gesagt, dass das Arsenal abgebaut wurde und das Land nicht in der Lage ist, ein neues zu bauen. Allerdings gibt es keine Unklarheit über das Ausmaß und die Reichweite des amerikanischen Arsenal an nuklearen und chemischen Waffen.

Würde die U.S. Regierung Waffeninspektoren willkommen heißen? Würde das Vereinigte Königreich? Oder Israel? Was, wenn der Irak tatsächlich eine Atomwaffe besitzt? Rechtfertigt das einen Präventivschlag der USA? Die Vereinigten Staaten haben das größte Arsenal an Atomwaffen auf der Welt und sind das einzige Land der Welt, das sie tatsächlich gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt hat. Wenn die USA berechtigt sind, einen Präventivschlag gegen den Irak zu führen, warum ist dann nicht jede Atommacht berechtigt einen Präventivschlag gegen eine andere Atommacht auszuführen.

Indien könnte Pakistan angreifen, oder umgekehrt. Wenn die U.S.-Regierung eine Abneigung gegen – sagen wir, den indischen Premierminister – entwickelt, kann sie ihn dann einfach mit einem Präventivschlag "ausschalten"?

Vor kurzem haben die Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle dabei gespielt, Indien und Pakistan vom Rande eines Krieges zurückzudrängen. Ist es so schwer für sie, ihrem eigenen Rat zu folgen? Wer ist der schwachsinnigen Moralisation schuldig? **Den Frieden zu predigen, während man Krieg führt?**

Die USA, die George Bush als **"die friedlichste Nation der Welt"** bezeichnet hat, befinden sich seit fünfzig Jahren jedes Jahr mit dem einen oder anderen Land im Krieg. Kriege werden nie aus altruistischen Motiven geführt. Normalerweise geht es um Hegemonie, um Geschäfte. Und dann ist da natürlich das Geschäft des Krieges. Der Erhalt ihrer Kontrolle über das weltweite Öl ist für die Außenpolitik der USA von grundlegender Bedeutung. Die jüngsten militärischen Interventionen der U.S.-Regierung auf dem Balkan und in Zentralasien haben mit Öl zu tun. [...]

Die U.S. Regierung patrouilliert so paranoid im Nahen Osten, weil sich dort zwei Drittel der weltweiten Ölreserven befinden. Öl lässt Amerikas Motoren schnurren. Öl hält den freien Markt am Laufen.

Wer das Öl der Welt kontrolliert, kontrolliert den Weltmarkt. Und wie kontrolliert man das Öl?

Niemand drückt es eleganter aus als der Kolumnist der New York Times, **Thomas Friedman**. In einem Artikel mit dem Titel "Verrücktheit zahlt sich aus" sagte er, Zitat: *"Die USA müssen dem Irak und den Verbündeten der USA klar machen, dass Amerika Gewalt anwenden wird – ohne Verhandlungen, ohne Zögern und ohne Zustimmung der Vereinten Nationen."*

Sein Rat wurde beherzigt. In den Kriegen gegen den Irak und Afghanistan sowie in den fast täglichen Demütigungen, die die US-Regierung der UNO zufügt. In seinem Buch über die Globalisierung, *„The Lexus and the Olive Tree“* (deutsch: *„Globalisierung verstehen. Zwischen Marktplatz und Weltmarkt.“*), sagt Friedman, und ich zitiere: *"Die verborgene Hand des Marktes wird niemals ohne die verborgene Faust funktionieren. McDonalds kann ohne McDonnell Douglas nicht florieren . . und die verborgene Faust, die die Welt sicher hält, damit die Technologien des Silicon Valley gedeihen können, heißt U.S. Army, Air Force, Navy und Marine Corps."* Vielleicht wurde dies in einem Moment der

Verwundbarkeit geschrieben, aber es ist sicherlich die prägnanteste, genaueste Beschreibung des Projekts der Konzernglobalisierung, die ich je gelesen habe.

Die Waffe des „freien Marktes“

Nach dem 11. September 2001 und dem Krieg gegen den Terror sind die verborgenen Hände und Fäuste aufgefliegen und wir haben jetzt einen klaren Blick auf **Amerikas andere Waffe, den freien Markt**, der mit einem verbissenen, ernsten Lächeln auf die Entwicklungsländer losgeht.[...] Die Männer in Anzügen haben es ungewöhnlich eilig. Während Bomben auf uns herabregnen und Marschflugkörper durch die Lüfte gleiten, während Atomwaffen gehortet werden, um die Welt sicherer zu machen, werden Verträge unterzeichnet, Patente angemeldet, Ölleitungen verlegt, natürliche Ressourcen geplündert, Wasser privatisiert und Demokratien untergraben. In einem Land wie Indien zerreißt die "Strukturanpassung" am Ende des Globalisierungsprojekts der Konzerne das Leben der Menschen. Entwicklungsprojekte, massive Privatisierungen und Arbeitsreformen vertreiben die Menschen von ihrem Land und von ihren Arbeitsplätzen, was zu einer Art barbarischer Enteignung führt, die in der Geschichte nur wenige Parallelen hat. Überall auf der Welt werden, während der "freie Markt" schamlos die westlichen Märkte schützt und die Entwicklungsländer zwingt, ihre Handelschranken aufzuheben, die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher.

Im globalen Dorf sind zivile Unruhen ausgebrochen.

In Ländern wie Argentinien, Brasilien, Mexiko, Bolivien und Indien wachsen die Widerstandsbewegungen gegen die Globalisierung der Konzerne. Um sie einzudämmen, verschärfen die Regierungen ihre Kontrolle. Demonstranten werden als "Terroristen" abgestempelt und dann als solche behandelt.

Aber zivile Unruhen bedeuten nicht nur Märsche, Demonstrationen und Proteste gegen Globalisierung.

Leider bedeuten sie auch eine verzweifelte Abwärtsspirale in Kriminalität und Chaos und alle Arten von Verzweiflung und Desillusionierung, die, wie wir aus der Geschichte wissen (und aus dem, was sich vor unseren Augen abspielt), allmählich zu einem fruchtbaren Nährboden für schreckliche Dinge werden - kultureller Nationalismus, religiöse Bigotterie, Faschismus und natürlich, Terrorismus.

[...] **Was der freie Markt untergräbt, ist nicht die nationale Souveränität, sondern die Demokratie.**

Während die Kluft zwischen reich und arm wächst, hat die verborgene Faust ihre Arbeit zu erledigen. Multinationale Konzerne, die auf der Suche nach "Sonderangeboten" sind die enorme Gewinne abwerfen, können diese Geschäfte nicht durchsetzen und diese Projekte in den Entwicklungsländern nicht verwalten ohne die aktive Mitwirkung des Staatsapparats - der Polizei, der Gerichte, manchmal sogar der Armee.

Heute braucht die Konzernglobalisierung ein internationales Bündnis von loyalen, korrupten, vorzugsweise autoritären Regierungen in ärmeren Ländern, um unpopuläre Reformen durchzusetzen und die Meutereien zu unterdrücken.

Sie braucht eine Presse, die so tut, als sei sie frei.
 Sie braucht Gerichte, die vorgeben, Recht zu sprechen.
 Sie braucht Atombomben, stehende Armeen, strengere Einwanderungsgesetze und wachsame Küstenpatrouillen, um sicherzustellen, dass nur Geld, Waren, Patente und Dienstleistungen globalisiert werden – nicht die Freizügigkeit von Menschen, nicht die Achtung von Menschenrechten, nicht internationale Verträge über Rassendiskriminierung oder chemische und nukleare Waffen, Treibhausgasemissionen, Klimawandel oder, Gott bewahre, Gerechtigkeit.
 Es ist, als würde selbst eine Geste in Richtung internationaler Rechenschaftspflicht die ganze Unternehmung zunichte machen. Ein knappes Jahr nachdem der Krieg gegen den Terror in den Ruinen Afghanistans offiziell eröffnet wurde, werden in einem Land nach dem anderen Freiheiten beschnitten im Namen des Schutzes der Freiheit und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt im Namen des Schutzes der Demokratie. Jegliche Art von abweichender Meinung wird als "Terrorismus" definiert. Es werden alle möglichen Gesetze verabschiedet, um dagegen vorzugehen.
 Osama bin Laden scheint sich in Luft aufgelöst zu haben. Mullah Omar soll auf einem Motorrad geflohen sein. Die Taliban mögen verschwunden sein aber ihr Geist und ihr System der Schnelljustiz tauchen an den unwahrscheinlichsten Orten auf. In Indien, in Pakistan, in Nigeria, in Amerika, in all den zentralasiatischen Republiken, die von allen möglichen Despoten regiert werden, und natürlich in Afghanistan unter der von den USA unterstützten Nordallianz.[...]

Donald Rumsfeld sagte, seine Aufgabe im Krieg gegen den Terror sei es, die Welt davon zu überzeugen, dass die Amerikaner ihre Lebensweise beibehalten dürfen. Wenn der wahnsinnige König mit dem Fuß aufstampft, zittern die

Skklaven in ihren Quartieren. Wenn ich also heute hier stehe, fällt es mir schwer, das zu sagen, aber **der "American Way of Life" ist einfach nicht nachhaltig**, weil er nicht anerkennt, dass es eine Welt jenseits von Amerika gibt.

Aber zum Glück hat Macht ein Verfallsdatum. Wenn die Zeit gekommen ist, wird dieses mächtige Imperium vielleicht, wie andere vor ihm, sich übernehmen und von innen heraus implodieren. Es sieht so aus, als ob bereits strukturelle Risse entstanden sind. [...]

Eine Welt, die von einer Handvoll gieriger Banker und Vorstandsvorsitzenden regiert wird, kann unmöglich Bestand haben. Der Kommunismus sowjetischer Prägung ist nicht gescheitert, weil er an sich böse war, sondern weil er fehlerhaft war. Er erlaubte zu wenigen Menschen zu viel Macht an sich zu reißen. Der Marktkapitalismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts (amerikanischer Stil) wird aus den gleichen Gründen scheitern. Beide sind von der menschlichen Intelligenz errichtete Bauwerke, die von der menschlichen Natur zunichte gemacht werden.

Die Zeit ist gekommen, sagte das Walross. Vielleicht wird es erst schlimmer und dann besser.

Vielleicht gibt es eine kleine Göttin oben im Himmel, die sich auf uns vorbereitet.

Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist schon auf dem Weg. Vielleicht werden viele von uns nicht mehr hier sein, um sie zu begrüßen, aber an einem ruhigen Tag, wenn ich genau hinhöre, kann ich sie atmen hören.
 Ich danke Ihnen.

*Artikel von Arundhati Roy in ‚Sand im Getriebe‘
 Nr. 17, 30, 38, 45, 53, 77, 82, 86*

**Eduardo Galeano:
 Das Theater des Guten
 und des Bösen,
 September 2001**

„Die Terroristen haben in New York und Washington Arbeiter aus fünfzig Ländern getötet, im Namen des Guten gegen das Böse. Und im Namen des Guten gegen das Böse schwört Präsident Bush Rache: „Wir werden das Böse in dieser Welt ausrotten.“ Das Böse ausrotten? Was würde aus dem Guten ohne das Böse? Nicht nur die religiösen Fanatiker brauchen Feinde, um ihren Irrsinn zu rechtfertigen. Ebenfalls Feinde brauchen, um ihre Existenz zu rechtfertigen, die Rüstungsindustrie und der gigantische Militärapparat der Vereinigten Staaten.

Die Verachtung des Volkswillens ist eine der vielen Gemeinsamkeiten zwischen dem staatlichen und dem privaten Terrorismus.“

vollständiger Text in [SiG 115](#) - Seite 14

**FOCUS on the South:
 9-11, and Afghanistan:**
Chronicling an Imperial Debacle
We in Focus on the Global South were, like most of the world, profoundly shocked by the horrific attack on the Twin Towers on September 11, 2001. But when Washington’s response turned into revenge bombing and a planned invasion of Afghanistan, we warned that such a move would dissipate the wave of sympathy for the United States, lead it precisely into the trap prepared for it by Osama bin Laden, and end up with it eventually losing the war.

[Mehr](#) (4 Artikel)

Ältere Artikel
 in ‚[Sand im Getriebe](#)‘
 zu [Afghanistan, Irak, Palästina und den USA](#)
 in der [SiG-Werkstatt für Nr.142](#)

Eine Bilanz des Afghanistan-Kriegs im Heft 9/2021 der "Blätter für deutsche und internationale Politik"

Bernd Greiner kritisiert in:
"'Nine Eleven', Afghanistan, Irak: Das Ende des amerikanischen Jahrhunderts" (S. 43-52) die Entscheidung der USA, auf die Terrorangriffe vom 11. September 2001 mit *"Militär und Krieg"* zu antworten, *"obwohl der Staat Afghanistan die USA nicht angegriffen hatte."* (S. 43) *"Zwei Jahrzehnte 'Krieg gegen den Terror' stehen damit im Ergebnis für verbrannte Erde und für Millionen von Flüchtlingen."* (S. 45) Durch den Afghanistankrieg und durch den Irakkrieg hätten die USA nach dem Ende des Kalten Krieges die Chance *"zu einer neuen, kooperativen Weltordnung [...] verspielt"* (S. 43).

Jeffrey D. Sachs stellt den Afghanistankrieg in **"Afghanistan: Blutiger Irrweg"** (S. 39-40) in die Reihe der *"US-Militärintervention(en) der letzten Jahrzehnte in Entwicklungsländern"*

20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan - eine vorläufige Bilanz

Sonntag, 31. Oktober 2021, 11 Uhr, Frankfurt a.M.
Konferenz der Friedensbewegung

Nach Abzug der NATO-Interventionstruppen ziehen wir ein Resümee: Schätzungen des „Costs of War“-Projekt an der Boston University gehen von **mindestens 243.000 Todesopfern in Afghanistan und Pakistan** aus – weit überwiegend unter der Bevölkerung. Die Zahl der indirekten Opfer liegt nach ihrer Einschätzung um ein Vielfaches höher. Millionen von Menschen wurden zu **Flüchtlingen** im eigenen Land, und unter den Geflohenen, die bis Europa gelangt sind, stellen Afghaninnen und Afghanen die zweitgrößte Gruppe. Im Land selber haben laut UNICEF 41 Prozent der Kinder unter fünf Jahren nicht genug zu essen, sauberes Trinkwasser steht im Schnitt weniger als 40 Prozent der Menschen zur Verfügung.

Afghanistan zeigt in besonders drastischer Weise, wie weit das **militärische Verständnis von „Sicherheitspolitik“** von den elementaren menschlichen Sicherheitsbedürfnissen abweicht, wie wenig den globalen Machtstrategen an Ernährungssicherheit, an einer sicheren Umgebung für das Aufwachsen der Kinder, an der Sicherung einer intakten Umwelt gelegen ist.

Bei unserer Konferenz werden wir uns mit diesen Opferzahlen beschäftigen, aber auch mit den Motiven der internationalen und afghanischen Akteure sowie mit den Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und „Verteidigungs“-Politik. **Welche Handlungsoptionen kann die Friedensbewegung entwickeln, um weitere Desaster dieser Art zu verhindern?**

im Gewerkschaftshaus Frankfurt,

Wilhelm-Leuschner-Str. 69 - 77, 60329 Frankfurt am Main

Referent*innen:

Matin Baraki (deutsch-afghanischer Politologe),
Emran Feroz (afghanisch-österreichischer Journalist und Autor, angefragt),
Joachim Guilliard (Publizist und Autor),
Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung),
Lisa Ling und Cian Westmoreland (US-Veteran*innen, Whistleblower),
Prof. Dr. Norman Paech (Völkerrechtler),
Karim Popal (Rechtsanwalt und Anwalt der Angehörigen der Kundus-Opfer),
Prof. Dr. Sabine Schiffer (Medienwissenschaftlerin),
Friederike Stahlmann (Sozialwissenschaftlerin)
sowie vielen weiteren Referent*innen

Grußworte:

Malalai Joya (afghanische Politikerin),
Christa Lörcher (Ex-MdB, stimmte als einzige Sozialdemokratin gegen den Bundeswehreinsetzung in Afghanistan)

Veranstalter*innen:

[Attac Deutschland](#); [Attac-AG Globalisierung & Krieg](#);
[Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt](#);
[pax christi Rottenburg-Stuttgart](#);
[Bundesausschuss Friedensratschlag](#);
[Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges \(IPPNW\)](#);
[Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit](#);
[DFG-VK Gruppe Frankfurt](#); [Drohnen-Kampagne](#)

Pro Asyl-Petition: Afghanistan - Weitere Aufnahme JETZT!

Tausende verzweifelte Zurückgelassene: Das ist die bittere Bilanz der deutschen Evakuierungsaktion aus Afghanistan. Es handelt sich um Familienangehörige von in Deutschland lebenden Afghanen. Um Ortskräfte deutscher Institutionen, von denen viele bei Subunternehmern beschäftigt waren. Um Menschen, die sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben. Etliche von ihnen haben Bezüge zu Deutschland. Ihre Namen sind bekannt. Diese Menschen müssen in Sicherheit gebracht werden!

Die nach dem Ende der Evakuierung geplanten Maßnahmen greifen zu kurz.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Die Fortsetzung der Evakuierung aus Nachbarstaaten
- Schriftliche Aufnahmezusagen für gefährdete Personen
- Humanitäre Visa für Ortskräfte & andere nach § 22 Satz 2 AufenthG
- Schnellen und unbürokratischen Familiennachzug zu in Deutschland lebenden Schutzberechtigten
- Ein Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghan*innen (auch aus Anrainerstaaten) nach § 23 Abs. 2 AufenthG und die Zustimmung zu Landesaufnahmeprogrammen

[Text und weitere Informationen](#) von Pro Asyl

Medico: die Welt muss hinschauen

Forum Friedensethik

Zum Abzug der deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan

[...] Beim Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Afghanistan im Jahre 2001 ging es nicht primär um Terrorismusbekämpfung und Aufbau eines demokratischen Staates. Vorrangig waren **geopolitische Interessen des Westens** in einem ressourcenreichen, zentral- und südasiatischen Großraum.

[...] Afghanistan leidet seit 40 Jahren unter Krieg. Vom amerikanischen Geheimdienst wurden schon lange vor dem September 2001 die reaktionärsten Elemente der afghanischen Gesellschaft, die sogenannten **Mudschahedin**, aufgerüstet, um eine links orientierte Regierung und ihre sowjetischen Unterstützer zu bekämpfen. Die Folgen für die afghanische Zivilbevölkerung waren verheerend.

Der so angeheizte afghanische Bürgerkrieg zog Islamisten aus aller Welt an. Es entstanden Zellen eines internationalen Terrorismus. Das wurde damals von westlicher Seite hingekommen.

Nach dem Sturz der afghanischen Regierung (1979) und dem Abzug der Sowjetunion (1989) fielen verschiedene Fraktionen der siegreichen Mudschahedin übereinander her. Das entstandene Chaos sollten die **Taliban** (1996-2001) bereinigen, **Produkt pakistanischer und saudischer Politik, aber auch Instrument amerikanischer Strategie.**

Als die USA sich 2001 entschieden, die Taliban zu entmachten, nutzten sie Einheiten der Mudschahedin als Bodentruppen. Kooperiert wurde mit Warlords aus ihren Reihen. An den Aufbau eines demokratischen Staatswesens war so kaum zu denken, vielmehr wurde der Korruption Tor und Tür geöffnet.

Im Blick auf die Zukunft sagen wir:

- Die USA und ihre Verbündeten tragen eine besondere Verantwortung und müssen sich beim **Umgang mit Flüchtlingen** strikt an das humanitäre Völkerrecht halten. Die Nachbarstaaten Afghanistans, die zahlreiche Flüchtlinge aus Afghanistan aufgenommen haben, sind unabhängig von politischem Kalkül in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Auch Deutschland muss seinen Beitrag leisten zur Finanzierung der Arbeit der UN-Agenturen, von deren Einsatz das Überleben von über 2 Mio. Binnenflüchtlingen abhängt. Laut Weltbank leben 54,5 Prozent der afghanischen Be-

völkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze (2016). Sie leben von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag (Quelle: [Welthungerhilfe](#)).

- **Bemühungen um Frieden und Entwicklung müssen von den Menschen in Afghanistan ausgehen.** [...] Alle Pläne können nur mit den faktisch vorhandenen politischen Kräften entwickelt und umgesetzt werden. Niemand kann gegenwärtig sagen, wie belastbar die versöhnlichen Äußerungen einiger Kommandeure bzw. der Taliban-Diplomaten sind, mit denen die USA seit Langem in Doha verhandeln.

Es muss aber versucht werden, sie zu ermutigen und beim Wort zu nehmen und dies unter Verzicht auf Drohgebärden. Die Glaubwürdigkeit des westlichen Anspruchs, durch militärische Einsätze Menschenrechtsverletzungen verhindern und eine demokratische Entwicklung initiieren zu wollen, ist nicht nur in Afghanistan gründlich gescheitert.

- Eine Politik, die wirklich den Menschen in Afghanistan dient, bedarf eines **außenpolitischen Rahmens**. Es müsste eine Institution geschaffen werden, die ähnlich wie die OSZE alle Nachbarn des Landes einbezieht. Die bereits erkennbaren westlichen Manöver, mit denen China und Russland bzw. der Iran weiter ausgegrenzt werden sollen, dürften Frieden und Entwicklung verhindern.

- Wir verstehen durchaus die **Sorge** vieler, es könnte demnächst in Afghanistan zu großflächigen schweren Menschenrechtsverletzungen kommen, durch die Taliban, aber auch durch lokale IS-Gruppen - letztlich auch sie ein Produkt westlicher Intervention im Irak und als solche weniger im Blick der westlichen Medien.

Eine Chance, in solch einer Situation befriedend einzugreifen, geben wir nur einer echten, wirklich unter UNO-Regie und Verantwortung handelnden internationalen Polizeitruppe, wie vorgesehen und angedacht im Konzept „**Sicherheit neu denken**“, das in der badischen Landeskirche entwickelt wurde und inzwischen **von über 30 Friedensorganisationen in Deutschland** mitgetragen wird.

- Eine grundsätzliche Umkehr hin zu einer **friedenslogischen** Politik im Sinne des Konzepts „Sicherheit neu denken“

ist notwendig. **Das Aufarbeiten des deutschen Afghanistan-Einsatzes** sollte auch zur Warnung vor Wiederholungen in Gestalt **sicherheitslogischer** militärischer Lösungen für die Probleme mit dem Iran, Syrien, der Ukraine, Russland, der Sahel-Zone und China führen. Wir sagen das mit besonderem Nachdruck, weil wir im Moment an den genannten Konfliktfeldern nur politisches und militärisches „business as usual“ wahrnehmen, dessen verhängnisvolle Konsequenzen am Flughafen von Kabul zu besichtigen waren. [...] Quelle: [ekiba.de](#)

Das "FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden" ist der **Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen.**

FRIEDENS JOURNAL

Fehleinschätzung oder Realitätsverweigerung?

Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, China, Turkmenistan, Iran, Pakistan, Indien, Kabul

- Die Illusion von der einzigen Weltmacht USA ist geplatzt
- Wie sich der Sieg der Taliban auf die Welt auswirkt
- Afghanistan jenseits von 9/11 – Wer tötete Ahmed Shad Massud?
- Desaster am Hindukusch und die Lehren aus Afghanistan
- 20 Jahre Kampf gegen Nato-Krieg in Afghanistan
- Medienanalyse: Jenseits von Konsum und Kritik

Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag

Sept. - Okt. 2021/22

- **Friedensjournal**

- **Friedensratschlag über Afghanistan**

- **4-teilige Doku von Arte : Afghanistan, das verwundete Land**

- <https://www.medico.de/podcast>

<https://www.medico.de/blog>

- **Reinhard Erös von der "Kinderhilfe Afghanistan"** über das Desaster des Militäreinsatzes: [DLF – Sendung](#)

- **P. Klemm: Afghanistankrieg als Teil von Kriegen um die Weltherrschaft – in Attac, Globalisierung und Krieg**

Cheryl Benard

Die Wahrheit über die afghanischen Frauen

[...]Jetzt lautet unser Mantra: „Wir können die afghanischen Frauen nicht im Stich lassen.“ Und damit meinen wir: wir müssen Visa ausstellen und sie evakuieren. Aber offensichtlich können wir nicht alle afghanischen Frauen ausfliegen. Die Übrigen überlassen wir, ganz auf sich gestellt, einem mittelalterlichen Regime – nachdem wir alle gebildeten, wohlhabenden, gut vernetzten und cleveren Leute abgeschöpft haben. Wir lassen sie in Armut und am Hungertuch nagend zurück, nachdem wir jene, die für die Nahrungsmittelprogramme und die Krankenhäuser gearbeitet haben, schnell ausgeflogen haben. Die US-Botschaft ist verrammelt. So, liebe Leute, sieht im Stich lassen aus.

[...] Wir haben mit jenen zusammengearbeitet, die wir leicht finden und mit denen wir leicht interagieren konnten, Menschen aus der städtischen und weltläufigen Bevölkerungsschicht, jene, die uns durchschauten und unseren Bedarf an photogenem Erfolg bedienen konnten. Diejenigen in den Slums und Dörfern haben wir nie erreicht. Dann kam das Jahr 2021 und plötzlich standen die Taliban in Kabul, und wir reagierten mit Hysterie. Ein Plan B wäre ratsam gewesen, startklare Visa-Erteilungsmechanismen im Falle unmittelbarer Gefährdung ausgebildeter Personen oder profilierter Aktivisten. Stattdessen luden wir präventiv so viele männliche und weibliche Fachkräfte in Flugzeuge – all die Menschen mit nützlichen Fähigkeiten: Ärzte und Krankenschwestern, Journalisten, Frauen mit handwerklichem Geschick, Lehrer, IT-Experten. Jeder, der die Zivilgesellschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen, das Sozialwesen und gemäßigte Werte aufrechterhalten hätte können, wurde in ein Flugzeug gedrängt und so weit wie möglich weggeflogen. Keine Evakuierung, eher eine umgekehrte kulturelle Revolution, die binnen Tagen auslöschte, was wir über zwei Jahrzehnte gehegt hatten. [...]

Selbst jetzt scheint uns nicht bewusst zu sein, dass „die afghanischen Frauen“ keine Einheit bilden. Dabei unterscheiden sie sich je nach Lebensumständen, Einstellung und je nach Einflussfaktoren so deutlich voneinander, als gehörten sie unterschiedlichen Spezies an. [...]

Typ eins: Die unsichtbaren echten Frauen von Afghanistan

Der größte Teil der afghanischen Frauen gehört der armen Stadt- und Landbevöl-

kerung an und viele sind Binnenflüchtlinge, die in Lagern leben. Ihr Leben hat sich in den vergangenen zwei Jahrhunderten kaum verändert – und schon gar nicht in den letzten 20 Jahren. [...] Das Leben dieser Frauen ist trist und schwierig. Man bedauert, dass sie geboren wurden, ihre Mütter wurden dafür verachtet oder gar bestraft, keinen Sohn hervorgebracht zu haben. Ihre Kindheit dient nur dazu, sie auf den Sklavendienst vorzubereiten. Zunächst sind sie ihren Brüdern zu Diensten, die dazu ermuntert werden, sie herumzubefehligen. Allzu bald ist es dann Zeit für die Heirat, oft werden sie mit einem Verwandten oder einem deutlich älteren Mann verheiratet, dem die Familie etwas Gutes tun will.[...] Das Ansehen einer Frau erhöht sich erst, wenn sie erwachsene Söhne hat; das gibt ihr das Recht, über ihre Schwiegertöchter zu bestimmen, die statt weiblicher Solidarität dann noch einen weiteren Tyrannen vorgesetzt bekommen.

[...] Laut UNICEF ist die Hälfte aller Todesfälle afghanischer Frauen im Alter zwischen 15 und 49 auf unbehandelte Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt zurückzuführen – das sind Statistiken, die direkt aus dem Mittelalter kommen könnten. [...] Fast überall auf der Welt leben ein wenig mehr Frauen als Männer und haben eine längere Lebenserwartung.[...] Doch in Afghanistan gab es einen deutlichen Männer-Überhang. Die Gründe dafür lagen auf der Hand. Gutes Essen und medizinische Versorgung bekamen vor allem Jungen und Männer. Das machte Mädchen weit anfälliger für Krankheiten und Mangelernährung, was zu Wachstumsproblemen führte und dazu, dass sich ihre Körper nicht richtig entwickelten. Kombiniert mit Kinderheirat erhält man 12- und 13-jährige Mädchen, die schwanger werden, ihr Baby verlieren, für ihr Versagen beschimpft und dazu gezwungen werden, es noch einmal zu versuchen. [...]

Und wie steht es mit dem allgemeinen Lieblingsthema, der Bildung? „3,5 Millionen Mädchen gehen wieder zur Schule, vier Fünftel der Grundschulmädchen sind eingeschrieben.“ Wunderbar. Applaus. Das einzige Problem: Es stimmt nicht. Human Rights Watch [berichtet](#) 2017: „16 Jahre nach der von den USA geleiteten Militärintervention, die die Taliban-Regierung vertrieben hat, besuchen rund zwei Drittel der afghanischen Mädchen nicht die Schule.“ [...]

Afghanischer Frauentyp zwei: die lebende Erfolgsstory

[...] Sie stammen aus wohlhabenden Familien oder Clans. Viele von ihnen haben eine doppelte Staatsbürgerschaft oder Familie im Ausland. Sie sind weit gereist und besitzen Pässe und Visa. Die meisten von ihnen waren schon über alle Berge, ehe das Ausfliegen begann.

Afghanischer Frauentyp drei: Die mutige Aktivistin

[...] Der erste Auftritt der Aktivistinnen fand vor dem Präsidentschaftspalast statt, acht Frauen hielten Schilder hoch, auf denen sie ihre Rechte einforderten, an den darauffolgenden Tagen fanden sich etwas größere Gruppen ein. [...] Wird man auf ihre Forderungen eingehen? Bin ich zuversichtlich, dass die Taliban vorhaben, eine Atmosphäre von Respekt und Sicherheit für Frauen zu schaffen? Gewiss nicht.

Doch lassen wir uns nicht täuschen. [...] Die Praktiken, die für Frauen besonders schlimm sind, stammen aus dem sogenannten paschtunischen Kodex, einem stark patriarchalisch, hierarchisch ausgerichtetem System, das besagte, dass das männliche Prestige die totale Unterwerfung und absolute Tugend ihrer Frauen erforderte. [...]

Afghanischer Frauentyp vier: Liebling des Koranschullehrers

Die Taliban reagierten gereizt auf „unserer“ Frauendemonstrationen. Sie [schickten](#) Hunderte von Frauen, die die Taliban unterstützten, Slogans schrien und komplett schwarze, den ganzen Körper verhüllende Kleider trugen. [...] Diese Frauen kamen nicht plötzlich aus dem Nichts. Sie wurden in Koranschulen direkt vor unserer Nase und in beträchtlicher Zahl erzogen, in den angeblichen Jahren der Aufklärung und Freiheit während der säkularen Ära, auf die wir so stolz waren. Aber wir hatten keine Ahnung, dass sie da waren.[...]

Ich bin mir wirklich nicht sicher, was jetzt kommt. Unser zwanzigjähriges Befreiungsexperiment ist gescheitert, zu einem schwindelerregenden Preis. [...]

[Kommentar](#), Übersetzung: [Nachdenkseiten](#)
Cheryl Benard ist Sozial- und Politikwissenschaftlerin und setzt sich seit langem für afghanische Frauen ein. Sie hat mehrere Bücher zum Thema geschrieben, darunter „Die Politik ist ein wildes Tier: Afghanische Frauen kämpfen um ihre Zukunft“ und „Veiled Courage – Inside the Afghan Women’s Resistance“

Peter Wahl

Friedenspolitik notwendiger denn je!

Rede zum Antikriegstag am 1. September 2021 in Worms

Meine Damen und Herren,
Kolleginnen und Kollegen
liebe Freundinnen und Freunde

Heute vor 82 Jahren überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und entfesselte damit den Zweiten Weltkrieg. In dem Höllensturz der folgenden fünf Jahre fanden über 65 Millionen Menschen den Tod. Davon allein in der Sowjetunion 27 Millionen, und über 13 Millionen in China, wo das mit Nazi-Deutschland verbündete Japan wütete. Mehr als die Hälfte der Opfer waren Zivilisten.

Zugleich nutzte der deutsche Faschismus den Krieg, um in seinem Schatten das singuläre Menschheitsverbrechen der Shoah zu verüben.

Noch ein anderer Aspekt verdient es, an dieser Stelle hervorgehoben zu werden: Zwar ist Krieg immer und überall grauenhaft; zu den Besonderheiten des Zweiten Weltkriegs gehört jedoch, dass er im Osten - anders als im Westen - von vorneherein als **totaler Vernichtungskrieg** geplant war. Ich zitiere den Bundespräsidenten aus seiner Rede zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion: „*Beamte im Reichssicherheitshauptamt planten mit zynischer Sorgfalt die Vernichtung. Sie planten einen Krieg, der die gesamte sowjetische Bevölkerung zum Gegner erklärte: vom Neugeborenen bis zum Greis. Es war die Entfesselung von Hass und Gewalt, die Radikalisierung eines Krieges hin zum Wahn totaler Vernichtung.*“ Und, so Steinmeier weiter: „*Es lastet auf uns, dass wir den Opfern viel zu lange Anerkennung verwehrten.*“

Sein Ende fand der Zweite Weltkrieg mit den **Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki**. Damit war zugleich eine neue Qualität von Monstrosität des Militärischen in die Welt gekommen. Seither besteht die makabre Fähigkeit zur Auslöschung der gesamten Menschheit durch einen Atomkrieg. Auch das ist eine Folge des Zweiten Weltkriegs, die als Bedrohung unvermindert über uns schwebt, auch wenn die Neigung des Homo Sapiens zur Verdrängung unangenehmer Fakten zur Gewöhnung auch an dieses Übel tendiert.

Wenn wir an diese Dinge erinnern, dann ist das nicht die Pflichtübung einer staatstragenden Gedächtniskultur, sondern von brennender Aktualität. Denn gerade in diesen Tagen wird uns wieder einmal vor Augen geführt, was Krieg bedeutet und wohin er führt. Ich spreche vom **Krieg in Afghanistan, an dem auch die deutsche Armee beteiligt war**, und der jetzt hoffentlich zu Ende geht. Das Land am Hindukusch war seit 40 Jahren permanent im Kriegszustand. Allein in der Zeit des NATO-Krieges sind 240.000 Tote zu beklagen, 98% auf afghanischer Seite. Darunter 48.000 Zivilisten.

Wie Joe Biden jetzt offen erklärte, ging es für Washington nicht um Afghanistan, sondern um US-Interessen: nach dem

11. September sollte Osama Bin Laden ausgeschaltet werden, den man noch in den achtziger Jahren mit Waffen und Dollars gegen die sowjetische Militärpräsenz aufgepöppelt hatte. Und das, so Biden, sei ja schließlich gelungen! Allerdings wurde Bin Laden in Pakistan und nicht in Afghanistan geschnappt, und das durch eine Kommandoaktion mit Polizeicharakter, und nicht dadurch dass man ein ganzes Land mit Krieg überzieht. Die Offenheit des US-Präsidenten erklärt die letzten zwanzig Jahre jetzt quasi zum Kollateralschaden.

Einmal mehr war also das Schicksal ganzer Länder und Millionen von Menschen Spielball **geopolitischer Großmachtinteressen**; oder wie es der Schriftsteller und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Kerami formulierte: „*Unter den vielen Lügen, die den Einsatz des Westens in Afghanistan begleiteten, ist die größte wahrscheinlich diese: Es gehe um die Freiheit der Afghanen. Nein, es geht um Interessen, und darum ging es von Anfang an.*“

Vollkommen richtig. Aber das bedeutet auch, dass jene ihre Lektion lernen, die bis in weite Teile der liberalen Öffentlichkeit hinein gutgläubig der Illusion anhängen, Menschenrechte und westliche Demokratie ließen sich mit Hilfe von Panzern und Drohnen exportieren. Wie wir aus jahrzehntelanger Erfahrung in der Entwicklungspolitik wissen, lassen sich gesellschaftliche Verhältnisse, die über Jahrhunderte in den Tiefenschichten traditionaler Gesellschaften verwurzelt sind, nicht so ohne weiteres von oben umstürzen. Und auch nicht mit einem Schlag. Erst recht nicht von außen. Und schon garnicht gestützt auf Gewehrläufe.

Dementsprechend desaströs sieht auch die Bilanz der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Afghanistans aus. Der Krieg hat Entwicklungsanstrengungen massiv blockiert. Das Land blieb auch unter westlicher Besatzung eines der ärmsten Länder der Welt. Im Ranking der menschlichen Entwicklung der UNO ist es seit 2014 sogar um fünf Plätze abgerutscht und lag 2019 auf Platz 169 (von 189). Auch das Pro-Kopf-Einkommen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken.

In der medialen Präsentation und öffentlichen Debatte dominieren derzeit die Bilder der dilettantischen Evakuierung, die Kritik an den Fehleinschätzungen von Regierungen und Geheimdiensten und an der Kaltschnäuzigkeit Washingtons im Umgang mit seinen Hilfstruppen. So berechtigt das ist, so darf es nicht darüber hinwegtäuschen, dass der entscheidende und größte Fehler bereits vor 20 Jahren gemacht wurde, als die damals rot-grüne Regierung Schröder die Bundeswehr in diesen Krieg schickte.

Dieser Krieg hätte niemals begonnen werden dürfen. Zumal man es hätte besser wissen können. Schon 1978 hatte die kommunistisch inspirierten Regierungen Taraki und Karmal Scharia, Burka, Zwangsverheiratung usw. verboten.

Das stieß aber auf so viel Widerstand, dass nur noch das militärische Eingreifen der Sowjetunion 1979 ihr Überleben ermöglichte. Das machte natürlich alles nur noch schlimmer. Zudem jetzt die USA in den Krieg einstiegen. Die Mudschaheddin – die westliche Propaganda nannte sie damals „Freiheitskämpfer“ – wurden massiv mit Waffen und Dollars unterstützt. Moskau musste sich nach 10 Jahren zurückziehen und die Mudschaheddin übernahmen die Macht, drei Jahre später die Taliban.

Es heißt, Geschichte wiederholt sich nicht. Aber die Geschichte Afghanistans nach dem 11. September nimmt sich aus wie das Remake der Sowjetjahre. Die gleichen Fehleinschätzungen, die gleiche Selbstüberschätzung und am Schluss das gleiche Scheitern. Und jetzt wieder das Ganze auf Null zurück.

Zudem ist Afghanistan nicht der einzige Fall, wo die Mischung aus geopolitischen Interessen und ein von missionarischem Eifer getriebener Export von Menschenrechten an der Wirklichkeit zerschellen. Der Irakkrieg 2003 und die Intervention in Libyen 2011 sind zwei weitere Beispiele. Beide Länder sind heute gescheiterte Staaten. Der Preis an Tod, Zerstörung und Chaos, den die Bevölkerungen zu zahlen haben, steht in keinem Verhältnis zu dem Übel, das zu beseitigen man angeblich angetreten war.

Als Fazit lässt sich mit einem Kommentar aus der FAZ festhalten: „In Afghanistan (und anderswo) hat der Westen seine transformatorischen Kräfte dramatisch überschätzt.

Daraus Lehren für die deutsche Außenpolitik zu ziehen ist der Auftrag aus dem Kabuler Debakel.“

Zu den Lehren, die zu ziehen sind, gehört jetzt als erstes, sich nicht vor der Verantwortung für all jene Menschen zu drücken, die durch das Scheitern der NATO in direkte Gefahr gebracht wurden. Das gilt auf Bundes- und Landesebene bis zur Kommune, in unserem Fall der Stadt Worms.

Afghanische Flüchtlinge müssen ohne bürokratische Hindernisse aufgenommen und bei der Integration unterstützt werden – auch hier in Worms.

Afghanistan zeigt so klar und deutlich wie kein anderer Fall, dass die Hauptursachen für Flucht und Migration hier bei uns liegen. Dennoch wollen die EU-Innenminister, wie bei ihrer gestrigen Tagung, das Problem auf die Länder der Region abwälzen. Das ist ein Monument an politisch-moralischer Verkommenheit. Die wertebasierte Außenpolitik lässt die Maske fallen.

Allerdings reicht es nicht, Flüchtlinge großzügig aufzunehmen. **Notwendig ist ein internationales Wiederaufbauprogramm für die 38 Millionen Afghanen**, die im Land bleiben und von denen schon jetzt 12 Millionen von Hunger bedroht sind. Für den Krieg wurden insgesamt über zwei Billionen Dollar verpulvert. Auch bei keiner Verlängerung der deutschen Kriegsbeteiligung durch den Bundestag hat Geld je eine Rolle gespielt. Es wäre die definitive Bankrotterklärung für die deutsche Außenpolitik, wenn sie sich hinter Brüssel verschanzen würde.

Notwendig ist eine **Task-Force unter UN-Vorsitz**, zu der neben den Interventen auch die Nachbarländer Afghanistans gehören, darunter China. Die alten Terrorfinanziers wie

Saudi-Arabien. Außerdem Katar, die Türkei, Indien und Russland. Und in ein solches internationales Aufbauprogramm müssen die Taliban, so unsympathisch sie uns sein mögen, eingebunden werden. Denn auch humanitäre Politik braucht ein Fundament aus Realismus. Es gibt Hinweise, dass durchaus Chancen dafür bestehen. Jetzt ist die Stunde der Diplomatie, um sie zu nutzen.

Wir haben in Afghanistan gerade den Bankrott jener Parole erlebt, wonach unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigt würde. Trotzdem **meint die Bundesregierung, unsere Sicherheit müsse jetzt auch noch im südchinesischen Meer verteidigt werden** – noch mal 3.000 Kilometer weiter im Osten. Die Entsendung einer Fregatte der Bundesmarine vor die Haustür Pekings ist ebenso provokant wie arrogant. Absicht ist es, das zu demonstrieren, was man in Berlin für „Weltpolitikfähigkeit“ hält. Früher nannte man das „Kanonbootpolitik.“

Aber mit Politik der Stärke und dem Rückgriff auf die traditionellen Rezepte von Militarisierung und Großmachtspolitik ist auch den Problemen einer vernetzten und hochkomplexen Welt des 21. Jahrhunderts nicht beizukommen. Es ist an der Zeit zu begreifen, dass die 500-jährige Epoche endgültig vorbei ist, in der der „weiße Mann“ dem „Rest der Welt“ sagen konnte, wo es lang geht. Natürlich gilt das nicht nur für den weißen Mann, sondern auch für eiserne Ladies, wie Frau Kramp-Karrenbauer oder Frau Baerbock.

Denn wir leben bereits in einer multipolaren Welt, auch wenn so manche es noch nicht wahrhaben wollen. Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft verlagert sich nach **Asien**. Der Anteil der USA am globalen Bruttoinlandsprodukt sank von 20% im Jahre 2000 auf heute 16%. In der Eurozone sogar von 17% auf 12%. Im gleichen Zeitraum stieg Chinas Anteil spektakulär von 7% auf 18%. Und die Tendenz setzt sich fort. Heute leben 11,4% der Weltbevölkerung in der EU und den USA. Bis 2050 wird der Anteil auf unter 9% sinken. Wir sind nicht der Bauchnabel der Welt. Darauf muss sich eine zukunftsfähige Außenpolitik allmählich einstellen.

Zwar bleiben die USA eine Supermacht, aber mit der Monopolstellung, die sie nach dem Kalten Krieg hatten, ist es vorbei. Der Aufstieg Chinas, das Comeback Russlands als Weltmacht, perspektivisch wohl auch anderer Schwellenländer, die zunehmenden Spielräume von Regionalmächten, all das erhöht die Komplexität des internationalen Systems enorm. **Die systemische Instabilität nimmt zu und damit die Risiken**. Da passt es wie die Faust aufs Auge, dass die **neue „NATO 2030“-Strategie** den Weg zu einer Interventionsallianz außerhalb des nordatlantischen Bündnisgebiets ebnen soll. Das ist eine **katastrophal falsche Weichenstellung**. Konfrontation, Feindbildproduktion und Verschwörungstheorien in der offiziellen Politik, wonach der „böse Russe“ und der „verschlagene Chinese“ uns alles mögliche Üble antun wollen, führen die Welt in einen neuen Kalten Krieg. Das schafft keine Sicherheit, sondern ist im Gegenteil brandgefährlich. Dazu sagen wir Nein!

Und zwar nicht nur als Lehre aus der Vergangenheit, sondern auch weil sich **neue Problemlagen für Frieden und Sicherheit** zusammengebraut haben.

Das Rüstungskontrollsystem, das seit den 1970er Jahren wenigstens eine gewisse Stabilität im Gleichgewicht des Schreckens ermöglichte, zerfällt. Das **ABM-Abkommen**, das die Stationierung von Raketenabwehrsystemen begrenzte, kündigten die USA bereits 2002. 2019 kündigte Trump den **INF-Vertrag** über Mittelstreckenraketen. 2020 kündigte er den **Open Sky Vertrag**, der vertrauensbildenden Maßnahmen diente. **Es entsteht ein gefährliches Vakuum an vertraglichen Bindungen.**

Zweitens ermöglichen **technologische Innovationen** - hier vor allem die Digitalisierung - neue Perversionen der Kriegführung. Sie führen zu einer Beschleunigung in militärischen Abläufen. Die Zielgenauigkeit von Waffen wird präziser, ihre Zerstörungskraft größer. Der Trend geht zum Killerroboter. Künstliche Intelligenz im Militärischen wird politisch zu gigantischer Dummheit. Nicht zuletzt wegen des Risikos eines Krieges aus „Versehen“ aufgrund von Softwarefehlern.

Das ist nicht alles: mit der Miniaturisierung von Atomwaffen geht die Illusion einher, sie unterhalb der Schwelle eines großen Krieges verwenden zu können. Und die neuen Hyperschall-Träger-Systeme könnten das strategische Gleichgewicht aus der Balance bringen. **Das neue Wettrüsten hat bereits begonnen.**

Drittens schließlich **werden die globalen Probleme, vorneweg der Klimawandel, nicht lösbar unter Bedingungen von Konfrontation, geopolitischer Feindschaft, Lagerdenken, permanenten Sanktionen und Protektionismus.** Schon vor zehn Jahren schrieb der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung: „Die Welt braucht zwingend ein höheres Maß an internationaler Kooperation, wenn eine dauerhaft klima- und umweltverträgliche globale Entwicklung ermöglicht werden sollen.“ Und damals stand es um die internationalen Beziehungen noch lange nicht so schlecht wie heute.

Die geopolitischen Konflikte absorbieren die Kapazitäten von Regierungen und internationalen Organisationen zur Problembearbeitung und verursachen eine gigantische Vergeudung von Finanzmitteln, die an anderer Stelle fehlen. Allein das absurde NATO-Ziel, 2% des deutschen BIP für Rüstung auszugeben, entspräche einer Steigerung des Militäretats von über 20 Milliarden Euro. Außerdem hält die Hau-drauf-Politik Medien und Öffentlichkeit in permanenter Erregung und verdrängt die existentiellen Probleme unseres Planeten von der Tagesordnung. Es ist illusionär zu glauben, man könne das Klima retten und gleichzeitig einen

Kalten Krieg zu führen. **Erfolgreiche Klimapolitik ist auch immer Friedenspolitik.**

Die heute lebenden Generationen kennen eine multipolare Weltordnung nicht aus eigenem Erleben. Die Älteren werden sich an das bipolare System des Kalten Kriegs erinnern. Danach kam die kurze Periode der Dominanz durch die damals einzige Supermacht USA. Multipolarität gab es aber jeweils vor den beiden Weltkriegen. Zwar war sie nicht die Ursache für die Kriege – die lagen in Imperialismus und Faschismus – aber sie bildete die Rahmenbedingungen, in denen Großmachtrivalität, Eroberungs- und Weltherrschaftsphantasien nicht durch eine internationale Friedensordnung eingehegt werden konnten. Schon das Scheitern des Völkerbundes war ein Symptom dafür. Heute aber steht die Schaffung einer solchen neuen Friedensordnung unabweisbar auf der Tagesordnung.

Denn: **so fürchterlich die beiden Weltkriege waren, es gab ein Danach. Ein drittes Mal aber könnte die Existenz der Menschheit auf dem Spiel stehen.** Sei es, dass wir statt globaler Klimaerwärmung einen nuklearen Winter bekommen. Sei es, dass wir vor lauter geopolitischen Konflikten das Klimaproblem zu spät in den Griff bekommen.

Wir brauchen **eine neue Weltordnung**, auf der Höhe unserer Zeit.

Wir brauchen **internationale Kooperation statt Konfrontation.**

Wir brauchen **Rüstungskontrollen und Abrüstung.**

Wir brauchen einen **Stopp der Rüstungsexporte und eine entsprechende Konversion der betreffenden Industrien** für umweltfreundliche Busse, Straßenbahnen und Eisenbahnen statt Panzern und Kampfbombern.

Wir brauchen den Mut eines Willy Brandt und die Klugheit eines Egon Bahr für **eine neue Entspannungspolitik.**

Wir brauchen dafür eine **Bundesregierung**, die die Initiative dafür ergreift.

Und wir brauchen **eine Bewegung von unten, die für alles das Druck macht.**

Setzen wir uns dafür ein, in unseren Familien, bei Nachbarn, im Freundeskreis, in Parteien, Verbänden, Gemeinden, in den Aktionen der Friedensbewegung und an der Wahlurne.

s. auch von Peter Wahl: *Nuklearer Winter und Klimawandel Die Erosion des Rüstungskontrollsystems und das Comeback der Atomkriegsgefahr, Januar 2020 -*



Zweiter IPB-Weltfriedenskongress

Barcelona 15., 16., 17. Oktober 2021

Das Hauptziel des zweiten IPB-Weltkongresses ist es, allen Beteiligten einen Raum zum Sammeln und Austausch von Erfahrungen zu bieten **Internationale Friedens- und Gerechtigkeitsbewegungen.** „Jedes Problem, mit dem wir konfrontiert sind, hat eine praktikable Lösung“ – Noam Chomsky. Deshalb kommen wir diesen Oktober zu #ReImagineOurWorld zusammen und ergreifen Maßnahmen für #peace . #Gerechtigkeit.

<https://www.ipb2021.barcelona/programme/>

Take action for peace and justice with Noam Chomsky, Vandana Shiva, Jody Williams, Duarte Pacheco, Wada Masako, Beatrice Fihn and many more.

<https://www.peace-ed-campaign.org/de/event/international-peace-bureau-2nd-world-peace-congress-barcelona-2021/>

Roland Kulke

Von der Leyens Rede „Zur Lage der Union“ - eine Suche nach der Seele Europas

Die Präsidentin der Europäischen Kommission meint, die „Seele Europas“ gefunden zu haben – und verdeckt dabei ihr durch und durch profit- und machtorientiertes Politikverständnis.

Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie war es am 15. September wieder einmal so weit: die Präsidentin der Kommission (KOM) der Europäischen Union (EU), Ursula von der Leyen (VdL), hielt ihre große jährliche Rede zur „Lage der Union“. Diese soll traditionell dem Rückblick und Ausblick der Arbeit der KOM dienen. Sie ist beides zugleich, eine Rechtfertigung des vergangenen Handelns und eine einmalige Chance, ihre Vision einer besseren zukünftigen EU den Bürger*innen der EU nahezubringen.

VdL eröffnete ihre Rede mit einem Verweis darauf, dass die EU, von ihr immer „Union“ genannt, eine „starke Seele“ aufweisen würden. Insbesondere in der Pandemie wäre dies unter Beweis gestellt worden. Die von VdL so gerühmte „Seele“ der EU scheint aber eine Krämerseele zu sein. Dieser Eindruck drängte sich jedenfalls im Laufe ihrer Rede auf.

Der „European way“ im Umgang mit der Pandemie

Das erste Thema war die Corona-Krise, die mittlerweile nur mehr in Zahlen von verabreichten Impfdosen diskutiert wird. Glaubt man VdL, hat sich die EU wiederum als Weltmeister gezeigt, als Weltmeister der Herzen, denn kein anderer Kontinent hätte anderen Länder so viele Impfdosen gespendet.

In der Diskussion um den weltweit gerechten Zugang zu Impfdosen spielt der Begriff „Waiver“ eine wichtige Rolle. Dabei geht es darum, dass die EU endlich in der Welthandelsorganisation (WTO) ihren Widerstand aufgeben muss, damit wenigstens kurzzeitig die Patente aufgehoben werden können. Nur so könnten ärmere Länder vom technischen Fortschritt der reicheren Länder des globalen Nordens profitieren. Hierauf wies Martin Schirdewan in seiner Entgegnung auf VdLs Rede im Europäischen Parlament (EP) hin. Jedoch erwähnte VdL diese Vorbedingung für eine gerechtere Weltpolitik mit keinem Wort. Was übel aufstieß, war, dass sie, in ihrer weitgehend auf Englisch gehaltenen Rede, das Wort „waiving“, also „erlassen“ oder „verzichten“, tatsächlich nur einmal benutzte. Schade nur – es hatte mit Patente nichts zu tun. Vielmehr sprach sie in diesem Zusammenhang über die Förderung der EU-eigenen Militärindustrie durch den Erlass von Umsatzsteuer. Hier von einem Zufall auszugehen heißt, von der Leyen zu unterschätzen. Vielmehr war Eigenlob zu hören. Eigenlob dafür, dass die EU nächsten Sommer 200 Millionen Impfdosen an den Globalen Süden spenden würde. Im Sommer 2022, also im dritten Jahr der Krise, während gegenwärtig in der EU mittlerweile die dritten Dosen gespritzt werden. Sind das die Werte des christlichen Abendlandes? Entspricht das der von VdL beschworenen Seele Europas, oder des von ihr gepriesenen „Europäischen Weges“?

Ökonomische Reaktion auf die Pandemie

Anschließend hielt VdL Rückschau auf die ökonomischen Reaktionen der EU auf die Pandemie: Kein Wort verlor sie dabei über den wahren Durchbruch, dass nämlich endlich gemeinsame Schulden gemacht werden können. Stattdessen verkündete sie stolz, dass durch das **Next Generation EU-Programm „Strukturenreformen“** „adressiert“ werden:

„from labour market reforms in Spain, to pension reforms in Slovenia or tax reform in Austria.“ Es geht also um die gefürchteten Konditionalitäten.

Dieser Hinweis muss bei den Linken in Europa die Alarml Glocken klingeln lassen. Nächstes Jahr wird sich zeigen, was die KOM vorhat, wie sie mit den Konditionalitäten der Aufbaupläne umgehen wird. Die Äußerungen der Präsidentin heute lassen nichts Gutes erahnen.

Was VdL mit keinem einzigen Satz erwähnte, ist die neben der Klimakatastrophe wichtigste Herausforderungen der EU: den wirtschaftlichen Zusammenhalt und Aufschwung in der Peripherie zu ermöglichen. Und hierum gibt es seit Monaten einen immer härter werdenden Kampf – die Frage der **Reform der Fiskalregeln** der Eurozone. Wie sieht es mit der Neuverschuldung aus, wie hoch darf die Verschuldung von Staaten überhaupt sein...? VdL unterließ es, inhaltliche Hinweise zu geben. Sie verwies nur darauf, dass man nun darüber diskutieren würde. Ein Kniefall vor der, leider nicht mehr heimlichen, Führungsmacht der EU, Deutschland.

Sehr eifrig wurde VdL anschließend als es um die Preisung des Binnenmarktes ging und als sie einen „*European Chips Act*“ ankündigte.

Klimakrise: Nichts als heiße Luft

Inhaltlich blieb es dann auf ähnlichem Niveau, als VdL von der herannahenden UNO-Klimakonferenz COP26 sprach – „*dem Moment der Wahrheit*“. Es gab keinerlei Hinweis darauf, dass das angeblich so große Klimaprojekt der EU, „**Fit For 55**“, vollkommen ungenügend ist, und die EU damit die Pariser Ziele eben nicht erreichen wird.

Forderungen wurden nur an andere gestellt, an die USA, Japan und China. Die EU sei bereits sehr aktiv beim Klimaschutz, aber: „*Europe cannot do it alone.*“ So stellt sich VdL offensichtlich die „*weltweite Führungsrolle im Klimaschutz*“ der EU vor.

Militarisierung als eigentlicher Schwerpunkt der Rede?

Unangenehm wurde es als die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin plötzlich von der neuen „*Ära verstärkter Konkurrenz*“ sprach. Im Englischen benutzte sie den dramatischeren Ausdruck: „*hyper-competitiveness*“. Hier war

sie in ihrem Gebiet. Noch dieses Jahr soll eine neue Gemeinsame Erklärung von EU und NATO vorgelegt werden. Drei wesentliche Herausforderungen sieht VdL auf die EU zukommen:

1. Die EU muss eigenständig für Stabilität in „ihrer“ Nachbarschaft sorgen.
2. Die EU muss sich an veränderte Gefahren anpassen (disruptive Technologien).
3. VdL plädiert offen für die Durchführung von Militärmissionen, bei denen NATO und UNO nicht involviert sind. Abgesehen vom eigenartigen Weltbild, das sich hier offenbart – NATO und UNO stünden auf einer Ebene – heißt das: Kriegseinsätze gerne auch ohne UNO-Mandat.

Es gab auch weitere schlechte Nachrichten: VdL legte dar, dass sie eine Verquickung von Militäreinsätzen mit zivilgesellschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen anstrebt:

„On the ground, our soldiers work side-by-side with police officers, lawyers and doctors, with humanitarian workers and human rights defenders, with teachers and engineers. We can combine military and civilian, along with diplomacy and development – and we have a long history in building and protecting peace.“

Im Angesicht der post-kolonialen Debatte über europäischen Imperialismus erscheint letzter Satz zumindest pikant.

VdL sieht sog. schnelle Reaktionskräfte („expeditionary forces“), „Verbände, die rasch eingesetzt werden können“ („battlegroups“) oder gar eine EU-Interventionstruppe als Teil der Lösungen europäischer Problem an. Klarer kann man kaum für eine Militarisierung der EU plädieren.

[Heinz Bierbaum, Präsident der Partei der Europäischen Linken, sagt in seinem Statement:](#)

“From the viewpoint of the Left, we are not satisfied or convinced with the State of the Union speech, which risks establishing itself as a defence of neoliberal policies and the austerity model.“ Außerdem führen die Vorhaben von der Leyens zu *“increased militarisation, which brings nothing more than war.“*

Aber es geht noch weiter: Die EU benötige kollektive Entscheidungsmechanismen für diese Militarisierung, und hier

würde schon mal ein „gemeinsames Lage- und Analysezentrum“ helfen. Die EU müsse weiterhin dringend die Interoperabilität von Militärgütern verbessern. Deshalb würde die EU in gemeinsame Europäische Plattformen von Kampfflugzeugen bis hin zu Drohnen und im Cyber-Bereich investieren.

Dieses ausführlichste Kapitel ihrer Rede endete VdL mit weiteren sehr genauen Hinweisen. Die EU benötige eine Europäische Cyber-Sicherheitspolitik, deren Operationalisierung sich in einem kommenden „neuen Europäischen Gesetz zur Cyber Widerstandsfähigkeit“ finden wird. Der kommende „Strategische Kompass“ würde Orientierung bieten, und last not least: *„Zu diesem Zweck werden Präsident Macron und ich während des französischen Ratsvorsitzes zu einem Gipfel zur Europäischen Verteidigung einladen.“*

EU-Außenpolitik

Zur Türkei, weil zu nah an der EU und damit doch recht kompliziert ist, sagte VdL nur, dass es sie gibt. Gesprächiger wurde VdL jedoch wieder beim Thema Indo-Pazifik. Dieses Gebiet ist weit weg, da kann man viel fordern und wünschen. Die Antwort auf das chinesische globale Projekt der „One Belt, One Road“-Initiative soll die „Global Gateway Partnership“-Initiative sein. Bleibt abzuwarten wie das wieder aussehen soll, wenn sich die EU schon an ihrem eigenen Wiederaufbauprogramm von 750 Mrd. Euro verschluckt.

Wenn auch Optimierungspotenzial bei der Koordination besteht, mit dem Neuen Pakt über Migration und Asyl (*New Pact on Migration and Asylum*) sei das EU-Migrationssystem „balanced and humane“.

Den Abschluss ihrer Rede überschrieb VdL wieder mit den Worten: *„Eine Union mit einer Seele“*. Sie erzählte über das Schicksal der großen italienischen Sportlerin Beatrice Vio, die bei den letzten Paralympics im Fechten Gold gewann. Das Ziel VdLs war, dass die EU-Bürger*innen von Beatrice Vio lernen. Wir alle sollen offensichtlich mit *„Hartnäckigkeit und unerschütterlichen positiven Einstellung“* uns der Zukunft stellen. Unerschütterlich voran!

(Quelle: [Transform!](#))

Christian Müller: Die zersplitterte EU braucht einen äußeren Feind: Russland

Das EU-Parlament fordert in einer [Resolution \(PDF-Datei\)](#) ganz offiziell die Einmischung der EU in Russlands Innenpolitik.

Der Feind – Russland, wer denn sonst? – soll härter bekämpft werden. Und dazu, so die Forderung, soll es in diesem Punkt nicht mehr die Einstimmigkeit der EU-Mitglieder brauchen, so, wie es auch das erklärte Ziel der NATO ist, ohne Einstimmigkeit einen Krieg zu eröffnen. Die entsprechende Passage der **am 16. September 2021 mit 494 Ja, 103 Nein und 72 Enthaltungen beschlossenen Resolution** lautet wörtlich: *«Die EU muss ihre Außenpolitik grundlegend re-*

formieren, um ihre Ambitionen als einflussreicher globaler Akteur und ihre Fähigkeit, rechtzeitig Entscheidungen zu treffen und entschlossene Maßnahmen im Bereich der Außenpolitik zu ergreifen, glaubwürdig unter Beweis zu stellen, unter anderem durch eine Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und des im Namen der EU handelnden VP/HR (Vice President/High Representative), indem sie den Grundsatz der Einstimmigkeit in außenpolitischen Angelegenheiten aufhebt und ihre Kapazitäten für die strategische Vorausschau und strategische Maßnahmen ausbaut;

die EU sollte außerdem ihre Funktion als globaler Akteur wie auch die Kapazitäten der EU-Organe stärken, damit Russland die sogenannte Bilateralisierung der Beziehungen mit der EU nicht fortsetzen kann, denn Brüssel sollte die einzige Hauptstadt sein, wo Entscheidungen über die Beziehungen zwischen der EU und Russland getroffen werden.»

Vollständiger Text: [infosperber](#)

SiG-Red.:

1. Ein Widerspruch zu dieser Politik: [Erklärung „Laßt uns Frieden stiften“](#)
2. **Am 16. September 2021 hat das EU-Parlament ebenfalls eine „neue China-Strategie der EU“ beschlossen.**



Militarismus und Frieden in Lateinamerika und der Karibik

Online und Offline Konferenz 23.+24. Oktober 2021 mit Vorträgen, Gruppen- und Paneldiskussionen

Veranstaltungsort: Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main

Mitwirkende aus Brasilien, Chile, Deutschland, Kolumbien, Kuba, Österreich, Schweiz, Venezuela.

Veranstaltet von:

[Frieden- und Zukunftswerkstatt e.V.](#) | [International Peace Bureau \(IPB\)](#) | [Netzwerk Cuba – informationsbüro – e.V., Deutschland](#) | [Österreichisch - Kubanische Gesellschaft \(ÖKG\)](#) | [Vereinigung Schweiz-Cuba \(VSC\)](#)

Das Programm - Gedanken zum Nachdenken

Lateinamerika ist Teil des Militarierungs- und Aufrüstungstrends in der Welt, der seit dem NATO-Gipfel in Wales 2014 weiter zugelegt hat. Das soll im ersten Teil der Konferenz im Mittelpunkt stehen:

- Partnerschaftsabkommen der NATO mit Kolumbien und Brasilien als „globale Partner“.
- Ausbau der US-Militärbasen u.a. in Peru, Kolumbien, Honduras, Costa Rica, Chile, Paraguay und Guantanamo auf Kuba; Militärstützpunkte Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande.
- Nutzung der militärischen Infrastruktur anderer lateinamerikanischer Länder (u.a. Ecuador, Galapagos Inseln).
- Neue Militärbasen in Kolumbien, Guayana und auf den ABC-Inseln.
- Zunahme von Militärmanövern von US- und NATO-Truppen in Kolumbien, Brasilien und vor den Küsten Venezuelas.
- CIA finanzierte Söldnereinsätze in Venezuela.
- Ausbildung von lateinamerikanischen Militärs in den USA, in anderen NATO-Ländern oder durch lateinamerikanische Stellvertreter.
- Wachsende Waffenexporte westlicher Staaten nach Lateinamerika.
- Ausübung von Regierungsfunktionen und Wirtschaftsmacht durch hohe Militärs.
- Zunehmende Unterordnung ziviler Aufgaben unter militärischer Führung (Bekämpfung der Drogenmafia, der Oppositions- und emanzipatorischen Bewegungen und Coronapolitik).
- Sanktions- und Blockadepolitik gegen Venezuela, Kuba und Nicaragua.
- Zusammenarbeit des Militärs mit paramilitärischen Gruppen, dem organisierten Verbrechen und mit transnationalen Unternehmen.

Im zweiten Teil der Konferenz werden **Gegenstrategien gegen die wachsende Militarisierung und Militarismus in Lateinamerika und mögliche Alternativen herausgearbeitet:**

- Zusammenhang zwischen progressiver politischer Wende und einer unabhängigen und friedlichen Außenpolitik (Marschproteste in Chile und Arbeit an einer neuen Verfassung, Wahl eines linken Präsidenten in Bolivien, Frauenproteste in Argentinien, Chile und Mexiko, Freilassung des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Lula).

- Friedenspolitik im internationalen Maßstab:
 - o Wachsende Anzahl von Ratifizierungen des Vertrages von Tlatelolco für eine Kernwaffenfreien Zone.
 - o Proklamation „Zone des Friedens“ der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) in Havanna.
 - o Die Beteiligung lateinamerikanischer Staaten an UN-Friedensmissionen.

Die Konferenz wird unterstützt von: [EcoMujer e.V.](#) | [Friedens- und Zukunftswerkstatt, Frankfurt/M.](#) | [Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität \(GeFiS\)](#) | [Netzwerk InterRed Cooperación e.V.](#) | [Netzwerk „No to war - no to NATO“](#) | [Unidas por la Paz](#) / [Defendamos la Paz Internacional](#) | [Institut „Welttrends“](#).

Medienpartnerschaft mit: [amerika21.de](#) | [Granma](#) | [Zeitschrift „Welt-trends“](#) | [junge Welt](#) | [Marxistische Blätter](#) | [pressenza](#) | [Lateinamerika anders](#).

Netzwerk cuba:
Ausführliches [Programm](#) und praktische Hinweise

Frederico Füllgraf: Der Aufstand der Bringdienst-Fahrer São Paulos gegen die digitale Sklaverei. „Brasilien besitzt 14,4 Millionen Arbeitslose und 43,5 Millionen arbeitsrechtlich schutzlose Beschäftigte“, [warnte der gewerkschaftliche Dachverband CUT](#) Ende August 2021. „**Uberisierung der Arbeit**“ = Nicht Einhaltung der in der brasilianischen Charta der Arbeitsrechte (CLT) niedergelegten Rechte wie Arbeitslosenversicherung, Garantiefonds (Rentenversicherung) und bezahltem Urlaub. Nur für die Lieferungen, nicht für die Wartezeiten wird gezahlt.

[Nachdenkseiten](#)

Attac Österreich

Historische Europa-Reise der Zapatistas startet in Wien

177-köpfige Delegation will Allianzen für ein gutes Leben für alle Menschen stärken
Allgemeine Information und Kontakt zur Reise: www.zapalotta.org

Am 14.9. und 15.9. trafen 177 Vertreter*innen der Zapatistas sowie indigen-bäuerlicher Widerstandsorganisationen aus Mexiko am Flughafen Wien-Schwechat ein. Dies ist der Beginn einer historischen, mehrmonatigen Reise durch Europa. Für diese „Reise für das Leben“ kommt die - mehrheitlich aus Frauen bestehende - Delegation in das alte Zentrum des Kolonialismus, in dem das System ihrer eigenen Unterdrückung seinen Ausgang genommen hatte.

„Keine Eroberung, sondern gemeinsamer Dialog“

In hunderten von Meetings und Veranstaltungen in 15 Ländern wird die Delegation Allianzen zwischen Süden und Norden stärken. Sie kehrt dabei die koloniale Erzählung um, dass Vertreter*innen der Industrienationen sie erobern, „entwickeln“, sie belehren oder ihnen helfen. *„Wir werden weder erobern, noch Vorwürfe machen, Konfrontation suchen oder Entschuldigungen verlangen. Wir wollen Erfahrungen austauschen und gemeinsam Wege für eine gerechte und solidarische Welt zu finden, in der viele Welten Platz haben“*, stellt die Delegation klar.

„Nun sind es Mayas, Nachkommen der Ureinwohner Mexikos, die Erfahrungen ihres 500-jährigen Widerstandes gegen den Raub ihres gemeinschaftlich bewirtschafteten Landes und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nach Europa tragen, damit wir von ihnen lernen können. Ihre autonome, selbstversorgende und selbstverwaltete Lebensweise im Einklang mit der Natur steht in starkem Gegensatz zu unserer Ressourcen verschleudernden Prasserei auf Kosten des Restes der Welt. Wien wird somit zum Ausgangspunkt eines neuen Kapitels der Kämpfe für ein gutes Leben für alle Menschen auf diesem Planeten“, erklären die österreichischen Organisator*innen.

Den größten Teil der Delegation stellen Vertreter*innen der EZLN, der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung. Sie ist einer der weltweit bedeutendsten

sozialen Bewegungen, benannt nach dem legendären mexikanischen Revolutionsführer Emiliano Zapata. Begleitet werden sie von Mitgliedern des Indigenen Nationalkongresses und der Front für die Verteidigung von Wasser und Land in Morelos, Puebla und Tlaxcala.

Zapatistas - seit 27 Jahren Motor der globalisierungskritischen Bewegung

Seit ihrer Erhebung am 1. Jänner 1994 ist die Zapatistische Bewegung eine wichtige Ideenquelle für den globalen Widerstand gegen neoliberale Ausbeutung von Mensch und Natur, gegen die Unterdrückung ethnischer Minderheiten und für die Gleichberechtigung von Frauen und nichtbinären Personen. Die Zapatistas kämpfen gegen die mexikanische Regierung genauso wie gegen lokale Großgrundbesitzer und ihre Paramilitärs. Sie haben dabei in 27 Jahren eine beeindruckende lokale Selbstverwaltung mit eigenem Schulsystem, eigenem Gesundheitssystem und eigener Rechtsprechung organisiert. Sie haben damit viele Tausende Menschen aus der ganzen Welt angezogen und wurden zum wichtigen Motor einer weltweiten Vernetzung von Globalisierungskritiker*innen unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich!“ 2001 entstand das Weltsozialforum direkt aus dieser Bewegung.

Gastgeber*innen: Das Netzwerk des widerspenstigen Europa

Ermöglicht wurde die Reise durch die gemeinsamen Bemühungen der Delegierten sowie tausender europäischer Aktivist*innen. In Österreich haben sich im Netzwerk <https://www.zapalotta.org/> z.B. das Österreichische Lateinamerika-Institut, das autonome Frauenzentrum, der türkisch-kurdischen Verein ATIK-VTID, Attac Österreich und einige Gruppen exilierter Lateinamerikaner*innen – wie z.B. die feministische Organisation gegen Frauenmorde Ni Una Menos-Austria und das Colectivo Acción Solidariá zusammengefunden.

[Attac Österreich](#) unterstützt den Besuch der Zapatistas, weil sie eine wichtige Inspiration für die globalisierungskritische Bewegung sind. Sie haben von Beginn an gegen eine neoliberale Handelspolitik im Interesse der Konzerne gekämpft, welche selbstbestimmte regionale Wirtschaftsstrukturen und die Lebensgrundlagen zerstört.

EZLN:

Eine Erklärung ... für das Leben

Vor Beginn ihrer Reise in Länder der fünf Kontinente hat die Zapatistische Befreiungsarmee einen Aufruf veröffentlicht - [amerika21](#)

Zapatistische Delegation „La Extemporánea“ bricht nach Europa auf – [npla](#)

Viele Videos

u.a. *15 Fragen um dem Zapatismus näher zu kommen*

<https://www.ya-basta-netz.org/videos/>

EZLN: Rede von Subcomandante Moisés in Wien am 14. September 2021, bei der Feier nach der Ankunft zapatistischer Delegierter aus Mexiko
[amerika21](#)

<https://amerika21.de/dossier/zapatistische-bewegung-fuenf-kontinente>

<https://viajeczapatista.eu/de/>

In Deutschland

Alle Informationen hier:

<https://www.ya-basta-netz.org/>
<https://www.ya-basta-netz.org/termine/>

Termine nach der Reise

16.10.21 Frankfurt/Main
– bundesweite **Demo** für das Leben und gegen den Kapitalismus
30.10.21 dezentraler Aktionstag gegen den Trenn “Maya” & Ökozide. – Kein Wohlstand durch Ausbeutung!

Raina Zimmering

Die seitenverkehrte „Konquista“

Die Weltreise der Zapatist:innen im Sommer 2021

Die Ankündigung der Zapatist:innen, eine – als „Reise für das Leben“ bezeichnete – Weltreise zu unternehmen und am 13. August zum 500. Jahrestag der Eroberung von Tenochtitlán in Madrid präsent zu sein, hört sich an wie eine Umkehrung der Konquista des amerikanischen Kontinents durch die spanische Krone.

Oder soll es die sagenumwobene Nachahmung der Reise des aus dem alten Teotihuacán verstoßenen Königs und Halbgottes Quetzalcoatl sein, der in Kukulkan seine Maya-Entsprechung fand? Der stach in Yucatán in Richtung Europa in See und prophezeite, eines Tages zurück zu kommen. Ist es das, was Historiker:innen als „Wiederholung der Geschichte“ deklarieren, nun in umgekehrter Richtung, aber unter umgekehrtem Vorzeichen?

Am 13. August 1521 eroberte eine Einheit von einigen Hundert spanischen Konquistadoren die Hauptstadt des Azteken-Reiches, Tenochtitlán, das heutige Mexiko-Stadt.

Die Legende von der Rückkehr des Quetzalcoatl, den man mit den weißen Eroberern verwechselte, begünstigte sicher die Eroberung der amerikanischen Hochkulturen, doch am meisten wurde sie durch die Hilfe der von den Azteken unterdrückten indigenen Völker erleichtert.

Von Tenochtitlán aus setzte sich die Eroberung von ganz Amerika durch die Konquistadoren fort und verursachte in Mexiko einen der größten Genozide aller Zeiten. Über 22,5 Millionen Menschen auf dem Territorium des heutigen Mexiko starben infolge von Eroberungskriegen, eingeschleppten Krankheiten, Hunger, Zwangsarbeit, Strafexpeditionen und Zerschlagung ihrer Gemeinschaften und Kulturen.

Es war nicht nur einer der größten Genozide, sondern auch einer der größten Raubzüge der Geschichte. Die kapitalistische Entwicklung Europas wäre ohne das Gold und die Schätze Amerikas, Teil der ursprünglichen Akkumulation, nicht möglich gewesen. Noch heute glänzt das aztekische Gold von den Altären der Kirchen sowie den Dächern und Kuppeln von Schlössern in ganz Europa.

Der Preis war das unermessliche Leid und Elend der originären amerikanischen Völker. Auf der Grundlage der gewaltsamen Eroberung, eingeschlossen in eine extrem ungleiche und abhängige Entwicklung, blieben die Indigenen, die eigentlichen Herren der amerikanischen Erde, die Untersten in der sozialen Hierarchie der amerikanischen Gesellschaften bis zum heutigen Tag.

Aufgrund ihrer Erinnerungsfähigkeit und ihres Sinnes für Widerstand überlebten die indigenen Gemeinschaften an allen Ecken des Kontinents. Immer wieder gab und gibt es Aufstände und Widerstände, stille und laute, die sich dem kolonialen und postkolonialen System widersetzen. Es gab und gibt einige positive Ergebnisse, wie Schutzgesetze oder Integrationsregime für Indigene. Doch letztendlich werden diese durch Rassismus, soziale Ungleichheit und Xenophobie zunichte gemacht und münden in Bevormundung und Assimilation mit noch mehr Unterdrückung.

„Ya Basta!“

In der neoliberalen Entwicklungsphase vergrößerten sich das Elend der originären Völker und deren Widerstände um ein Vielfaches. Der **Aufstand der Zapatisten im Jahr 1994** in Chiapas, einem der ärmsten und unterentwickeltesten

Bundesländer Mexikos, richtete sich gegen den Neokolonialismus und Neoliberalismus. Sie nannten sich nach einem Führer der Revolution von 1910, Emiliano Zapata, der den Slogan „Land und Freiheit“ verkündete.

Am Tag des Inkrafttretens des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, Kanada und den USA, durch das die Indigenen in Chiapas ihre Existenz besonders bedroht sahen, erhoben sie sich gegen die mexikanische Regierung und begannen ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Das „Ya Basta!“ (Es reicht!), der Schlachtruf des Aufstandes, sollte den Anfang vom Ende der Ausbeutung der Indigenen und anderer sozial Unterdrückten bedeuten.

Eine neue Widerstandskultur war geboren, die aus einer Mischung von Protest und der Errichtung eigener autonomer Räume mit einer antikapitalistischen und basisdemokratischen gesellschaftlichen Organisierung besteht.

Nachdem die Zapatistas jahrelang versuchten, die mexikanische Gesellschaft in Richtung Basisdemokratie zu transformieren, deren einschließendes Moment größer als das ausschließende sein sollte, scheiterten sie am Widerstand der Herrschenden und dem verrotteten gesellschaftlichen System in Mexiko, das gekennzeichnet ist durch die Ermordung tausender Menschen, die grausamen Morde an Frauen (Femizide), den verlorenen „Krieg gegen die Drogen“, durch Korruption und Betrug.

Nach dem gescheiterten Transformationsprojekt errichteten die Zapatist:innen einen alternativen autonomen Raum, der sich durch Basisdemokratie, kollektives Eigentum, Gender- und Naturgerechtigkeit und Diversität auszeichnet. Ihre Bewaffnung hat einen überwiegend symbolischen Charakter und trägt zur Selbstverteidigung gegen die Verletzung ihrer Autonomie durch paramilitärische Gruppen und Übergriffe des Militärs bei. In den zapatistischen Gebieten entsteht ein Gemeinwesen, in dem alle Bewohner:innen an den Entscheidungen und Handlungen der Gemeinschaft aktiv beteiligt sind.

Von Beginn an waren die Zapatistas nicht nur auf sich selbst bezogen, sondern mit anderen Widerständen und Protestgruppen international verwoben. **Ihr Motto: „lokal organisiert, global vernetzt“.**

Innerhalb kürzester Zeit entstand über Ideenaustausch, Solidaritätsaktionen, digitale Vernetzung und gemeinsame Treffen in Chiapas eine Weltgemeinschaft von Zapatistas ohne

festen geographischen Grenzen. Die Protestbewegungen der letzten 20 Jahre, wie etwa Gegengipfel gegen die G-20 oder „Reclaim the Streets“ übernahmen zapatistische Formen der Basisorganisation und friedliche Protestformen.

Die Zapatist:innen wiederum luden Aktivist:innen aus der ganzen Welt zu internationalen Treffen nach Chiapas ein. Dies begann mit dem „Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus“ 1996 im Lakandonischen Urwald und ging weiter mit zahlreichen internationalen Treffen von Frauen, Indigenen, Menschenrechtler-, Wissenschaftler- und Künstler:innen.

Die Sympathisant:innen kamen aus der ganzen Welt nach Chiapas oder beteiligten sich digital von anderen Orten aus. Der Gedanke, dass die Zapatistas einmal selbst in die Welt hinausgehen könnten, war schon lange ein utopisch anmutender Wunsch. Und nun wird dieser Wunsch wahr!



(Madrid, [amerika21](#))

Der 50. Jahrestag der Eroberung von Tenochtitlán war für die Zapatistas das symbolische Datum, um eine Weltreise zu unternehmen, der postkolonialen Welt den Spiegel vorzuhalten und deutlich zu machen, dass „*sie (die Konquistadoren) uns nicht erobert haben. Dass wir weiterhin da sind und Widerstand und Rebellion fortsetzen*“.[1] Sie richteten ihre Botschaft „*an die ehrlichen Menschen, die an allen Ecken und Enden des Planeten widerstehen*“. Als Ziel nennen sie: „*Wir werden segeln, um dem Planeten zu sagen, dass es auf der Welt, die wir in unserem kollektiven Herzen spüren, Platz für alle (todas, todos, todaos) gibt. Ganz einfach deshalb, weil diese Welt nur möglich ist, wenn wir alle gemeinsam kämpfen, um sie aufzubauen.*“ In einem Kommuniqué brachte die EZLN zusammen mit Unterstützer:innen aus Europa die Erwartung, gemeinsame Widerständigkeit zu erschaffen, zum Ausdruck: „*Dass wir uns die Schmerzen der Erde zu eigen machen: die Gewalt gegen Frauen, die Verfolgung und Verachtung der in ihrer affektiven, emotionalen und sexuellen Identität Differenzen, die Vernichtung der Kindheit, den Genozid an den originären, den indigenen Völkern, den Militarismus, die Ausbeutung, die Zerstörung der Natur.*“[2]

Die Zapatistas nennen ihre Reise nach der Maya-Gottheit „**Die Reise der Ixchel**“, um die Verbindung von Gegensätzlichem und der Geburt neuen Lebens verstehbar zu machen. [3] Die symbolische Kraft dieser Gottheit verbinden die Zapatistas mit dem Ziel ihrer Reise, wie Subcomandante Galeano verdeutlichte: „*Eine Mayalegende erzählt, dass sich Ixchel in Form eines Regenbogens über die Welt ausbreitete. Dies geschah, um dem Planeten eine Lektion in Pluralität und Inklusion zu erteilen und ihn daran zu erinnern,*

dass die Farbe der Erde nicht eine, sondern viele ist, und dass alle, ohne aufzuhören, das zu sein, was sie sind, zusammen das Wunder vom erleuchteten Leben erleben. Und sie, Ixchel, die Regenbogenfrau, umarmt alle Farben und macht sie zu einem Teil von ihr.“[4]

Auf einem „Berg“ über das Meer

Die Weltreise begann mit der symbolischen Errichtung eines Schiffes in der zapatistischen Gemeinde Morelos, das die Zapatist:innen „Saatbeet“ nannten, was auf den visionären Charakter der Reise hinweist. Auf diesem imaginären Schiff begab sich die erste Gruppe der zapatistischen Reisenden in Quarantäne. Die „Vorhut“ mit dem Namen „Escuadrón 421“ (Geschwader 421) weist auf die zapatistischen Prinzipien von Gendergerechtigkeit und Diversität hin. Die Gruppe besteht aus vier Frauen, zwei Männern und einer Transsexuellen. Am 1. Mai stachen sie zusammen mit einer Seemannschaft, die hauptsächlich aus Deutschen besteht, auf dem Schiff „La Montaña“ (der Berg) auf der Isla de Mujeres in Yucatán in See.

Am 20. Juni sind sie an der europäischen Küste in Vigo, Galizien, gelandet. Nach und nach werden weitere Gruppen von Zapatistas per Flugzeug nach Europa kommen, wo sie von Juli bis Oktober 2021 bleiben werden. Später werden weitere zapatistische Gruppen die Weltreise fortsetzen und Asien, Afrika, Ozeanien und Amerika besuchen.

Geplant sind Treffen mit Aktivist:innen der fünf Kontinente, um über die durch Umweltzerstörung und wachsende Kriegsgefahr gefährdete Welt sowie über Lösungsansätze zum Aufbau einer „anderen Welt“ zu diskutieren und gemeinsame Punkte des Kampfes zu finden.

Die zapatistische Delegation, die nach Europa reist, besteht aus dem ganz Mexiko umfassenden Nationalen Indigenen-Kongress und dem Indigenen Regierungsrat, der „Volksfront zur Verteidigung des Wassers und der Erde in Morelos, Puebla und Tlaxcala“ sowie der EZLN (Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung).

In allen Ländern Europas bereiten sich verschiedene soziale Gruppen und Organisationen auf ihre Ankunft vor, planen gemeinsame Veranstaltungen und einen ausführlichen Erfahrungsaustausch. Nicht Eroberung und Gewalt sind Ziel der Reise, sondern Austausch und Gemeinsamkeit, also genau das Gegenteil des historischen Bezugs auf die Konquista. Und dabei sind nicht Quetzalcoatl oder Kukulcan, die das männliche Machtelement der alten Hochkulturen verkörpern, ihre Bezugsfiguren, sondern Ixchel, die weise Frau. Sie verbindet und erschafft neues Leben.

[1] <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2020/10/08/sechster-teil-ein-berg-auf-hoher-see/>

[2] <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2021/01/01/gemeinsame-erklarung-eines-teils-deseuropas-von-unten-und-der-ezln/>

[3] Ixchel wird mit den Attributen der Mond- und Fruchtbarkeitsgöttin, aber auch der Erdgöttin, Schutzherrin des Wassers, des Regenbogens, der Schwangeren und Erfinderin der Webkunst verehrt. Sie ist das verbindende und neu schöpfende Element. Die Isla de Mujeres auf Cosumel ist dieser Göttin gewidmet und ist Abfahrtsort der zapatistischen Vorhut.

[4] <https://radiozapatista.org/?p=37302>

Quelle: lateinamerika-anders.org

Impfstoffhersteller beliefern vor allem reiche Länder BioNTech vermeldet erneut Rekordgewinn und wird zum Wachstumstreiber

Es wurden von den 5,76 Milliarden Impfdosen, die bis Mitte September verabreicht wurden, über 79 Prozent in Ländern mit hohem oder gehobenem mittlerem Einkommen gegeben, während in Ländern mit niedrigem Einkommen nur dürftige 0,3 Prozent davon verimpft werden konnten.

Das liegt laut *Amnesty International* nicht nur daran, dass wohlhabende Länder Vakzine in riesigen Mengen vom Markt kaufen, um nicht nur Erwachsene, sondern zunehmend auch Jugendliche und Kinder - teils ausdrücklich gegen ärztlichen Rat - zu immunisieren, Auffrischungsimpfungen zu verabreichen und erhebliche Mengen für die Zukunft zu horten. Immer häufiger müssen auch Impfdosen vernichtet werden, weil sie in reichen Ländern ungenutzt liegenbleiben, bis ihr Haltbarkeitsdatum überschritten ist. (...) Von den zwei Milliarden Impfdosen, die COVAX bis Jahresende bereitstellen wollte, wurden bis Anfang September lediglich 243 Millionen ausgeliefert. [1]

Die großen Impfstoffhersteller (...) verkaufen ihre Impfstoffe in der Regel mit hohem Profit, was ärmere Staaten stark benachteiligt. Sie weigern sich nach wie vor, Patente und technisches Know-how zumindest für die Dauer der Pandemie freizugeben, und verhindern so die Ausweitung der Produktion vor allem in ärmeren Ländern. Eine Ausnahme stellt laut *Amnesty International* AstraZeneca dar: Der Konzern mit Hauptsitz in Cambridge (Großbritannien) verkauft seine Impfdosen laut Eigenangaben zum Herstellungspreis und hat laut *Amnesty* Lizenzvereinbarungen mit Herstellern in Brasilien, China, Indien und Russland getroffen; dafür verdient der Konzern, wengleich auch er jegliche Patentfreigabe ablehne, "Anerkennung", urteilt *Amnesty*. Tatsächlich hat AstraZeneca bisher fast zwei Drittel seiner Impfdosen an Länder mit niedrigem mittlerem oder mit geringem Einkommen geliefert, während etwa 79 Prozent der Lieferungen von Johnson & Johnson sowie 88 Prozent der Lieferungen von Moderna in Länder mit gehobenem mittlerem oder mit hohem Einkommen gingen.

(...) **Pfizer und BioNTech** verkaufen ihren Impfstoff so teuer, dass sie gewaltige Profite erzielen - dies, obwohl massive staatliche Vorleistungen Entwicklungskosten gedeckt und Geschäftsrisiken minimiert haben: So hat die Bundesregierung BioNTech mit 375 Millionen Euro gefördert; BioNTech und Pfizer erhielten zudem feste Abnahmezusagen der Vereinigten Staaten und der EU für Impfdosen im Wert von 17,3 Milliarden US-Dollar.

Die Profite sind enorm: Allein BioNTech konnte den Umsatz von 2,05 Milliarden Euro im ersten Quartal 2021 auf 5,31 Milliarden Euro im zweiten Quartal steigern, den Gewinn von 1,13 Milliarden Euro auf 2,79 Milliarden Euro. Allein im ersten Halbjahr 2021 erzielte der Mainzer Konzern damit bei Umsätzen von 7,36 Milliarden Euro einen Profit von 3,92 Milliarden Euro. Er beruht fast ausschließlich aus dem Impfstoffverkauf.[3]

[...] Während BioNTech Profite anhäuft, um zu einem breiter aufgestellten, auch jenseits der Covid-19-Impfstoffproduktion bedeutenden Pharmakonzern aufzusteigen, wer-

den ärmere Länder vor allem von **China** mit Vakzinen versorgt. Die Volksrepublik hat laut Statistik des Unternehmens Bridge Consulting aus Beijing inzwischen 831 Millionen Impfdosen ins Ausland geliefert; darunter waren 66 Millionen Impfdosen, die gespendet wurden.[7] (...)

[1] **Amnesty International: A Double Dose of Inequality. Pharma Companies and the Covid-19 Vaccine Crisis.** London, September 2021. [Untersuchungsbericht](#)

[3] BioNTech Announces Second Quarter 2021 Financial Results and Corporate Update. investors.biontech.de 09.08.2021. S. auch [Die Pandemie als Chance](#) (11.5.2021) : *Die Bundesregierung nutzt den Kampf gegen die Covid-19-Pandemie, um deutschen Biotech-Unternehmen zu einer globalen Spitzenstellung bei der mRNA-Zukunftstechnologie zu verhelfen. Hauptprofiteur ist BioNTech aus Mainz: Die Firma hat auf Druck Berlins und gegen Pariser Widerstände faktisch ein Monopol bei der künftigen Belieferung der EU erhalten; ein Konkurrent aus Frankreich ging leer aus. Weil das BioNTech-Vakzin um ein Mehrfaches teurer ist als die Vakzine anderer Firmen, zahlen nun ärmere EU-Mitgliedstaaten Ost- und Südosteuropas immense Summen an das deutsche Unternehmen. [...] Mit dem Aufstieg von BioNTech kann Deutschland hoffen, eine führende Position als Biotech-Standort zu erlangen. In Sachen mRNA sei es bereits, heißt es, "eines der Gravitationszentren der Welt".*

[5] Eva Müller, Martin Noé: "Mit Biontech entsteht wieder ein eigenständiger Pharmakonzern in Deutschland". manager-magazin.de 16.09.2021.

[6] Impfstoff kurbelt Wirtschaft an: Biontech sorgt allein für ein halbes Prozent Wachstum in Deutschland. handelsblatt.com 10.08.2021.

[7] China Covid-19 Vaccine Tracker. bridgebeijing.com. Updated as of September 13, 2021.

Auszüge aus:

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8710/>

Mehr zum Thema: [Die Pandemieprofiteure](#). (4.8.2021)
Eine aktuelle Studie der internationalen NGO [The People's Vaccine Alliance](#) legt die Dimensionen der Profite offen, die die großen mRNA-Impfstoffhersteller, darunter BioNTech (Mainz), aus der Covid-19-Pandemie ziehen. Die Studie, die soeben unter dem Titel "**Der große Impfstoffraub**" veröffentlicht wurde, beziffert den Verkaufspreis des Impfstoffs von BioNTech/Pfizer auf das 6- bis 24-Fache der Produktionskosten. The People's Vaccine Alliance kommt zu dem Schluss, die Einnahmen, die BioNTech und Pfizer aus dem Verkauf ihres Vakzins gezogen hätten, lägen um rund 24 Milliarden US-Dollar über dem Herstellungspreis.

Bei der Organisation handelt es sich um einen Zusammenschluss von ungefähr 70 internationalen NGOs, darunter *Oxfam* und *Amnesty International*.

Multinational corporations and COVID-19: Intellectual property rights vs. human rights
Analyse von Peter Rossmann, bilaterals.org

Attac Österreich und andere Patente freigeben! Pandemie beenden!

<https://patente-freigeben.info/>

Pharmakonzerne sichern sich mit Patentregeln im sogenannten TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) langfristig hohe Profite. Denn sobald jemand ein Patent angemeldet hat, darf niemand mehr diese Erfindung verwenden; der Inhaber darf hingegen überbezahlte Lizenzen für die Benutzung verkaufen.

Deshalb fordern wir: **Patente und geistige Exklusivrechte müssen während der Pandemie ausgesetzt werden!** Mit dem sogenannten **TRIPS-Waiver (Waiver = Verzicht)** könnten weltweit mehr und günstigere Covid-Impfungen, Medikamente und medizinische Ausrüstung, beispielsweise Atemgeräte, hergestellt werden.

Schon über 100 Länder unterstützen diesen Vorschlag in der WTO, auch die USA haben sich kürzlich positiv geäußert. Aber die EU blockiert, besonders Österreich und Deutschland stellen sich mit aller Kraft dagegen.

Die Argumente der Pharmalobby entkräften

- Sichern Konzerne mit ihren Patenten nicht die Qualität?
- Gibt es ohne Patente noch Geld für Forschung?
- Gibt es im Globalen Süden überhaupt die Infrastruktur und Expertise, um die Impfstoffe zu produzieren?

Diese Argumente der Pharmalobby (und viele mehr) entkräften wir in unserem [Myth Buster](#).

<https://www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-bewaeltigen/patente-freigeben-pandemie-beenden>

Weitere Initiativen mit dem gleichen Ziel: allgemeiner, weltweiter und patentfreier Zugang zu den Impfstoffen:

- <https://noprofitonpandemic.eu>: Europäische Bürgerinitiative – Ziel eine Million Unterschriften bis zum 31. Juli 2022
- <https://peoplesvaccine.org/>



- <https://www.globaljustice.org.uk/our-campaigns/pharma/>
- <https://makethesign.eu/>

Embargo gegen Kuba beenden! Als einziges Land Lateinamerikas hat Kuba eigene Covid-Impfstoffe entwickelt – und diese sind hochwirksam. Jedoch ruckelt es wegen dem **Embargo** bei der Produktion. [IPG-Journal](#) - "Wie das Virus, so erstickt und tötet auch die Blockade, sie muss enden!" **Rede** des kubanischen Außenministers Bruno Rodríguez vor der UN-Vollversammlung in New York am 23. Juni 2021 – [Amerika21](#) -- *mehr* zur US-Blockade

Mareike Haase, Brot für die Welt Treffen der G20-Gesundheitsminister zu Covid-19: Kein großer Wurf

Berlin, 06.09.2021 - Leider wird beim G20-Treffen der Gesundheitsminister und Gesundheitsministerinnen die Chance veran, der weltweiten Impfrate gegen Covid-19 einen großen Schub zu geben. Weniger als zwei Prozent der global verimpften Dosen sind bisher in Länder mit niedrigem Einkommen gegangen.

Es ist ein Versagen der internationalen Gemeinschaft und besonders der führenden Industrienationen, dass wir heute in dieser desaströsen Situation sind. In Afrika sind gerade einmal drei Prozent der Bevölkerung zweifach geimpft. Das liegt insbesondere daran, dass wohlhabende Länder wie Deutschland weit mehr Impfdosen gekauft haben als sie überhaupt brauchen und somit ärmere Länder leer ausgegangen sind. Gleichzeitig blockieren die wohlhabenden Staaten seit fast einem Jahr die globale Ausweitung der Impfstoffproduktion. Aktuell werden tausende, wenn nicht Millionen Impfdosen in Deutschland und anderen Ländern vernichtet, weil ihre Haltbarkeit abgelaufen ist. Deutschlands Zusage, Dosen an ärmere Länder abzugeben, ist gut und richtig. Anlässlich des G20-Treffens der Gesundheitsminister hat die Bundesregierung die Zusage von Juni über 30 Millionen sogar auf 100 Millionen Impf-

dosen erhöht. Aber es ist noch völlig unklar, wann sie geliefert werden. Es werden auch nur Anteile über COVAX, das Impfprogramm der Weltgesundheitsorganisation WHO, gehen, und es ist nicht bekannt, welche Impfdosen es sind. Bisher sind den Worten zu wenig Taten gefolgt. So können Länder mit niedrigem Impfstatus ihre Impfprogramme nicht planen!

Statt von Almosen reicher Länder abhängig zu sein, wollen afrikanische Staaten selbst Impfstoffe herstellen. In einer Pandemie sollte das Wissen um die Impfstoffproduktion global geteilt werden. Deshalb rufen wir Deutschland auf, die zeitweise Aussetzung von Patenten und geistigen Eigentumsrechten nicht weiter zu blockieren, sondern konstruktiv zu unterstützen, so wie bereits über 100 Staaten weltweit. Wir appellieren zudem an die Bundesregierung, deutsche Unternehmen dazu aufzufordern, einen umfassenden Technologietransfer an Unternehmen in Afrika zu leisten. Die WHO hat eigens dafür einen Technologie- Transfer-Hub, den mRNA-Hub, in Südafrika eingerichtet. Bisher beteiligt sich daran für Covid-Impfstoffe kein einziges Unternehmen. So werden wir die Pandemie nicht überwinden. Täglich sterben weiterhin Tausende, und Millionen

Menschen geraten in existenzielle Not. Am Ende wird sich die Pandemie durch dieses Zögern auch für Deutschland verlängern.

- [Quelle](#) - *Brot für die Welt* ist eine Mitgliedsorganisation von Attac Deutschland

15. Juni 2021: G-7-Gipfel: Weiter auf Kosten des Rests der Welt
Gerade einmal **870 Millionen Impfdosen** und auch nur die Hälfte davon noch in diesem Jahr wollen die sieben Staaten bereitstellen, die zusammen fast ein Drittel der Wirtschaftsmacht des Planeten kontrollieren. Ein wenig mehr als 400 Millionen Dosen für fast acht Milliarden Menschen. Im nächsten Jahr soll es dann eine weitere Milliarde Impfdosen geben, heißt es im [Abschluss-Kommuniqué](#). Doch kein Wort zum [Streit über die Aufhebung der Patente](#) auf die Impfstoffe, die [vor allem von Deutschland blockiert](#) wird.

Mehr: [Telepolis](#)

Das nächste Treffen der G20 ist für den 30. und 31. Oktober in Rom geplant – CADTM

Mehrere Artikel zu den Pharmakonzernen in [SiG 138](#)

COVID-19 INS VERHÄLTNIS SETZEN Alternativen zu Lockdown und Laufenlassen

"Dieser Text ist das gemeinsame Werk engagierter Staatsbürger*innen aus unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen und gesellschaftlichen Bereichen. Wir alle sorgen uns um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und üben unsere beruflichen Tätigkeiten in globaler Verantwortung aus. [...] Wir bemühen uns nach bestem Wissen und Gewissen um eine ausgewogene und faire Diskussion zur Corona-Krise.

Wir wollen die Dialogfähigkeit im demokratischen Gefüge stärken und der Vielfalt wie Komplexität des sozialen Lebens gerecht werden. Es ist unser Ziel, die Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden, irrationale Ängste abzubauen und eine Politik zu unterstützen, die dem Gemeinwohl dient.

Wir möchten als überschaubarer Autor*innen-Kreis mit diesem Starttext einen Aufschlag machen, auf den sich weitere Autor*innen beziehen und zusätzliche, kritische wie unterstützende Aspekte beisteuern können. Wir freuen uns auf einen Diskurs, in dem es nicht darum geht zu klären, wer Recht hat, sondern darum, die vielfältigen Probleme besser zu verstehen und Erkenntnisse über noch ungeklärte Sachverhalte und Zusammenhänge zu gewinnen.

Am Schluss werden zehn Empfehlungen ausgesprochen, um eine Kurskorrektur in der Corona-Politik einzuleiten“

<https://coronaaussoehnung.org/>

Ergänzung: Eine [Antwort](#) auf den ["ARD-Faktenfinder"-Kommentar](#)

Öffentliche Erklärung zur Corona-Politik:

Dauer-Desaster und enorme Schäden –
Notwendige Konsequenzen

"Diese Erklärung ruft dazu auf, eine öffentliche Diskussion in Gang zu bringen, in der die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung und ihre Folgen – auch mit Blick auf mögliche weitere Wellen oder etwaige neue Pandemiefälle – sachlich aufgearbeitet und Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden. Die Unterzeichnenden wollen, ungeachtet einiger Differenzen in den einzelnen Punkten, diese offene und öffentliche Diskussion befördern und dafür eine mögliche Grundlage bereitstellen. Für Korrekturen sind wir aufgeschlossen. Es ist Zeit, den Panikmodus zu beenden. Lassen Sie uns gemeinsam die Folgen der Corona-Krise bewerten und notwendige Änderungen erkunden."

Debatten um das Impfen

Von oben herab behandeln -Viele Arme haben schlechte Erfahrungen mit Ärzten gemacht – daher ihre Impfskepsis. Zu Besuch in einer Praxis in Berlin-Neukölln, der [Freitag](#) 6.8.2021

Texas: Wie Impfverweigerer ihren Job verlieren – [Spiegel](#)

Solidaritätsaufruf: Wozu haben wir uns impfen lassen, wenn wir weiter Angst vor Ungeimpften haben sollen?

Kinder impfen lassen?

Offener Brief an die Berliner Gesundheitssenatorin zur unzureichenden wissenschaftlichen Datenlage für Impfungen und rigide Corona-Maßnahmen für Kinder -30.8.2021: [Leserbriefe](#) dazu

Karl Lauterbachs persönliche Impfkampagne: Die Ständige Impfkommision (Stiko) hat bislang keine generelle Impfpflicht für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren abgeben. Empfohlen wird eine Covid-19-Impfung lediglich "[als Indikationsimpfung für Kinder und Jugendliche im Alter von 12-17 Jahren, die aufgrund von Vorerkrankungen ein erhöhtes Risiko für einen schweren Verlauf der Covid-19-Erkrankung haben](#)".

Das beschäftigt Karl Lauterbach. Das Argument der Ständigen Impfkommision, wonach Covid für Kinder harmlos sei, gilt seiner Ansicht nach [nicht für die Delta-Variante](#). Der Ansicht Lauterbachs fehlt allerdings eine solide wissenschaftliche Basis. Weiter: [Telepolis](#)

Kinder in der Pandemie:

„Instrumentalisierung pur!“ -

"Soweit ich das mitbekommen habe, ist praktisch keines der meinungsbildenden, etablierten Medien auf die Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages im September 2020 eingegangen. Die psychosozialen Folgen der Corona-Maßnahmen für Kinder blieben monatelang weitgehend unbeachtet. Die vielen besorgniserregenden Probleme waren schon damals zu sehen. Die Kinderrechts-Expertin Claudia Kittel vom Deutschen Institut für Menschenrechte und ich haben im Bundestag darauf aufmerksam gemacht." – Der (Kinder-) Politikwissenschaftler **Michael Klundt** in einem [Interview](#)
S. auch: [Das stille Leiden der Kinder und Jugendlichen im Ärzte-Blatt](#)

Corona-Pandemie - Statistiken

[Daten der UN](#) über Covid in der europäischen Region / Welt: [ourworldindata](#)

Attac Österreich: Dossier „Die Welt nach Corona“



- 3 Zukunftsszenarien:
Die Tech-Tyrannie / Grüner Kapitalismus / Kampf um eine neue Welt
- Sechs Vorschläge für eine bessere Welt nach Corona
- Wer von der Krise profitiert ... und wer bisher verloren hat
- Investieren in ein gutes Leben für alle: Beginnen wir den Umbau jetzt!

Elisabeth Voss: Über Corona-Maßnahmen und die Illusion von Sicherheit durch Digitalisierung

Am 6. Mai beschloss der Bundestag das [„Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz“](#) (DVPMG). „Wir erleichtern den Zugang zur Videosprechstunde, entwickeln die elektronische Patientenakte und das E-Rezept weiter“ erläuterte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Nur einen Tag zuvor hatte sich der 124. Deutsche Ärztetag [gegen das Gesetz ausgesprochen](#). Die „[weitgehende Neuausrichtung des Gesundheitswesens](#)“ sei „[überstürzt und ohne Beteiligung von Patienten und Ärzten vorgenommen](#)“ worden. Die ärztliche Schweigepflicht werde durch zentrale Online-Datenspeicher torpediert. [Mehr](#)

Wolfgang Hien: Corona-Schutz im Betrieb: Eine ebenso verzwickte wie tragische Situation - Warum Beschäftigte im Betrieb von Gesundheitsschutz oft nichts wissen wollen – [sozonline](#)

• WHO-Dokumente auf Deutsch:

COVID-19: Hintergrund und Aktuelles

- [ILO: \(21.7.2021\) Weniger Frauen als Männer werden nach der COVID-19-Pandemie wieder arbeiten](#)

• [investigate Europe:](#)

Graues Gold – Das Milliarden-Geschäft mit der Altenpflege

"Die Zustände in den Heimen wurden noch sichtbar durch die Covid-19-Pandemie.

Fast überall in Europa werden die Pflegebedürftigen schlecht versorgt. Doch zugleich machen internationale Konzerne und Finanzinvestoren mit Pflegeheimen ein Milliardengeschäft."

Frankreich: Ablehnung des Gesundheitspasses

Aurélie Trouvé, Attac-Sprecherin, Eric Coquerel, LFI-Abgeordneter, Céline Verzeletti, CGT-Bundessekretärin, Thomas Portes, Génération-Sprecher und Simon Duteil, Generaldelegierter der Union syndicale solidaires haben eine öffentliche Erklärung initiiert, die in ‚Libération‘ am 22. Juli 2021 veröffentlicht wurde.

Der Gesundheitspass wird das Leben von Millionen von Franzosen prägen, denn in kürzester Zeit, und erst recht, wenn der PCR-Test nicht mehr kostenlos ist, wird das gesamte soziale und berufliche Leben vom Impfstatus abhängig sein. Diese Entscheidung wurde jedoch in einer autoritären, undemokratischen Art und Weise getroffen, in undurchsichtigen Beratungen, deren Rahmen von einem einzigen Mann bestimmt wurde: dem Präsidenten der Republik, der lediglich den Verteidigungsrat einberief. Sie umgeht jede echte Diskussion im Parlament, das wieder einmal als Kammer zum Abnicken gilt. **Die Demokratie darf nicht geopfert werden, und für uns ist sie mehr denn je der Schlüssel, um aus dieser Krise herauszukommen.**

Noch vor weniger als einem Monat hatten sich Emmanuel Macron, der Gesundheitsminister, die Abgeordneten der Mehrheitsfraktion, ebenfalls die Präsidentin der Gesetzesausschusses, die sogar einen Änderungsantrag eingebracht hatte, um die Unmöglichkeit einer öffentlichen Verpflichtung im Gesetz festzulegen, gegen die Verallgemeinerung des Gesundheitspasses und der Impfungen im Namen der individuellen Freiheiten ausgesprochen.

Während alles darauf hindeutet, dass wir mindestens noch Monate mit dem Virus zu leben haben, können wir nicht in eine Gesellschaft der generalisierten Kontrolle eintreten, die die Regierung der Bevölkerung auferlegen will.

Um diese Pandemie zu bekämpfen, ist eine breite und massive Impfung notwendig, beginnend mit dem Schutz der am meisten gefährdeten Personen. Wir distanzieren uns von all jenen, die aus ihrem frontalen Widerstand gegen den Impfstoff ein sektiererisches und verschwörerisches Ventil machen, und wir verurteilen entschieden jede Gleichsetzung der Impfstrategie mit der Shoah oder der Apartheid.

Der Gesundheitspass ist unsozial

Wir prangern die von der Regierung angewandte Methode an, die starke Spannungen erzeugt und die inmitten einer epidemischen Krise höchst schädlich ist. Zu aktivierende erste Hebel wären eine große demokratische Debatte, umfassende Information, das Recht, sich während der Arbeitszeit impfen zu lassen, Prävention, insbesondere durch kostenlose Masken, ein viel größeres Angebot an Impfbetrieben und dafür umfangreichere Ressourcen... Die Korrelation zwischen Impfung und Einkommen bedeutet, dass der Gesundheitspass in seinem jetzigen Zustand unsozial ist. Es bedeutet für etliche Tausende von Arbeitnehmern Zwang und Drohung von schweren Sanktionen.

Seit Beginn der Pandemie wurden die von den Gewerkschaften und Verbänden des Gesundheitswesens geforderten finanziellen und personellen Ressourcen, um die öffentlichen Krankenhäuser wieder auf die Beine zu stellen und eine angemessene Versorgung zu gewährleisten, nicht ge-

währt. Das gleiche gilt für die Altenheime. Schlimmer noch, mancherorts sehen wir sogar, dass die Zerschlagung der öffentlichen Krankenhäuser weitergeht (Streichung von Betten, Stellenabbau...).

Unterdessen wehrt sich Frankreich zusammen mit der Europäischen Union weiterhin gegen die Aufhebung von Patenten im Rahmen der Welthandelsorganisation, obwohl nur so Impfstoffe in armen und Schwellenländern massenhaft hergestellt und verteilt werden können. Dies ist eine Frage der internationalen Solidarität, der öffentlichen Gesundheit und der Effizienz. Denn solange die Pandemie nicht auf globaler Ebene gelöst ist, wird sie nirgendwo gelöst werden.

Schließlich werden, während diese Entscheidungen die Bevölkerung hart treffen und spalten, **schwere Angriffe auf soziale Rechte angekündigt**. Autoritarismus und Sozialabbau gehen Hand in Hand. Die **regressive Reform der Arbeitslosenversicherung** soll schon zum 1. Oktober ratifiziert werden; damit wird die Dauer und Höhe der Leistungen für Arbeitslose stark reduziert. Emmanuel Macron hat darüber hinaus seinen Wunsch bekräftigt, das gesetzliche **Rentenalter** hinauszuschieben und alle Sonderregelungen abzuschaffen. Während das akkumulierte Vermögen der 500 reichsten Menschen in Frankreich im Jahr 2020 um 30% gestiegen ist, hat die Regierung keine der Großzügigkeiten, die sie ihnen seit Beginn der fünfjährigen Amtszeit gewährt hat, rückgängig gemacht und will die Arbeitslosen und Rentner für die Krise zahlen lassen.

Wir hingegen **fordern, dass die multinationalen Konzerne und die Ultrareichen viel stärker besteuert werden als heute**, zugunsten der nationalen Solidarität. Wir fordern eine **ehrgeizige Sozialpolitik**, mit qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen und mehr sozialen Rechten.

Aus diesem Grund, im Namen der langfristigen Wirksamkeit gegen die Epidemie und um unsere Freiheiten zu bewahren, widersetzen wir uns dem neuen Gesetz, das der Nationalversammlung vorgeschlagen wurde, sowie den unsozialen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Beschäftigten die Rechnung für die soziale Krise zahlen zu lassen. Zu diesem Zweck streben wir die Mobilisierungen in den kommenden Wochen und Monaten an.

Erstunterschriften

Organisationsvertreter*innen: Aurélie Trouvé et Raphaël Pradeau (porte-parole d'Attac), Céline Verzeletti (secrétaire confédérale de la CGT), Simon Duteil et Murielle Guilbert (délégué·es généraux de l'Union syndicale Solidaires), Thomas Portes (porte-parole de Génération·s), Mélanie Luce (présidente de l'UNEF), Khaled Gaiji (président des Amis de la Terre France), Pierre Khalfa et Willy Pelletier (Fondation Copernic), Emmanuel Vire (secrétaire général du SNJ-CGT), Mireille Stivala (secrétaire générale de la fédération CGT Santé et action sociale), Jean Marc Devauchelle (secrétaire général de la Fédération SUD Santé Sociaux), Thierry Amouroux (porte-parole du Syndicat National des Professionnels Infirmiers SNPI), Hafsa As-

kar (Secrétaire Générale de la FSE), Denis Lalys (secrétaire général de la FNPOS de la CGT), Ana Azaria (présidente Femmes égalité), Lenny Gras (porte parole du MNL), Mathieu Devlaminck (UNL), Aneth Hembert (co-secrétaire fédérale des Jeunes Ecologistes), Jean-Christophe Sellin et Hélène Le Cacheux (coordinateurs du Parti de Gauche), Jean-François Pellissier et Myriam Martin (porte parole d'ENSEMBLE !), Christine Poupin et Olivier Besancenot (porte-parole du NPA), Christian Pierrel (porte parole du PCOF), Christian Eyschen (secrétaire général de la Libre Pensée), Martin Méchin et Louise Tort (Black Robe Brigade), Anthony Caillé CGT-Police, Jean-Baptiste Eyraud, porte-parole Droit Au Logement, Delphine Glachant, présidente de l'Union syndicale de la psychiatrie.

Abgeordnete : Éric Coquerel (député LFI), Elsa Faucillon (députée PCF), Eric Piolle (maire EELV), Jean-Luc Mélenchon (député LFI),

Sébastien Jumel (député PCF), Emilie Carriou (députée Nouveaux Démocrates), Clémentine Autain (députée LFI), Aurélien Taché (député Nouveaux Démocrates), Mathilde Panot (députée LFI), Pierre Dhareville (député PCF), Caroline Fiat (députée LFI), Manon Aubry (députée LFI), Adrien Quatennens (député LFI), François Ruffin (député LFI), Muriel Ressiguié (députée LFI)

Weitere Persönlichkeiten: Youcef Brakni (militant antiraciste), Sandrine Rousseau (EELV), Caroline Mecary (avocate), Taha Bouhafs (journaliste), Jean-Marie Harribey (économiste), Arie Alimi (avocat), Kevin Vacher et Deborah Ozil (Rencontre des Justices), Stéphane Jou-teux (syndicaliste), Nicolas Mayart (journaliste), Dominique Plihon (économiste), Paul Poulain (spécialiste des risques industriels), Laure Vermeersch (L'ACID), Gilles Perret (réalisateur), Philippe Poutou, Porte-parole du NPA, Rokhaya Diallo, Claire Lejeune, EELV

*Die Unterzeichner*innen der Erklärung haben an Protesten teilgenommen /organisiert und eine Petition initiiert:*

Petition gegen das Gesundheitsgesetz und bevorstehende soziale Rückschritte

Wie kann man rechtfertigen, dass ein Gesundheitspass erlaubt :

- bei der Einstellung zu diskriminieren, das Gehalt auszusetzen oder Arbeitnehmer mit befristeten oder Zeitverträgen zu entlassen, weil sie nicht geimpft sind?
- Patienten in Krankenhäusern aus demselben Grund abzulehnen?
- eine allgemeine Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung einzuführen und die Bevölkerung in Geimpfte und Ungeimpfte zu spalten?

Können wir gleichzeitig akzeptieren, dass die Zerstörung des öffentlichen Krankenhauses weitergeht? Dass die Krise nicht von den multinationalen Konzernen und den reichsten Menschen bezahlt wird, die von ihr profitieren haben, sondern von allen anderen, insbesondere von den Arbeitnehmern, den Jugendlichen, den Arbeitslosen und den Rentnern? Um die Pandemie zu bekämpfen, ist eine breite und massive Impfung erforderlich, und auch eine andere gerechte und demokratische Politik. Wir, die Unterzeichner,

lehnen das Gesundheitsgesetz und die kommenden sozialen Rückschritte ab. Wir fordern:

- Nach der Abstimmung im Parlament am 24. Juli , dieses Gesetz und den Gesundheitsnotstand aufzuheben;
- wesentlich mehr finanzielle und personelle Ressourcen in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen, eine umfassende Debatte und Information, die Möglichkeit, sich während der Arbeitszeit impfen zu lassen, eine wesentlich größere Verbreitung der Impfzentren und die notwendige Einstellung von Mitarbeitern, um Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, die den erforderlichen gesundheitlichen Schutzmaßnahmen entsprechen;
- die Aufhebung von Patenten in der Welthandelsorganisation zur internationalen Solidarität und Sicherung der öffentlichen Gesundheit;
- die Abschaffung der Gesetze und Vorhaben zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

<https://france.attac.org/se-mobiliser/marches-des-libertes/article/pour-une-politique-sociale-et-de-sante-juste-et-democratique>

Zum Widerstand gegen den Pass sanitaire in Frankreich

„Vor einem Jahr waren die Beschäftigten des Gesundheitswesens "Helden", deren Parade Macron am 14. Juli abnehmen und denen er Medaillen verleihen wollte. Heute sind diejenigen, die zögern, fast schon zu Verrätern geworden, die sich der Verbreitung der Krankheit schuldig gemacht haben und denen der Verlust von Gehalt und Arbeitsplatz droht.

Vor einem Jahr hatten die Behörden wenig Skrupel, als sie das Gesundheitspersonal an die Front schickten, ohne geeignete Masken, mit Müllsäcken, weil es keine Kittel gab, und als die Krankenhausleitung denjenigen, die kontaminiert waren, vorschrieb, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, wenn sie keine Symptome mehr hätten.

Durch die Stigmatisierung von Krankenhausmitarbeitern und generell von Menschen, die sich nicht impfen lassen und/oder den Gesundheitspass ablehnen, hofft die Exekutive, von ihrer eigenen

Verantwortung für das Wiederaufflammen der Epidemie und den Verfall eines Krankenhaussystems abzulenken, (aus der [Übersetzung](#) eines NPA-Artikels)

(...) In den Straßen der letzten Tage, wie in den frühen Stunden der Gilets-Jaunes, ist die Teilnahme an den Aufmärschen komplex (...) Wir dürfen nicht in die Falle tappen, diese Demonstrationen wegen dieser gelben Sterne, dieser ekelhaften Verweise auf die Shoah, die offensichtlich nichts damit zu tun hat, in den Müll zu werfen. (...)

Es ist nicht hinnehmbar, dass der Aufstand gegen den Gesundheitspass von der Präsenz von Verschwörern und Anti-Vaxen auf der Straße überschattet wird, während die Regierung behauptet, gegen Covid zu kämpfen, indem sie ungeimpften Krankenschwestern die Arbeit verbietet, aber die Polizisten davon ausnimmt. (...) Die Verantwortung für die Krise liegt immer im System. Nicht weil

die Menschen sich weigern, sich impfen zu lassen, ist Covid da. Vergessen wir nicht, dass die Solidarität unsere Waffe ist und dass die Feinde der Staat und das Kapital sind.

(...) Der Gesundheitspass, eine potenzielle Datenbank aller von einer Person besuchten Orte, steht im Einklang mit den Ultrarechten der Rechten und der extremen Rechten (...) Die rechtsextremen Politiker haben sich an vorderster Front für den Schutz von Impfstoffpatenten und damit für das Monopol der Pharmakonzerne eingesetzt...” Aus dem [Beitrag vom 28.7.2021 bei Paris-luttes.info](#)

[Weitere Artikel](#) auf [Labournet](#)

**Bündnis „Plus jamais ca“
Vorschläge für einen Plan zum
Bruch mit der bisherigen Politik
(SiG-Übersetzungen Ende Okt.2021)**

Attac Frankreich

Gesundheitskrise: Eine andere Politik ist möglich!

Mittwoch, 22. September 2021,

Zu Beginn des Sommers haben Attac Frankreich und etwa zwanzig Organisationen eine *Petition "gegen das Gesundheitsgesetz und die bevorstehenden sozialen Rückschritte"* gestartet, die im Juli über 60 000 Unterschriften gesammelt hat. Der folgende Text zieht eine Bilanz der Situation Mitte September und verdeutlicht den Standpunkt von Attac zur Gesundheitskrise und den Entscheidungen der Regierung.

Die WHO weist seit Monaten darauf hin, dass die Impfung der beste Schutz gegen schwere Formen der Krankheit ist und dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Virus fortgesetzt werden müssen.

Eine echte Gesundheitspolitik beruht auf **Transparenz, der Verbreitung wissenschaftlicher Daten, die durch Debatten zwischen den Forschern bestätigt werden, und einer echten demokratischen Beratung** zur Festlegung der zu treffenden Maßnahmen. Diese Regierung hat seit Beginn der Pandemie das Gegenteil getan: Entscheidungen, die von einem einzigen Mann bei Geheimgesprächen eines Verteidigungsrates getroffen wurden, falsche und widersprüchliche Informationen (erinnern wir uns an die Äußerungen von Regierungsmitgliedern über die Nutzlosigkeit von Masken zu Beginn der Krise!), unzureichende Berücksichtigung der Informationen der WHO, aber die Inszenierung eines Treffens mit D. Raoult, usw.

Der Präsident ist daher für seine Belehrungen in einer schlechten Position; er hat Misstrauen geschaffen, die Verbreitung wissenschaftlicher Informationen geschwächt und den kollektiven und gemeinsamen Umgang mit der Pandemie durch die Förderung des "Jeder für sich"-Ansatzes delegitimiert! Eine entsprechende Ausrichtung schlägt dieser Gesundheitspass heute ein, indem er die Impfung zu einer Frage der persönlichen Entscheidung macht und nicht zu einer Frage des kollektiven Schutzes.

Im übrigen hält die Regierung durch ihre Weigerung, die Patente aufzuheben, das Misstrauen aufrecht und ermöglicht so den Labors außergewöhnliche Gewinne, ohne die Pandemie in den Griff zu bekommen, da die armen Länder keinen ausreichenden Zugang zu Impfungen haben.

Diese Regierung hat also eine Reihe von Zwangsmaßnahmen ergriffen, um die Impfung zu beschleunigen, was zu Lasten einer von allen akzeptierten kollektiven und öffentlichen Gesundheitspolitik geht.

So können seit dem 6. September Arbeitnehmer, die keinen Gesundheitspass haben, suspendiert und um ihr Gehalt gebracht werden; diese Maßnahme dürfte vor allem prekär Beschäftigte betreffen.

Außerdem sind die Départements mit den niedrigsten Impfraten auch die ärmsten. Macron nimmt weiterhin die Armen ins Visier, während sich die Milliardäre weiter unanständig bereichern.

Für die Beschäftigten des Gesundheitswesens wurde die Verpflichtung zum Gesundheitspass auf den 15. September festgesetzt, während sich die Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Krankenhäusern weiter verschlechtern.

Die Bedingungen für die Umsetzung des Gesundheitspasses werfen auch Fragen zu den Grundrechten auf. Sie ermöglichen es, Personen, die den vom Staat festgelegten Kriterien nicht entsprechen, von bestimmten Arbeitsplätzen, Verkehrsmitteln und Orten auszuschließen. Die CNIL unterstreicht "das Risiko der Gewöhnung und der Verharmlosung solcher in die Privatsphäre eingreifenden Bestimmungen und einer künftigen Entwicklung, möglicherweise auch aus anderen Gründen, zu einer Gesellschaft, in der solche Kontrollen die Norm und nicht die Ausnahme sind".

Daher fordert Attac Frankreich

- die Rücknahme des Gesetzes vom 5. August 2021 zur Bewältigung der Gesundheitskrise
- eine breite und demokratische Debatte über die Gesundheitspolitik
- die Aufhebung der Patente auf Impfstoffe, damit alle Länder sie herstellen können
- eine echte Gesundheitspolitik, die auf Transparenz und demokratischer Debatte beruht
- eine breit angelegte Kampagne zur Gewährleistung des Zugangs zu Impfstoffen für alle Menschen in unserem Land
- die Schaffung einer öffentlichen Arzneimittel-Einrichtung und ausreichende Ressourcen für öffentliche Krankenhäuser
- die Relokalisierung der Produktion von unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen

5. Oktober 2021: Streik- und Aktionstag in Frankreich

Zum Streik- und Aktionstag am 5. Oktober 2021 rufen Gewerkschaften auf.



Ihre Forderungen:

- Anhebung der Löhne und Gehälter;
- berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen;

- endgültige Abschaffung der Gegenreformen bei den Renten und der Arbeitslosenversicherung;
- Konditionierung öffentlicher Beihilfen an soziale und ökologische Standards, die den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen; ein Stopp der Entlassungen und ein Ende der Ausnahmen vom Arbeitsgesetzbuch und den kollektiven Garantien;
- Ende der prekären Beschäftigung und der prekären Ausbildung junger Men-

- schen und eine ehrgeizige Reform der Stipendien;
- Ende der Schließung von Diensten, des Stellenabbaus, der Demontage und der Privatisierung im öffentlichen Dienst und stärkere Finanzierung;
- Wiederherstellung aller Rechte und Freiheiten für junge Menschen und für alle Beschäftigten;
- Mindestlohn und Mindestleistungen (u.a. Renten, Stipendien) erhöhen.

Mehr: [CGT](#) [Solidaires](#)

UN-Welternährungsgipfel in New York Weder gerecht, noch gesund, noch nachhaltig

Das weltweite Ernährungssystem befindet sich in einem alarmierenden Zustand. Ein Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen am 23. September 2021 (<https://www.unfoodsystems.org/>) sollte eine Trendwende einleiten. Getrieben wird die Initiative allerdings von der Ernährungs- und Agrarindustrie, deren Unternehmen die großen Gewinner des bisherigen Systems sind. Kritik und Zweifel daran, dass private Akteure vom Problem zur Lösung werden können, begleiten den Gipfel.

16. September 2021 - Die Art und Weise, wie unser Essen heute produziert wird, verletzt Menschenrechte, macht Menschen und Tiere krank und zerstört die Umwelt.

Während der Covid-19-Krise trat noch deutlicher zu Tage, dass die zentrale Frage der Welternährung ungelöst ist, im Gegenteil verstärken die Auswirkungen der globalen Gesundheitskrise die weltweiten Ungleichheiten noch weiter, und dies in einer alarmierenden Geschwindigkeit.

Das belegen auch die aktuellen Zahlen der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO): **Rund 120 Millionen Menschen mehr, so die Schätzung, hungern seit Beginn der Pandemie.** In einem solch drastischen Ausmaß sind die Zahlen seit weit mehr als zehn Jahren nicht gestiegen.

Paradoxerweise sind die Auswirkungen nicht für alle Akteure im Ernährungssystem negativ. Es gibt auch **klare Gewinner**. Supermarkt- und Handelsketten verzeichneten im vergangenen Jahr Rekordgewinne. Nach der Entwicklungsorganisation Oxfam machten die deutschen Supermarktkonzerne Rewe und Edeka fast 17 Prozent mehr Umsatz als im Jahr 2019, und die Discounter Lidl und Aldi legten neun Prozent zu. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) schreibt vom „besten Jahr seit Menschengedenken“ für die Nahrungsmittelbranche.

Die vielen Arbeiter*innen, die in allen Teilen der Welt auf Plantagen – oftmals für Hungerlöhne und giftigen Pestiziden ausgesetzt – dafür arbeiten, dass ganzjährig sämtliche Obst- und Gemüsesorten die Supermarktregale füllen, oder die Menschen, die in den Supermärkten, Schlachtbetrieben oder bei Zuliefer*innen einer besonders hohen Arbeitsbelastung und einem überdurchschnittlichen Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind, werden zu anderen Schlussfolgerungen kommen. Denn sie profitieren von den Rekordumsätzen keineswegs.

Nur ein Bruchteil der Gewinne wurde nach Oxfam-Recherchen in den Schutz der Arbeiter*innen oder deren Löhne investiert. Dabei würde bereits ein kleiner Teil der Vermögenssteigerung der Aldi-Süd-Besitzer*innen ausreichen, um vier Millionen Kaffee-Arbeiter*innen im brasilianischen Minas Gerais existenzsichernde Löhne zu zahlen. Zuletzt stieg in Brasilien, wo besonders viele Produkte für den Export produziert werden, die Zahl der Hungernden rapide an.

Berechnungen und Beispiele wie diese veranschaulichen einzelne Aspekte eines vielschichtigen Problems, das einen großen Teil der Menschen weltweit betrifft, vor allem im globalen Süden. **Einer von drei Menschen hat derzeit keinen Zugang zu angemessener Nahrung.** [...]

Der Welternährungsgipfel und die Rolle der Konzerne

So erfreulich es auch ist, dass mit dem UN Food Systems Summit eine systemische Betrachtungsweise auf das Ta-

bleau der internationalen Politik gelangt, so sehr lässt doch die bisherige Ausgestaltung des Gipfels daran zweifeln, dass eine Veränderung angestrebt wird, die nachhaltig die großen Ungleichheiten und Probleme lösen kann.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres lädt auf gemeinsame Initiative mit dem Weltwirtschaftsforum und unter Federführung von prominenten Vertreter*innen des Ansatzes einer Grünen Revolution Ende September nach New York ein. Seit vor zwei Jahren mit den Planungen begonnen wurde, stoßen die Vorbereitungen auf breite Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen weltweit. Denn von Beginn an **bestimmten multinationale Konzerne die Konzeption des Gipfels** – also ebenjene Akteure, die am meisten vom Erhalt des Status Quo profitieren.

Selbst der eher neoliberale Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs kritisierte in einer scharfen Gegenrede im Rahmen eines Vorgipfels im Juli in Rom: „Wir haben bereits ein Ernährungssystem, wir brauchen ein anderes System. Und diese Umgestaltung können wir nicht dem Privatsektor überlassen, denn das haben wir bereits vor 100 Jahren getan.“ Sachs ist nicht der einzige Kritiker. Mehr als 500 Organisationen haben in **offenen Briefen**, die bis heute unbeantwortet blieben, schon vor mehr als anderthalb Jahren den UN-Generalsekretär dazu aufgefordert, vorrangig diejenigen Menschen anzuhören und in Entscheidungen einzubeziehen, die am stärksten von Hunger betroffen sind und unter dem industriellen System leiden wie kleinbäuerliche Erzeuger*innen, Fischer*innen, Frauen und viele mehr.

Sie sollten ihre drängendsten Themen auf die Agenda bringen und einen Platz am Verhandlungstisch beanspruchen können. Doch nichts davon wurde rechtzeitig umgesetzt, sodass **sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen entschieden, nicht am Gipfel teilzunehmen.**

Stattdessen haben Sie in einem umfangreichen **Parallelgipfel** ihre alternativen, agrarökologischen Konzepte, Ansätze der Ernährungsvielfalt und die Zielkonflikte des Gipfels aufgezeigt und diskutiert – und in öffentlichen Aktionen dargestellt, dass der Gipfel „**nicht in ihrem Namen**“ stattfindet. Mehr als 10.000 Menschen folgten dieser alternativen Gegenmobilisierung, die digital und parallel zum offiziellen Vorgipfel Ende Juli stattgefunden hat.

Gleichzeitig rufen inzwischen **mehr als 300 kritische Wissenschaftler*innen** zu einem Boykott des Gipfels auf. Selbst das hochrangige Wissenschaftsgremium **IPES Food**, das dem Gipfel zunächst eine Chance geben wollte und sich in dessen Vorbereitung einbrachte, verkündete nach nur einem Tag des Vorgipfels in einer Stellungnahme den Ausstieg: zu konzerngesteuert, zu wenig an einer wirklichen Veränderung arbeitend, stattdessen im Weiter-So verhaftet, sind nur einige der Argumente dieser Stellungnahme.

In der Tat setzt der Gipfel auf technologische Lösungen, die auf einseitige Produktionssteigerungen setzen, und vernachlässigt menschenrechtsbasierte Lösungsansätze.

Dabei sind es die Staaten und ihre Regierungen, die ihre Verantwortung und ihre Steuerungsfunktion wahrnehmen müssten. In dem Multi-Akteurs-Ansatz, auf dem der Gipfel aufbaut, haben Konzerne und weitere Akteure jedoch einen zu großen Einfluss, wodurch die Regierungen ihrer Steuerungsfunktion nicht gerecht werden können. **Viele Organisation, darunter aus Deutschland auch INKOTA, Brot für die Welt und Misereor, entschieden sich daher, nicht an dem Gipfel teilzunehmen.**

So spart der Ernährungsgipfel denn auch viele zentrale Themen wie Handelspolitik, Ernährungsarmut oder die Rechte von Landarbeiter*innen aus, die für die Neugestaltung von Ernährungssystemen grundlegend wären. Nur eine politische Neuorientierung könnte jedoch zu wirklichen Verbesserungen für die Menschen führen, deren Menschenrecht auf Nahrung derzeit verletzt wird.

So ist der Gipfel und der mit ihm einhergehende Prozess eine verpasste Chance für eine so dringend notwendige Transformation hin zu einem demokratischen Ernährungssystem, in dem öffentliche vor privaten Interessen und die Rechte von Bäuerinnen und Bauern, Indigenen, Frauen und Arbeiter*innen im Mittelpunkt stehen.

Eine grundlegende Wende hin zu einer agrarökologischen, ressourcenschonenden Produktionsweise, die vielfältige Nahrungsmittel für alle Menschen produziert und eine gesunde Ernährungsweise fördert, und die Dominanz von Konzerninteressen zurückdrängt, wird dieser Gipfel nicht erreichen. (...)

<https://www.inkota.de/news/ein-umstrittener-gipfel>

U.S. Right to Know, 26. Februar 2021

Ein hochrangiges [UN-Gremium von Experten für Ernährungssicherheit und Ernährung](#) forderte 2019 einen Paradigmenwechsel weg von der industriellen Landwirtschaft und hin zu [agrarökologischen Lösungen](#), die ihrer Meinung nach reichhaltigere und nahrhaftere Lebensmittel liefern, die biologische Vielfalt schützen und die strukturellen Ungleichheiten, die den Kern der Hungerkrise bilden, beseitigen können.

Anstatt dem Rat ihres eigenen Expertengremiums zu folgen, haben die Vereinten Nationen das zugelassen, was Kritiker als [Übernahme des Welternährungs-Gipfels durch die Agrarindustrie bezeichnen](#), [angeführt von den Stiftungen Gates und Rockefeller und dem Weltwirtschaftsforum \(WEF\)](#). Diese Gruppen wollen industrielle landwirtschaftliche Entwicklungsmodelle vorantreiben, von denen Kritiker sagen, dass sie [dem Klima schaden](#) und die [Hungernden](#) nicht ernähren.

Hunderte von [zivilgesellschaftlichen Gruppen verurteilen](#) den Gipfel und seine Leitung durch Agnes Kailibata, Präsidentin der von Gates finanzierten Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA). Die "Civil Society and Indigenous Peoples' Mechanism for relations with the UN Committee on World Food Security" - eine Gruppe, die 550 zivilgesellschaftliche Organisationen mit mehr als 300 Millionen Mitgliedern vertritt - erklärte im März, dass sie den Gipfel [boykottieren](#) und ein paralleles Treffen einberufen werde.

Drei UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung haben sich ebenfalls zu den erheblichen Mängeln des Gipfels [geäußert](#). In einem offenen Brief an Kalibata im Januar beschrieb der derzeitige Sonderberichterstatter Michael Fakhri, wie der Gipfel stark zugunsten von Finanziers und marktbasierter Lösungen verzerrt ist, die den Herausforderungen des heutigen Ernährungssystems nicht gerecht werden können. [Fakhris Bericht](#) über den Gipfel enthält viele Details zu den strukturellen Problemen und Bedenken, die im Mittelpunkt der Gipfeldebatte stehen.

"Es wird keine wirklichen Lösungen geben, wenn wir uns auf Wissenschaft und Technologie, Profite und Märkte konzentrieren, ohne uns auch mit grundlegenden Fragen der Gleichheit, der Verantwortlichkeit und der Regierungsführung zu befassen", sagte Fakhri.

Gekürzte Übersetzung des [Artikels](#) von U.S. Right to Know

Overview article: [Bill Gates radical plans for changing food systems: What's on the menu?](#)

Weitere [Informationen](#) vom Civil Society and Indigenous Peoples' Mechanism (CSM)

[Video von Viacampesina](#) über den Gipfel

Keine Unterstützung der „grünen Revolution“ mehr! - Offener Brief

INKOTA u.a.:
Hintergrundpapier:
Die Allianz für eine Grüne Revolution (AGRA) ist gescheitert
Analyse der AGRA-eigenen Evaluierungen aus den Jahren 2019/2020

[PDF-Datei](#)



Transnational Institut (TNI) Towards a Just Recovery from the Covid-19 Crisis

Our new [report](#) examines **the intersections between Covid-19 and food systems across the North African region.**

It looks at how the dominant 'food security' paradigm increased vulnerability to the economic dislocation wrought by the pandemic.

It examines the impacts of Covid-19, particularly on (rural) working people and small-scale food producers and how governments across the region responded to these challenges.

Finally, it offers a pathway out of this moment of crisis rooted in models of food sovereignty and economic justice.

Weitere Webseiten zur Ernährungssouveränität:

<https://www.foodwatch.org/de>,

<https://viacampesina.org>;

<https://www.csm4cfs.org> ;

<https://agroecologyresearchaction.org>

Appell der internationalen Gewerkschaftskonferenz über sozial-ökologische Übergänge

Diese vorwiegend Online-Konferenz (14.- 19. Juni 2021) wurde von der Gewerkschaft [CGT in Frankreich](#), [TUED](#), der [Rosa-Luxemburg Stiftung](#), [Alter Summit](#) und [GLI](#) organisiert. (Bericht und vollständiger Text des Appells auf der [Seite von AlterSummit](#))

Am Ende dieses Internationalen Gewerkschaftsforums zu ökologischen und sozialen Übergängen, das über mehrere Monate von mehr als 130 Organisationen aus allen Kontinenten vorbereitet wurde, möchten wir einen Appell an unsere Brüder und Schwestern in der Gewerkschaftsbewegung und an ihre Verbündeten richten, mit denen wir gemeinsam kämpfen. Mit diesem Appell soll eine Reihe von Forderungsträngen bekräftigt werden, die wir als grundlegend für einen gerechten und solidarischen Übergang betrachten.

1. [...] Wir müssen uns auf das Wissen aller Beschäftigten stützen, einschließlich der Frauen und jungen Menschen, die derzeit am Arbeitsplatz marginalisiert sind. Wir fordern einen fairen, präventiven Übergang, der **die Arbeiter*innen in den Mittelpunkt der Entscheidungen** stellt.

2. Die Rolle, der Einfluss, das Gewicht und der Zynismus der **multinationalen Konzerne** angesichts der ökologischen und sozialen Notlage, oft im Einvernehmen mit den Regierungen, sind fundamentale Hindernisse für die Umsetzung eines ernsthaften Übergangs. Der Kampf gegen den Klimawandel ist illusorisch ohne **öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle von Ressourcen und Energie**. [...]

3. Die globale ökologische Krise betrifft und beeinträchtigt alle Bereiche unserer Wirtschaft und unserer Produktionssphäre, vertieft die bestehenden Ungleichheiten und lässt die Ärmsten unter uns den höchsten Preis zahlen. Öffentliche Institutionen haben die Aufgabe, globale Lö-

sungen zu entwickeln und die vorzunehmenden Veränderungen und Umbaumaßnahmen zu antizipieren. Diese Veränderungen müssen mit dem Ziel der **Gerechtigkeit und tatsächlichen Gleichheit unter den Menschen weltweit** geschehen.

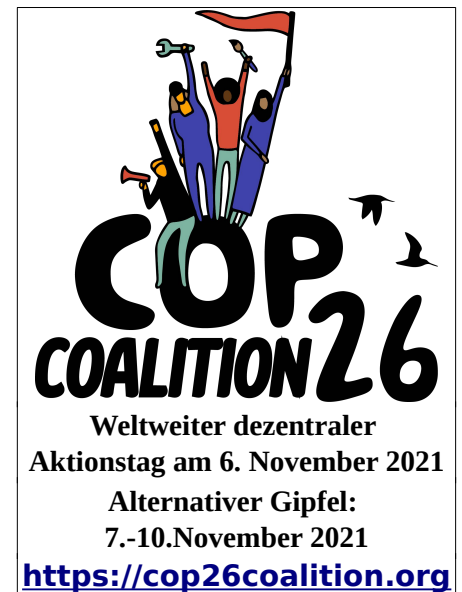
4. Die Kämpfe der Beschäftigten zum Schutz des Planeten verbinden sich mit denen gegen neoliberal-autoritäre und neofaschistische Regierungen. [...] **Kämpfe um Demokratie** und Kämpfe für Fortschritte im sozialen und ökologischen Bereich sind untrennbar miteinander verbunden und werden von vielen Organisationen auf allen Kontinenten vorangetrieben.

5. [...] Ein echter Übergang muss garantieren, dass diejenigen, die heute ihren Arbeitsplatz verlieren, morgen einen gleichwertigen oder höherwertigen finden können. Das bedeutet, dass die derzeit vorherrschenden Bestimmungen, insbesondere im internationalen Handel, neu gestaltet werden müssen, um die weltweit noch fehlenden **Umwelt- und Sozialstandards wirksam zu machen** und die Konjunkturprogramme weltweit an strenge Auflagen zu knüpfen.

6. [...] Durch die Schaffung einer effektiven **Solidarität** und von **Koordinationsräumen** auf internationaler Ebene werden wir in der Lage sein, praktikable und vereinende Alternativen gegenüber den mächtigen organisierten Wirtschafts- und Finanzinteressen zu entwickeln, die von dem Gemeinwohl oft entgegenstehenden politischen Kräften unterstützt werden. Diese Allianzen sind mit den Kämpfen für Gendergerechtigkeit

und gegen den systemischen Rassismus verknüpft. Alle haben das Recht auf eine hochwertige Beschäftigung, die zur Reduzierung der Treibhausgase beiträgt.

Für uns hört die begonnene Arbeit hier nicht auf. Wir wissen, dass der Kampf noch lang sein wird und dass er unser aller Engagement erfordert. Unsere Differenzen müssen wir überwinden, indem wir unsere Erfahrungen teilen, unsere Vorschläge diskutieren und schließlich all unsere Kräfte mobilisieren. Wir sind daher entschlossen, **unsere Zusammenarbeit fortzusetzen**, wobei eine erste Etappe in Sicht ist: **die COP 26 in Glasgow im November** dieses Jahres. Wir werden unsere Forderungen einbringen und mit anderen Kräften zusammenarbeiten, um eine breite und geeinte Bewegung für eine ökologische, soziale und demokratische Alternative aufzubauen.



Lesehinweise:

Manuela Kropp: Klimapaket "EU Fit for 55" – unzureichend und sozial unausgewogen, [Transform!](#)
Hartmut Graßl: Der Anpassungsdruck an Wetterextreme steigt

Nach der "Bringschuld" durch die Wissenschaft gibt es auch eine "Annahmepflicht" durch die Gesellschaft. Eine Schlussfolgerung aus dem schweren Hochwasser vom Juli sollte der Abschied von der Dominanz ökonomischer Argumente in der Regionalentwicklung sein. <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/der-anpassungsdruck-an-wetterextreme-steigt>

Scientist Rebellion IPCC-Bericht geleakt

„Gleichheit und Gerechtigkeit sind wichtige Voraussetzungen für einen wirksamen Klimaschutz“

Auf ihrer Webseite <https://scientistrebellion.com/> erklären die rebellischen WissenschaftlerInnen, warum sie den 3. Teil des IPCC-Berichts (Weltklima-Bericht) Anfang September geleakt haben

Wir haben Teil III des kommenden IPCC-Berichts geleakt. Es gibt keine Zeit zum Warten, es gibt keine Zeit für fortgesetzte Untätigkeit - die Menschen verdienen es, JETZT zu erfahren, was unsere von Konzernen kontrollierten Politiker ihnen angetan haben.

Das größte Verbrechen aller Zeiten ist bereits vollbracht - die Täter sind noch auf freiem Fuß, aber die Opfer häufen sich.

Wir haben den Bericht durchsickern lassen, weil die Regierungen - unter dem Druck und der Bestechung durch die fossilen Brennstoff- und andere Industrien, die ihre gescheiterte Ideologie schützen und die Rechenschaftspflicht vermeiden wollen - in der Vergangenheit die Schlussfolgerungen vor der Veröffentlichung der offiziellen Berichte bearbeitet haben. Wir haben es durchsickern lassen, um zu zeigen, dass Wissenschaftler bereit sind, ungehorsam zu sein und persönliche Risiken einzugehen, um die Öffentlichkeit zu informieren.

In dem Bericht wird ausdrücklich festgestellt, dass ein schrittweiser Wandel keine praktikable Option ist. Der Bericht besagt, dass individuelle Verhaltensänderungen allein unbedeutend sind. Es heißt darin, dass Gerechtigkeit, Gleichheit und Umverteilung für die Klimapolitik von wesentlicher Bedeutung sind.

Er besagt, dass wir massive Investitionen brauchen - zur Umgestaltung der Energiesysteme, des Verkehrs, der Industrie, der Flächennutzung und der Landwirtschaft, des Wohnungsbaus und zur Vorbereitung auf die sich beschleunigenden Auswirkungen des Klimazusammenbruchs - und nicht den Totenkult der konservativen Wirtschaft.

Sie zeigt, dass wir das Wirtschaftswachstum, das die Grundlage des Kapitalismus ist, aufgeben müssen.

Dass sich Tausende von Wissenschaftlern - meist ältere, privilegierte, gemäßigte - auf etwas so scheinbar Radikales einigen können, zeigt, wie ernst die Lage ist. Aber die wahren Radikalen sind an der Macht. Sie werden die Erde ausplündern, bis sie nur noch Feuer und Asche ist, wenn wir sie nicht aufhalten.

Wir appellieren an die Menschen, ernsthaft gewaltfreien Widerstand zu leisten. Gehen Sie mit uns auf die Straße, um unerträglichen Druck auf dieses völkermordende System auszuüben - um es zu Fall zu bringen, bevor es uns alle mit sich mitreißt.

Die geleakten Dokumente sind [HIER](#) zu finden.

Einige Sätze aus dem Bericht:

"Klimaschutz- und Entwicklungsziele können nicht durch schrittweise Veränderungen erreicht werden."

"Jeder Einzelne kann dazu beitragen, Hindernisse zu überwinden und den Klimawandel einzudämmen. Individuelle Verhaltensänderungen allein können die Treibhausgasemissionen nicht wesentlich verringern."

"Schätzungen zufolge belaufen sich die verbindlichen CO₂-Emissionen aus der derzeitigen fossilen Energieinfrastruktur auf 658 GtCO₂ [. . .], was fast das Doppelte des verbleibenden Kohlenstoffbudgets ist."

"Übergangspfade ziehen Verteilungskonsequenzen nach sich, wie z. B. Veränderungen in der Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur."

"Wenn sich 10-30% der Bevölkerung für kohlenstoffarme Technologien, Verhaltensweisen und Lebensstile engagieren würden, würden sich neue soziale Normen herausbilden"

"Verzögertes Handeln erhöht die Herausforderungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Machbarkeit nach 2030."

"Gleichheit und Gerechtigkeit sind wichtige Voraussetzungen für einen wirksamen Klimaschutz. Institutionen und Regierende, die sich mit Gerechtigkeit befassen und Narrative unterstützen, die gerechte Übergänge fördern, können eine breitere Unterstützung für die Klimapolitik schaffen."

"Kollektives Handeln durch formelle soziale Bewegungen und informelle Lebensstilbewegungen erweitert das klimapolitische Potenzial und unterstützt den Systemwandel."

<https://scientistrebellion.com/we-leaked-the-upcoming-ipcc-report/>

(Übersetzung aus dem Englischen, SiG-Redaktion),
s. auch xrebellion.at

Im Interview mit der [Tagesschau](#) nahm die deutsche Wissenschaftlerin **Nana-Maria Grüning** Stellung zu ihrem Engagement in der Gruppe "Scientist Rebellion". Mehrere Stimmen ebenfalls in diesem [youtube-Video](#)

Energiecharta-Vertrag stoppen! Energiewende retten!

Auch Fracking ist durch den Energiecharta-Vertrag geschützt!

In Slowenien will die britische Firma Ascent Resources gefracktes Gas fördern.

Da die slowenische Umweltbehörde eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangte, beruft sich nun der Konzern auf den Energiecharta-Vertrag, um den Staat wegen entgangener zukünftiger Gewinne zu verklagen. [Video](#) dazu

„Biofuel“ schützen!? Der Energiecharta-Vertrag würde noch gefährlicher für Klima und Umwelt, wenn Reformen dem Energiecharta-Vertrag den Schutz von Bioenergie hinzufügenen – biofuelwatch.org.uk

Attac Österreich EU-Gericht erklärt Paralleljustiz gegen Energiewende für EU-rechtswidrig

2.9.2021 -

„Ein guter Tag für den Klimaschutz“

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat heute ein [bahnbrechendes Urteil](#) gefällt und die Paralleljustiz für Konzerne im Rahmen des Energiecharta-Vertrags (ECT) zwischen EU-Staaten für EU-rechtswidrig erklärt. (1)

Wie zahlreiche Beispiele zeigen, **nutzen fossile Energiekonzerne den ECT** um Staaten via Paralleljustiz für Klimaschutz-Gesetze abzustrafen, wenn sie ihre Profite dadurch bedroht sehen. Das Urteil könnte somit direkte Auswirkungen auf laufende EU-interne Klagen von Energiekonzernen haben. So verklagen etwa die **Kohlekonzerne UNIPER und RWE** die Niederlande wegen ihres Kohleausstiegs auf Milliarden Entschädigung. Der ECT gefährdet die Umsetzung von dringend nötigen Klimaschutz-Gesetzen zusätzlich, indem Konzerne Staaten allein mit der Androhung von Klagen unter Druck setzen können.

„Der heutige Tag ist ein guter Tag für den Klimaschutz. Denn der ECT ist ein mächtiges Instrument, um die Energiewende von klimaschädlichen fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien zu blockieren. Das heutige Urteil macht klar, dass EU-interne Klagen auf Basis dieses Klimakiller-Vertrages keinen Bestand haben werden. Die Schiedsgerichte sollten das heutige Urteil bestätigen und auf die Anwendung des

Vertrags verzichten“, erklärt Lena Gerdes von Attac Österreich.

EU-Staaten sollen grundsätzlich aus dem Energiecharta-Vertrag aussteigen - Für Attac sind aber nun vor allem die Regierungen gefordert: Die österreichische Regierung und sämtliche EU-Staaten sollten als logische Konsequenz den Energiecharta-Vertrag sofort wechselseitig beenden.

Um sich auch gegen Konzernklagen aus Drittstaaten zu schützen, sollten die EU-Staaten einen schnellstmöglichen generellen Ausstieg aus dem ECT in die Wege leiten, fordert Attac. EU-Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Spanien, Polen und Griechenland haben sich der Forderung bereits angeschlossen. (2) Mehr als eine Million EU-Bürger*innen [fordert die Abschaffung des ECT](#).

Hintergrund:

Der Energiechartavertrag (ECT) ist ein internationales Investitionsabkommen, dem sowohl die EU und ihre Mitgliedsstaaten (Italien trat 2016 aus) als auch Nicht-EU-Staaten angehören. [Mehr Informationen hier](#). (SiG-Redaktion: S. auch Artikel zum ECT in den Nr. 140)

(1) Im Jahr 2018 hat der Europäische Gerichtshof im **Achmea-Urteil** festgestellt, dass eine Paralleljustiz für Konzerne in Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) zwischen EU-Ländern nicht mit

dem EU-Recht vereinbar ist, da sie die Befugnisse der EU-Gerichte untergräbt. Das heutige Urteil basiert auf der Überprüfung des ISDS-Urteils des ukrainischen Investors Komstroy gegen Moldawien. Darin formulierte der EuGH **eine Meinung** zur intra-EU Anwendung des ECT, demnach die Entscheidung aus dem Jahr 2018 auch für den Energiecharta-Vertrag gilt. Die Passage **hat zwar noch keine sofortige rechtsbindende Wirkung** auf laufende Schiedsklagen. Das heutige Urteil gibt jedoch einen klaren Hinweis auf die Argumentation des Gerichtshofs in zwei weitere Klagen vor dem EuGH, die sich mit der Anwendung des ECTs innerhalb der EU beschäftigen, deren Urteil für 2022 erwartet wird.

(2) Der Austritt aus dem ECT muss mit einer Vereinbarung zwischen allen austretenden Staaten einhergehen, um die "Sunset-Klausel" zu neutralisieren, die es Investoren erlaubt, für weitere 20 Jahre nach dem Austritt ISDS-Klagen im Zusammenhang mit bestehenden Investitionen zu erheben. Ein koordinierter EU-Austritt aus dem ECT würde den Schutz fossiler Brennstoffe in den Staaten, die aus dem Vertrag austreten, sofort beenden. Da 60 Prozent der Fälle, die sich auf den ECT stützen, innerhalb der EU stattfinden, würde dies das Risiko künftiger Klagen gegen den Fortschritt beim Klimaschutz verringern.

Quelle: [Attac Österreich](#)



<https://energy-charter-dirty-secrets.org/de/>

Informationen zum Energiecharta-Vertrag, ...

- [attac Kampagne gegen den Energiecharta-Vertrag](#)

[EU-weite Petition "Energiecharta-Vertrag stoppen – Energiewende retten!"](#)

Mit ihrer Unterschrift fordern die Unterstützer*innen die EU-Kommission, das Europaparlament und die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, aus dem Energiecharta-Vertrag auszusteigen und seine Ausweitung auf andere Länder aufzugeben. (Stand am 25.9.2021: 1025376 Unterschriften - Ziel: 2 Millionen)

PowerShift : Investorenschutz und Konzernklagerechte trotz Klimakrise?

CETA, ECT und Umwelt sind sich nicht grün - [FactSheet](#), das die kanadischen Investitionen in fossile Projekte in der EU aufzeigt und damit deutlich macht, wie hoch das ISDS-Klagepotential unter CETA ist.

Die sogenannte Investor-Staat-Streitbeilegung (Investor-State Dispute Settlement – ISDS) ist in Handels- und Investitionsabkommen enthalten. Ausländische Investor*innen bekommen damit das Recht, Staaten vor Schiedsgerichten auf der Basis von vagen und weit definierten Eigentumsrechten auf Entschädigungszahlungen zu verklagen, wenn sie ihre Profite durch Gesetze beispielsweise zum Schutz der Umwelt oder von Menschenrechten gefährdet sehen. CETA ist das erste in einer Reihe von EU-Abkommen, bei denen statt des „traditionellen“ ISDS-Systems ein Investitionsgerichtssystem (ICS) eingeführt wurde. Leider gehen diese Reformen aber nicht weit genug, folglich bleiben potentielle Klagefälle unter dem neuen System weiterhin möglich. Bundestag und Bundesrat müssen deshalb eine Ratifizierung CETAs ablehnen. [Kurzes Erklär-Video](#) <https://power-shift.de/campaign/ect-petition/>

Rolf Becker

Zum Abschied von Esther Bejarano



„...siehe, wir haben herausgefunden, dass diese Erde groß genug ist; dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; dass diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will; und dass wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.“
Heinrich Heine, aus: *Die romantische Schule, 1833/1836*

**Liebe Edna, lieber Joram, liebe Familie,
liebe Freundinnen und Freunde vom Auschwitz-Komitee und von der VVN-BdA,
liebe mit uns Abschiednehmende –**

mit den zitierten Worten von Heinrich Heine eröffnete Esther vor wenigen Wochen, am 3. Mai, ihr Erinnern an das Ende des 2. Weltkriegs, an ihre Befreiung nach den Leidensjahren in Auschwitz und Ravensbrück, zugleich an unser aller Befreiung von der faschistischen Herrschaft in Deutschland zwischen 1933 bis 1945, den dunkelsten Jahren nicht nur deutscher, sondern bisheriger Menschheitsgeschichte.

Abschied von Esther, Eurer Mutter, Groß- und Urgroßmutter, liebevolle, aus Leid geborene Stimme für Euch, für uns alle. Von Wort zu Wort ihr Ja zum Leben: aufgeschlossen trotz allem und für alles – suchend und fragend, wachsam besorgt, prüfend und zweifelnd. Zornig über zunehmendes Unrecht, Verschweigen, Verfälschen und Lügen, über die nicht gezogenen Konsequenzen aus so viel Geschichte. Warnend, dass die Todesgleise von Auschwitz nicht enden, wenn wir untätig bleiben.

Auch wenn sie nicht sprach, nicht sprechen wollte oder nicht sprechen konnte, im Grenzbereich des Nichtsagbaren, Unaussprechlichen – wie vor acht Jahren auf dem jüdischen Friedhof in der Großen Hamburger Straße Berlins, der für sie und mehr als 55 000 jüdische Mitbürger zum Sammelplatz wurde vor dem Abmarsch zum Anhalter Bahnhof und weiter, eingepfercht auf Güterwagen nach Auschwitz. Es brauchte lange, bis sie Christa Spannbauer auf Fragen für deren und Thomas Gonschiors Film „Mut zum Leben“ wieder antworten konnte. Zuvor immer wieder ein Blick auf die angrenzende Schule, in der noch das Klavier ihres ermordeten Onkels steht – der Zugang zu dem vertrauten Instrument war ihr nicht ermöglicht worden.

Esthers Augen, der offene Blick ihrer liebevoll wachsamem Augen – Perspektive, leidvoll gewonnen, widerständig und in Zuversicht weitergegeben, wie mit ihren Liedern, ihrer wunderbaren Stimme: „*Mir lebn ejbijg – Wir leben trotzdem*“.

Es war Esthers Wunsch, dass ich zum Abschied von ihr spreche – einem Abschied, der wie bei allen Menschen, die wir lieben, nicht enden wird. „Liebe – Tod des Todes“ (Claus Bremer).

Abschied nach mehr als dreißig Jahren einer Freundschaft, die zur Wahlverwandtschaft wurde. Aus Esthers Brief vom 18. April 2015: „... ich wollte immer einen beschützenden Bruder haben, und so habe ich mir Dich ausgesucht. Wie viele gemeinsame Kämpfe gab es, wie viele gemeinsame Veranstaltungen. Gemeinsam streiten, gemeinsam wirken für Gerechtigkeit, gegen jedwede Ausgrenzung von Menschen, gegen die schlimme Asylpolitik in Deutschland und Europa, gegen Ausländerhass, für Völkerfreiheit, für Völkerverständnis.“

Im Herbst 1989 lernten meine Familie und ich Esther in Ramelsloh/Seevetal kennen, bei Günther Schwarberg, der in jahrelanger Arbeit den Spuren der ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm nachgegangen war und mit seiner Frau Barbara Hüsing die heutige Gedenkstätte durchgesetzt und betreut hatte. Esther, singend und sich auf ihrem Akkordeon begleitend: „*Sag nie, du gehst den letzten Weg*“.

Von Esther an mich wie uns alle gerichtet, ihr wie testamentarisch Verfügtes: „*Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig. Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!*“

Geschwisterlichkeit im weitesten Sinn – Mitmenschlichkeit leben und einfordern, gegen die Überzahl der Widersacher,

ohne Rücksicht auf sich. „*Weiche nicht*“, Jesaja, 4.10, ob in Babylonischer Gefangenschaft, wie vor 2500 Jahren, oder vor heute drohenden Gefahren faschistischer Anläufe, weiterer Kriege und damit verbundenem Schrecken, Elend, Verzweiflung und Tod. Nicht zurückweichen – Esther hat es vorgelebt, unnachgiebig, trotz Wasserwerfern, Stiefelritten und Denunziation.



Rolf Becker hält seine Trauerrede.

„*Sagen was ist*“ – Auftritte, um Nachkommende aufzuklären über angeblich Vergangenes und zum Handeln zu ermutigen. Auftritte über Auftritte, um darauf hinzuweisen, dass sich bei zunehmendem gesellschaftlichem Druck erneut Unsagbares ereignen kann, auch ohne dass Rauch aus Verbrennungsöfen aufsteigt.

„*Sagen was ist*“, im Sinn von Rosa Luxemburg als „*revolutionärste Tat*“, forderte Esther auch ein, wenn es, ganz gleich aus welchem Anlass, um ihre Person ging. „*Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen*“ – das galt für sie auch, als in einer ersten Ausgabe einer Biografie über sie ihre auf Band gesprochenen Berichte verfälscht worden waren: tief verletzt erarbeitete sie mit Antonella Romeo in monatelanger Arbeit eine neue Fassung ihrer „*Erinnerungen*“, erschienen 2013 im Laika-Verlag.

„*Sagen was ist*“ – in diesem Sinn auch mein Versuch mich in dieser Stunde dem anzunähern, wer Esther und was Esther für uns war. So wenig wir sie auf ihr politisches Anliegen reduzieren wollen, so wenig halten wir es für angebracht, ihr umfassendes Engagement für alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens zu verleugnen.

Am 11. April 1988 war Esther zusammen mit Hanne Hiob, der Tochter von Bertolt Brecht, im KZ unter der Hochstraße innerhalb des Stahlwerks Salzgitter aufgetreten – Gewerkschaftskollegen hatten mir spontan danach geschrieben, auch über das, was Esther ihnen über sich und die Geschichte ihrer Familie erzählt hatte.

Der Besuch des KZs im Stahlwerk sei für sie ein Anlass gewesen, öffentlich zu hinterfragen, wie es 1933 zur kampflosen Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland kommen konnte, die dem Faschismus die Machtübernahme ermöglichte – Anlass zugleich für sie, ins Heute zu fragen, wie wir angesichts der europaweit fortschreitenden Rechtsentwicklung die Widersprüche untereinander, die Konfusion und Differenzen zwischen und innerhalb gesellschaftskritischer Gruppierungen und Parteien überwinden. Anlass nicht zuletzt, wieder und wieder zu fordern, Geschichte differen-

ziert zu betrachten, aus Fehlern und Fehleinschätzungen zu lernen, um eine erneute Barbarei wie in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern – in welcher Form und gegen wen auch immer gerichtet – auszuschließen.

„*Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht*“ – aus einem Brief von Esther vom 8. November 2003 zum zweiten Bettlermarsch in Hamburg: „*Diese Menschen sind obdachlos geworden, weil sie im Kapitalismus dem Konkurrenzkampf nicht standhalten konnten, weil sie arbeitslos wurden und dann mangels Geld ihre Wohnung gekündigt bekamen und so immer tiefer in den Abgrund gesunken sind. Es ist das System, das unmenschlich, ja menschenverachtend ist. Der Trend geht nach rechts. Wenn dieser Rechtsruck nicht verhindert wird, kann wieder Faschismus mit all seinen schrecklichen Folgen entstehen.*“

„*Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht*“ – Esthers Forderung gegen die unmenschlichen Rückführungsaktionen der Roma nach Serbien und ins Kosovo aufzutreten: „*Sie sind wie wir in Auschwitz und anderen Lagern als ‚unwertes Leben‘ vernichtet worden. Und heute abschieben?*“

„*Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht*“ – zur Flüchtlingsfrage, als der Hamburger Senat die Aufnahme der Lampedusa-Flüchtlingsgruppe verweigerte: „*Wir können doch nicht heute noch immer Menschen wie Tiere behandeln.*“ Und zur Begründung der Ablehnung dieser, gemessen an heutigen Flüchtlingszahlen kleinen Gruppe durch die Hansestadt: „*Der Senat muss nur wollen.*“ Dazu am 21. Mai 2020, anlässlich der beginnenden Corona-Krise, in einem offenen Brief: „*Hier, im wohlhabenden, geordneten Stadtstaat Hamburg, werden Probleme drastisch deutlich: es fehlt an sicheren Schlafplätzen für Bedürftige, an ärztlicher Versorgung für Geflüchtete ohne Obdach. Wir fordern: Medizinische Versorgung für alle – für jeden Menschen, ob mit oder ohne Papiere, ohne Ansehen der Person oder des Versichertenstatus. Leerstehende Hotels öffnen! In den Lagern für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen herrschen unmenschliche Zustände. Gerade für die Schwächsten dort und für die Kinder muss dringend gesorgt werden – sofort!*“

Esther, am 19. November 2017, erinnernd an die Pogrome von 1992, in einem Brief an die Familien Arslan und Yilmaz in Mölln: „*Nazismus und Rassismus wurden in diesem Land auch nach 1945 weder politisch noch gesellschaftlich so konsequent bekämpft, wie er hätte bekämpft werden müssen und können. Er konnte sich auch weiterhin in staatlichen Strukturen festhalten, vor allem im Verfassungsschutz und der Justiz, und ja, sogar noch mehr, er konnte sich wieder ausbreiten.*“

„*Um es klar auszusprechen, ohne das Wegschauen und das Decken nach 1945 hätte es das Oktoberfestattentat, Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln und den NSU so nicht geben können. Es hätten aus den Erfahrungen und Ereignissen des Nationalsozialismus die richtigen Konsequenzen gegen den Hass gezogen werden müssen. Es gab jedoch eine Toleranz gegen Täterinnen und Täter, und Nazis wurden und werden in diesem Land direkt und indirekt, durch politische Kampagnen und das Schwei-*

gen und Wegschauen ermutigt, weiter Hass und Leid zu verbreiten. Das ist der rote Faden von damals zu heute.“

„Der rote Faden“ – vergebliches Hoffen, dass er in absehbarer Zeit abreißt – dazu Esther in ihrer vorletzten Rede am 3. Mai dieses Jahres auf dem Gänsemarkt, die sie mit dem Heine-Zitat eingeleitet hatte: „Heute vor 76 Jahren bin ich in dem kleinen mecklenburgischen Städtchen Lübz befreit worden, befreit von den amerikanischen und den sowjetischen Truppen.“

Ihr kennt meine Geschichte: Auf dem Marktplatz haben die Soldaten ein Hitlerbild verbrannt, alle haben gefeiert, lagen sich in den Armen – und ich habe dazu Akkordeon gespielt. Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lübz umarmen und küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den FRIEDEN feiern! Jetzt muss ich bis zum nächsten Jahr darauf warten.“

Sätze, die zur Hinterlassenschaft geworden sind wie so vieles, was sie uns vorgelebt hat, unausgesprochener Auftrag, uns jeglichen Kriegsvorbereitungen, jedem Ansatz faschistischer Entwicklung zu widersetzen, „nie mehr zu schweigen, wenn Unrecht geschieht.“

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – diese Aufforderung bezog Esther auch auf die Unterdrückung, Vertreibung und Ausgrenzung der Palästinenser. Seit dem Tod ihres Schwagers Hans Lebrecht hatte sie kaum noch verlässliche Nachrichten über die politische Entwicklung in Israel und Palästina erhalten. Umso mehr freute sie sich, als sie vor fünf Jahren Moshe Zuckermann auch persönlich kennenlernte. Anlass waren gemeinsame Veranstaltungen in Berlin und Hamburg: „‘Losgelöst von allen Wurzeln ...‘ Eine Wanderung zwischen den jüdischen Welten«, auf denen sie sich über ihre Geschichte und die ihrer Familien austauschten und übereinstimmend Stellung nahmen zu Ideologie und Wirklichkeit im Israel-Palästina-Konflikt. Aus dem Begleittext der DVD, auf der ihre Gespräche dokumentiert sind: „Esther Bejarano und Moshe Zuckermann, Sohn von Auschwitz Überlebenden, Historiker und Kunsttheoretiker aus Tel Aviv, vertreten zwei Generationen jüdischer Linker, reflektierten ihre Erfahrungen mit der Welt der jüdischen Diaspora und dem modernen jüdischen Staat, der seit nunmehr 50 Jahren ein brutales Besatzungsregime unterhält. Sie sprachen über ihre Sicht auf das Land der Mörder von Millionen Juden, wo Neofaschisten bis heute weitgehend ungehindert agieren können – und in dem eine mehr als fragwürdige ‚Israel-Solidarität‘ praktiziert wird, die sich immer aggressiver gegen kritische Juden richtet.“

Im Folgejahr, am 10. Juni 2017, sahen Esther und ich uns zu folgendem Brief an Moshe und die Teilnehmenden der Konferenz „50 Jahre israelische Besatzung“, die von Jutta Ditfurth Antideutschen diffamiert und mit dem Transparent

„‘Palästina‘ Halt’s Maul!“ demonstriert wurde, veranlasst (Palästina auf dem Transparent in Anführungszeichen!):

„Lieber Moshe, ‚Zur Zeit der Verleumder‘ überschrieb Erich Fried vor einem halben Jahrhundert ein Gedicht – nicht ahnend, dass zu den Verleumdern heute Leute gehören könnten, die nicht in der Lage zu sein scheinen, zwischen der Kritik an der israelischen Regierung und der Verteidigung von menschlichen Rechten auf Leben zu unterscheiden, sich darüber hinaus anmaßen, als Deutsche darüber zu entscheiden, wer als Jude zu akzeptieren ist. Dich, lieber Moshe, zitierend: ‚Wer meint, den Antisemitismus bekämpfen zu sollen, vermeide es vor allem, Israel, Judentum und Zionismus, mithin Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in seinen deutschen Eintopf zu werfen, um es, je nach Lage, opportunistisch zu verkochen und demagogisch einzusetzen.‘ Dir, den mit Dir Referierenden und mit Euch Diskutierenden solidarische Grüße!“

Moshe Zuckermann hat mich gestern gebeten, Euch seinen Abschiedsgruß weiterzureichen: „Ich habe Esther geliebt. War zutiefst berührt von ihrer unerschütterlichen Lebensbejahung, bewunderte die große Leidenschaft ihrer schöpferischen Energie. Aber sie war mir auch Symbol – die Verkörperung der Möglichkeit, persönliches Lebensleid in freiheitliche Hingabe zu übersetzen, tiefe Humanität in politische Praxis umzusetzen.“

„Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen“ –

Esther war Kommunistin wie Nissim, ihr Mann, neben den wir ihre sterbliche Hülle gleich betten werden, beide Kommunisten nicht als Parteigänger, sondern im Sinn von Heinrich Heine: „Sie ist schon seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft. Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Möge sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde!“

Viel bleibt nachzutragen, wir werden uns im Hinblick auf die vor uns liegenden Aufgaben darüber austauschen.

Trauer über den Tod meiner großen Schwester – zugleich tief empfundene Dankbarkeit für alles, was sie mir und uns war und bleibt. „Presente“ – wie es auf Cuba heißt, wo sie 2017 auf ihrer letzten großen Reise Solidaritätskonzerte gegen den seit 60 Jahren dauernden Boykott des Landes durch die USA gab: „Presente“ – Esther, Du bist und bleibst anwesend, bleibst bei uns.

In Liebe – Dein kleiner Bruder

<https://www.auschwitz-komitee.de/5937/rolf-becker-zum-abschied-von-esther/>

© Rolf Becker. Bitte Rücksprache vor jeglichen Kürzungen und Veränderungen bei Veröffentlichung des Textes (Das nachstehende Manuskript weicht an wenigen Stellen vom gesprochenen Wort auf der Trauerfeier geringfügig ab).

Weitere Texte und Videos mit über Esther Bejarano:

- [Bewegender Abschied von Esther Bejarano – Tausende geben ihr das letzte Geleit](#)
- [Videos von Esther Bejaranos Trauerfeier](#)
- [Mir lebn ejbig](#)
- [Gedenkseite für Esther Bejarano](#) ; [Hinz & Kunzt](#): Ruhe in Frieden, Esther!

Namibia: Die Berliner Reparationsverweigerung

Proteste in Namibia verhindern Ratifizierung eines Berliner Versuchs, Entschädigungsforderungen für den Genozid an den Herero und Nama billig abzuwehren. Weitere Staaten bestehen auf Reparationen.

23. September 2021 -

Heftige Proteste haben in Namibia den Versuch der Bundesregierung vorläufig gestoppt, die Forderung nach angemessenen Entschädigungen für den Genozid an den Herero und Nama auszuhebeln.

Hilfsgelder statt Entschädigung

Das sogenannte Versöhnungsabkommen mit Namibia, das am 15. Mai nach sechs Jahre währenden Geheimverhandlungen zwischen Berlin und Windhoek paraphiert worden war, sieht keine rechtliche, sondern lediglich eine "politisch-historische" Anerkennung des Genozids an den Herero und Nama in den Jahren von 1904 bis 1908 vor.

Zwar ist die Bundesregierung, wie Außenminister Heiko Maas am 28. Mai bestätigte, bereit, die damaligen "Ereignisse" nun "auch offiziell als das [zu] bezeichnen, was sie aus heutiger Perspektive waren" - als "Völkermord".[1] Zugleich aber beharrt das Auswärtige Amt darauf, juristisch könne der Massenmord an bis zu 65.000 Herero und mindestens 10.000 Nama nicht als Genozid eingestuft werden, da die UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, die erstmals Genozid als Straftat definiert, erst 1948 unterzeichnet worden und erst 1951 in Kraft getreten sei; man könne sie keinesfalls rückwirkend anwenden. Entsprechend bietet auch das "Versöhnungsabkommen" Namibia keinerlei reguläre Entschädigung, sondern lediglich eine freiwillige Zahlung an.

Sie soll sich auf 1,1 Milliarden Euro verteilen auf die nächsten 30 Jahre belaufen; das ist ungefähr der Betrag, den die Bundesrepublik Windhoek während der vergangenen 30 Jahre als Entwicklungshilfe gezahlt hat.

Proteste

Während die Regierung in Windhoek und ihr nahestehende Herero und Nama sich zuletzt darauf eingelassen haben - Namibia benötigt dringend Geld, umso mehr in der Coronakrise -, wehren sich einflussreiche Organisationen der Opfernachkommen seit Jahren dagegen, von Deutschland billig abgespeist zu werden. Sie haben in den vergangenen Jahren mit Prozessen vor US-Gerichten die Bundesrepublik zur Zahlung von Entschädigungen zu verpflichten versucht, sind damit allerdings gescheitert. Berlin hatte allerlei Tricks angewandt, um sich den Verfahren zu entziehen (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Da die strikt auf dem Recht auf eine förmliche Entschädigung bestehenden Herero und Nama von den Geheimverhandlungen über das "Versöhnungsabkommen" ausgeschlossen waren, blieb ihnen nichts anderes als offener Protest. Diesen setzen sie auch jetzt fort, da die Vereinbarung vom Parlament in Windhoek ratifiziert werden soll. Die Ratifizierung war ursprünglich für Juni vorgesehen, wurde dann aber verschoben - offiziell wegen der Covid-19-Pandemie. Am Dienstag stand sie erneut zur Debatte, wurde allerdings zum zweiten Mal vertagt: Einige hundert Demonstranten protestierten vor dem Parlament; mehrere von ihnen drangen in das Gebäude ein.

Die Ratifizierung musste verschoben werden.[3] Die Entschädigungsfrage bleibt in Namibia damit auch formal offen.

Erfolgreich abgeblockt

Entschädigungsforderungen flackern auch in Tansania immer wieder auf. So erklärte etwa Anfang 2017 der damalige tansanische Verteidigungsminister Hussein Mwinyi, die Regierung seines Landes bereite eine offizielle Aufforderung an die Bundesregierung vor, endlich Entschädigungen für die Verbrechen im Kolonialkrieg in Deutsch-Ostafrika von 1905 bis 1907 ("Maji-Maji-Krieg") zu zahlen. Der Krieg kostete wohl 180.000, vielleicht sogar noch deutlich mehr Menschen im heutigen Tansania das Leben. Berlin gelang es zunächst, die Forderungen abzuwehren (german-foreign-policy.com berichtete [4]).[...] Anfang 2020 rief Tansanias Botschafter in Deutschland, Abdallah Possi, die Bundesregierung erneut auf, über "Reparationen zu verhandeln". Berlin blockte die Forderung freilich wie gewohnt ab.[5]

Bis heute nicht beglichen

Ebenfalls noch offen sind Entschädigungen für deutsche Kriegsverbrechen und -zerstörungen im Zweiten Weltkrieg in Polen. Dort verfolgte das Deutsche Reich eine Besatzungspolitik, die der Vorbereitung und Durchführung des Holocaust diente, die daneben aber auch, wie der Historiker Stefan Garstecki formuliert, einen "genozidalen Charakter ... gegenüber den ethnischen Polen" aufwies.[6] Bis zu sechs Millionen Polen kamen zu Tode, darunter rund drei Millionen jüdischen Glaubens, die zum großen Teil in den deutschen Vernichtungslagern ermordet wurden; auch die materiellen Zerstörungen waren enorm. Warschau fordert dafür bereits seit geraumer Zeit Entschädigung und hat den Betrag von einer Parlamentskommission feststellen lassen; er beläuft sich laut Berichten auf annähernd 850 Milliarden Euro.[7] [...] Berlin weist Polens Forderung, endlich Entschädigungen zu zahlen, seit je mit großer Konsequenz zurück (german-foreign-policy.com berichtete [9]).

Bleibende Forderungen

Dasselbe tut es gegenüber Griechenland. Athen fordert seit je, die Bundesrepublik müsse für die immensen Schäden zahlen, die das Deutsche Reich vom Zeitpunkt seines Überfalls am 6. April 1941 bis zum Abzug der Wehrmacht im Jahr 1944 angerichtet hatte.[10] Eine griechische Parlamentskommission kam im August 2016 zu dem Ergebnis, die deutsche Reparationsschuld gegenüber Griechenland belaufe sich heute auf umgerechnet 288 Milliarden Euro. [...] Diese Forderungen sind gültig und aktiv und sie werden mit jedem Mittel geltend gemacht." [11] (...)

Mehr zum Thema:

[Schweigegeld statt Entschädigung, Achthundert Milliarden und Reparationsabwehr aus der Trickkiste.](#)

[1] Außenminister Maas zum Abschluss der Verhandlungen mit Namibia. auswaertiges-amt.de 28.05.2021.

[2] S. dazu [Annahme verweigert](#) und [Schweigegegend statt Entschädigung](#).

[3] Cai Nebe, Sakeus Iileka: Namibia vertagt Abstimmung über deutsche Entschädigungen erneut. dw.com 21.09.2021.

[4] S. dazu [Auf dem Weg zum Vernichtungskrieg \(I\)](#) und [Meilensteine deutscher Erinnerung](#).

[5] Antonio Cascais: Germany's colonial past catches up with it. dw.com 30.08.2020.

[6] Stefan Garsztecki: Deutsche Kriegsreparationen an Polen? Hintergründe und Einschätzungen eines nicht nur innerpolnischen Streitiges. In: Polen-Analysen Nr. 227, 27.11.2018. S. 2-7. S. auch [Die Berliner Reparationsverweigerung](#).

[7] Sven Felix Kellerhoff: Warum in Polen jetzt 850 Milliarden von Deutschland gefordert werden. welt.de 20.08.2019.

[9] S. dazu [Die Berliner Reparationsverweigerung](#).

[10] S. dazu [Reparationsabwehr aus der Trickkiste](#).

[11] Griechenland besteht auf Reparationen für Zweiten Weltkrieg. tagesspiegel.de 05.04.2021.

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8712/>

Hinweis der SiG-Redaktion:

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte in seiner Rede zur Eröffnung der Ausstellungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen am 22. September 2021 in Berlin:

„In unserem kollektiven Gedächtnis ist die deutsche Kolonialzeit lange Zeit entweder glorifiziert worden – oder aber gänzlich vergessen. Vielleicht wollten wir lieber gar nicht allzu genau wissen, an welchen dieser weit entfernten Orte im damaligen Deutsch-Südwestafrika, in Deutsch-Ostafrika, im heutigen Kamerun, in Togo, in Kiautschou im heutigen China, in Papua-Neuguinea und den Südseeinseln, auch Deutsche als Kolonialherren Menschen unterdrückt, ausgebeutet, beraubt und umgebracht haben. [...] Ich bleibe überzeugt: Die tieferen Wurzeln des Alltagsrassismus werden wir nur dann verstehen und überwinden können, wenn wir die blinden Flecken unserer Erinnerung ausleuchten, wenn wir uns viel mehr als bislang mit unserer kolonialen Geschichte auseinandersetzen! [...] Beispiel Namibia. Dort, im einstigen Deutsch-Südwestafrika, verübten deutsche sogenannte Schutztruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts den ersten Völkermord dieses so blutigen Jahrhunderts. [...] Quelle: [Bundespräsident](#)

Bildung – Diskussionen – Aktionen

Ab dem 1 Oktober 2021: Platz Nehmen für Lützerath! ([Alle Dörfer bleiben!](#)) Ab dem 1.10.21 darf RWE wieder in Lützerath Bäume roden und auch Häuser abreißen. **Am 1.10. werden wir uns deshalb gemeinsam mit euch von 10 bis 13 Uhr auf den Straßen Lützeraths mit gelben Stühlen, Picknickdecken, Hockern schützend vor die Bäume, Häuser und Wiesen setzen.** (...) Wenn Lützerath fällt, kann RWE kilometerweit ins Land baggern und hunderte Millionen Tonnen Braunkohle aus der Erde holen. Wenn das passiert, ist die 1,5 Grad-Grenze nicht mehr haltbar. Das werden wir nicht zulassen!
<http://luetzerathlebt.info/>

Mimmo Lucano: Das Dorf des Willkommens

Am 1. Juli 1998 landet an der Küste des kleinen kalabrischen Dorfs Riace ein Schiff mit kurdischen Flüchtlingen. Aus diesem Ereignis entsteht das »Paese dell'Accoglienza«, das »Dorf des Willkommens«.

»Durch ein absurdes Zusammentreffen, durch eine Laune des Windes, ist die Geschichte auf ein Dorf gestoßen, das mit dem »Virus der Menschlichkeit« infiziert war, einen Ort, an dem es möglich war, sich vorzustellen, dass wir alle Menschen sind. Das hat eine tiefe Spur hinterlassen, das ist das Erbe, das wir weitergeben, der Traum, dessen Verwirklichung noch aussteht.« –

Elisabeth Voss: 13 Jahre Gefängnis für Solidarität

Der ehemalige Bürgermeister von Riace, Domenico (Mimmo) Lucano, wurde zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte seit über 20 Jahren Geflüchtete solidarisch aufgenommen. Die Medien machen sich großteils die Lesart des Gerichts zu eigen. [mehr](#)

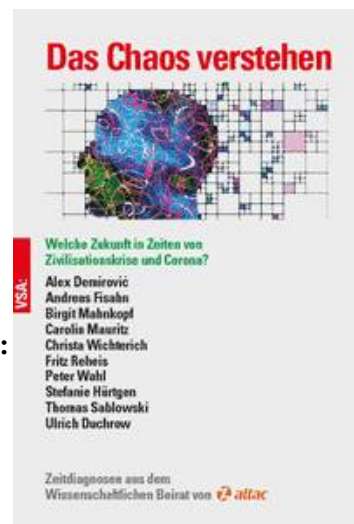


Webinar-Reihe: „Das Chaos verstehen“

Der VSA-Verlag veranstaltet eine Serie von vier Webinaren auf der Grundlage des kürzlich erschienenen Sammelbandes *Das Chaos verstehen – Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona*.

Eingeleitet werden die Webinare mit einem Input einiger Autoren des Bandes, gefolgt von zwei externen Kommentaren.

1. **Webinar: Das Chaos verstehen! Eine Zeitdiagnose aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie**
Input: Alex Demirovic
2. **Webinar: Die Linke – Subjekt der Veränderung**
Input: Andreas Fisahn
3. **Webinar: Krieg und Frieden in der multipolaren Welt-Unordnung**
Input: Peter Wahl
4. **Webinar: Grüner Kapitalismus – geht das?**
Input: Birgit Mahnkopf



Voraussichtliche Termine:

- 14. Oktober;
- 21. Oktober;
- 4. November;
- 25. November.

Für endgültige Informationen bitte auf Ankündigungen über die Gruppenliste von Attac achten. ([auch auf der Seite der Werkstatt für SiG 142](#))

Weitere Details zu dem Sammelband auf der Homepage des Verlags: <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/das-chaos-verstehen/>; Dort findet sich auch eine Leseprobe, und man kann das Buch bestellen.